

Die Politische Meinung

DIGITAL

Was sich ändert,
wie wir uns ändern

ZUM SCHWERPUNKT Udo Zolleis, Wann beginnt der Heißhunger? Big Data und Politikwissenschaft; Michael Püschner, Veronika Stumpf, Dinge, Daten, Dienste; Nadine Schön, Ran an die Tablets!; Heinz Riesenhuber, Feierabend.de; Thomas Jarzombek, Von der postnaiven Ära – Interview

KOMMENTIERT Norbert Seitz, WM 2014: über Fußball und Politik

FOKUS EUROPA Zum Ausgang der Europawahlen schreiben: Viola Neu, Florian Eder

”

Der persönliche Komfort und der ökonomische Nutzen in der digitalen Kultur besitzen ein Janus-Gesicht: Die Globalisierung aller kommunikativen Horizonte produziert zugleich die Totalisierung der kommunikativen Kontrolle. Der Ausweitung dieser Zugriffsmöglichkeiten steht ein privater Kontrollverlust gegenüber.

Wolfgang Leidhold, Politikwissenschaftler, Philosoph und Künstler

Gerade deutsche Unternehmen tun sich extrem schwer damit, sich selbst neu zu erfinden. Denn das bedeutet auch, eigene digitale Produkte zu entwickeln, die das angestammte Geschäft kannibalisieren könnten.

Marco Zingler, Partner und Geschäftsführer, denkwerk GmbH

Als Ausrüster der Welt ist Deutschland führend bei der Herstellung Smarter Produkte. Jetzt gilt es, die Plattformen für innovative und nutzerorientierte Dienstleistungen und Geschäftsmodelle zu realisieren.

Michael Püschner, Veronika Stumpf, acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften

Man muss vielleicht noch einmal begründen, was eigentlich der Sinn von Privatsphäre und Profilen ist und was das in einer Demokratie bedeuten kann.

Thomas Jarzombek, netzpolitischer Sprecher, CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Es darf in Deutschland nicht allein darum gehen, Vorzeigeschulen auszurüsten oder sich auf die Selbsterfahrungskraft der Onliner-Generation zu verlassen. Digitale Kompetenz ist eine Schlüsselkompetenz.

Nadine Schön, Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Digitale Agenda

Viele Jugendliche nutzen die neuen Medien, um ihre Lernprozesse selbstständig zu gestalten, sich in kritischen Initiativen zu organisieren, die Gesellschaft zu verändern und um zu Dingen, die ihnen wichtig sind, Position zu beziehen. Gerade durch den Einsatz der neuen Medien erreichen und beherrschen sie so häufig mehr als ihre Kritiker.

Jan-Hendrik Olbertz, Präsident, Humboldt-Universität zu Berlin

“

Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur

„Gleichgültigkeit, Ungläubigkeit, Widerstreben, Bedenken, Zugeben, Teilnehmen, eifriges Entbrennen, endlich phantastischer Schwindel“ – das sollen nach Angabe des Brockhaus 1838 die Meinungsphasen gewesen sein, die die Zeitgenossen bei der Einführung der Eisenbahnen durchlaufen hätten. Heute, mehr als eineinhalb Jahrhunderte später, lassen sich die Reaktionen auf den Durchbruch des digitalen Zeitalters durchaus ähnlich beschreiben – nur dass die Abfolge der Erkenntnisstadien offensichtlich nicht konsequent auf eine rauschhafte Begeisterung zusteuert.

Fantastische Heilserwartung war gestern, als das angeblich anarchische Internet noch als basisdemokratischer Hort der Freiheit und Transparenz gepriesen werden konnte, in dem jeder eine eigene Stimme habe und Enthüllungsplattformen Zugang zu den geheimsten Geheimnissen versprochen. Unterdessen wachsen die Bedenken, weil eine Reihe aktueller Ereignisse deutlich werden ließ, wie ungleich auch im Internet Macht und Möglichkeiten verteilt sind und wie zweiseitig die Idee einer umfassenden Transparenz erscheint, sobald die eigene Privatsphäre betroffen ist.

Noch äußert sich das aufkommende Unbehagen kaum in einem veränderten Nutzungsverhalten der fast 2,5 Milliarden Netzteilnehmer weltweit, doch wird der Stimmungsumschwung daran ablesbar, dass selbst Netzaktivisten inzwischen nach gesetzgeberischem Handeln rufen. „Big Law“ soll die Antwort auf „Big Data“ sein! Fast entsteht derzeit der Eindruck, als ob der utopische Glaube an die Internetfreiheit in überzogene Erwartungen an die Internetregulierung umschlüge. Aber mit Gesetzen und Verordnungen wird man den enormen Umwälzungen und Problemen, wie sie disruptive Technologien auslösen, allenfalls teilweise begegnen können. Schließlich sind die Folgen für Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur umfassend und kaum abzusehen.

Die vollständige Kapitulation vor der digitalen Revolution würde darin bestehen, die Zukunft in der Vergangenheit zu suchen und Ausstiegsszenarien zu propagieren. Der technologische Fortschritt lässt sich aber nicht ohne enorme Nachteile zurückweisen. Um die Veränderungsprozesse unserer Lebens- und Arbeitswelt gestalten zu können, bleibt daher nicht viel anderes, als intensiv über sachgerechte Lösungen für die unterschiedlichsten Problemfelder zu debattieren. Dabei sollten Ängste und Warnungen ebenso ihre Berechtigung haben wie die mutige Zuversicht, dass wir uns durch Offenheit und Kreativität auch in einer veränderten Umwelt zurechtfinden können. Es muss nicht unbedingt alles schlechter werden. Vieles könnte künftig sogar besser sein.

Bernd Löhmann

INHALT

1 EDITORIAL

SCHWERPUNKT

Digital – was sich ändert, wie wir uns ändern

12 WEGE UND ABWEGE IN DIE TRANSPARENTE GESELLSCHAFT

Wolfgang Leidhold

Von der Geschichte und Gegenwart der digitalen Kultur

19 WANN BEGINNT DER HEISSHUNGER?

Udo Zolleis

Noch werden die Möglichkeiten von „Big Data“ in der Politikwissenschaft wenig wahrgenommen

25 INTERVIEW: VON DER POSTNAIVEN ÄRA

Thomas Jarzombek über digitale Souveränität, Privatsphäre und die „Hidden Champions“

32 ANDERS ARBEITEN

Jutta Rump, Silke Eilers

Wie sich die Digitalisierung auf Lebens- und Arbeitswelten auswirkt

37 DINGE, DATEN, DIENSTE

Michael Püschner, Veronika Stumpf

Wie wir zum Ausrüster der Welt werden können

47 KEIN GRUND FÜR KULTURPESSIMISMUS, ABER ...

Jan-Hendrik Olbertz

Auch in der digitalen Gesellschaft braucht Bildung soziale Beziehungen

52 RAN AN DIE TABLETS!

Nadine Schön

Plädoyer für eine digitale Bildungsoffensive

58 E-TÜPFELCHEN DER PARTIZIPATION

Lena-Sophie Müller

Missverständnisse bei der digitalen Beteiligung

62 SPOTLIGHTS DIGITAL GLOBAL

Einblicke aus vier Kontinenten

67 HÄNDE WEG VOM DATENGOLD

Axel Voss

Die Europäische Union muss persönliche Daten effektiv schützen

74 „CYBERKRIEG“

Patrick Keller

Eine sicherheitspolitische Aufgabe ersten Ranges

79 FEIERABEND.DE

Heinz Riesenhuber

Warum wir alle Silver Surfer werden sollten

**84 GEWICHTIGE WERKE ODER
DIGITALES GEWURSTEL**

Karl-Heinz Ott

Wie das Internet die Kultur des
Denkens verändert

Kommentiert

**42 ENDE EINES
ERFOLGSMODELLS?**

Marco Zingler

Die digitale Industrie krankt am
Schwinden deutscher Gründungskultur

113 WM 2014

Norbert Seitz

Aus gegebenem Anlass:
über Fußball und Politik

Fokus Europa

92 WAR ES DIESMAL ANDERS?

Viola Neu

Eine kurze Analyse der Europawahl in
Deutschland

**95 DIE EUROSKEPTISCHE
UNION?**

Florian Eder

Konsequenzen der Europawahl aus
einer Brüsseler Sicht

**98 DIE UKRAINE RINGT UM
IHRE SOUVERÄNITÄT**

Gabriele Baumann

Eine Innenansicht

102 96 PROZENT DAFÜR!

Claudia Crawford

Über russische Perspektiven zur Krim
und die Abkehr vom Westen

**106 REVIVAL DER
„HARD POWER“**

Christian Hacke

Russlands Politik fordert den
Westen heraus

Impulse

118 KEIN ABSCHIED VOM „C“

Thomas Rachel

Zur programmatischen Profilierung
der CDU

Würdigung

123 OFFENE WEITE

Michael Braun

Rüdiger Safranski erhält den Literatur-
preis der Konrad-Adenauer-Stiftung 2014

126 FUNDSTÜCK



Von Menschen und Bildschirmschonern

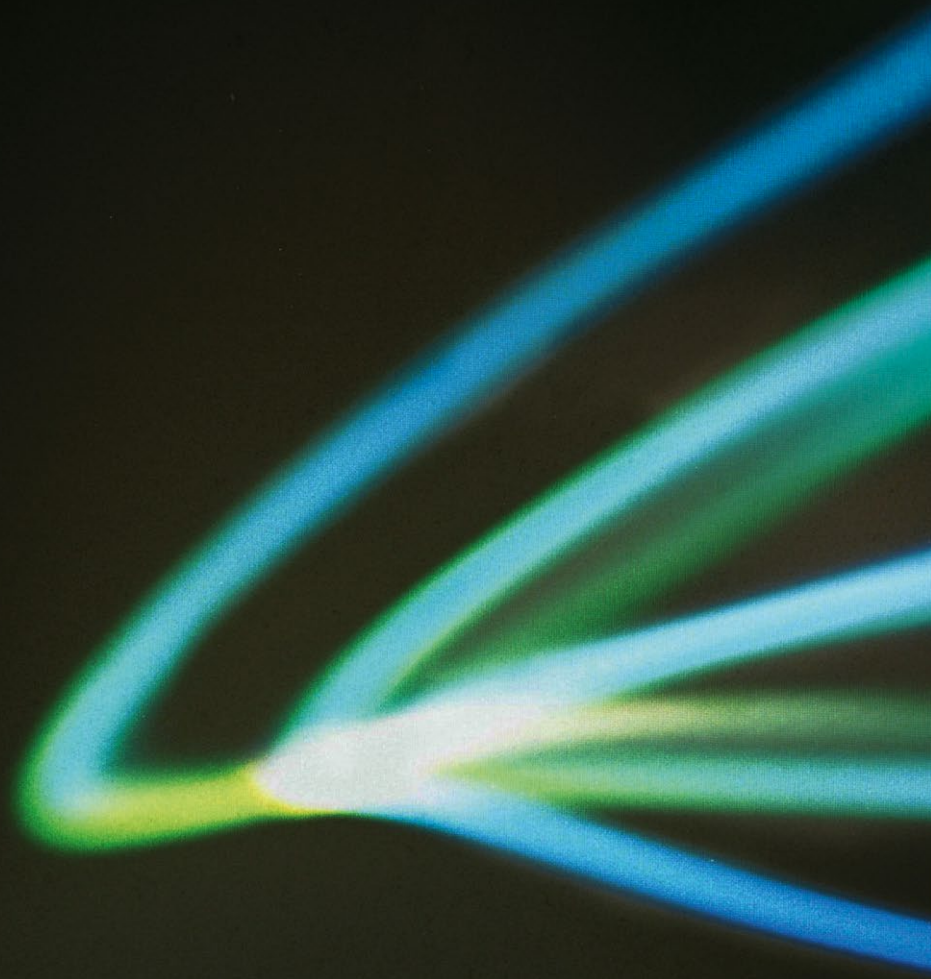
Die experimentellen Fotos von Heji Shin

Ein Bildschirmschoner erzeugt computeranimierte Bilder, die wie Polarlichter oder Sternschnuppen aussehen. Diese vom Monitor abfotografierten Momentaufnahmen werden in der Fotostrecke Porträtfotos gegenüber gestellt, die wiederum überblendet sind – beispielsweise mit Platinen im Inneren eines Computers. So trifft Reales auf Virtuelles, vermischt sich Digitales und Analoges, verschmelzen Mensch und Technik. Heji Shins Arbeiten verstehen sich als Kommentar zur Vielschichtigkeit der digitalen Welt.

Digital

—

Was sich
ändert, wie
wir uns
ändern





Cyclin
Divide
Soft
Multipl









Wege und Abwege in die transparente Gesellschaft

Von der Geschichte und Gegenwart der digitalen Kultur

WOLFGANG LEIDHOLD

Geboren 1950 in Dortmund, Politikwissenschaftler, Philosoph und Künstler, Lehrstuhlinhaber für Politische Theorie und Ideengeschichte, Universität zu Köln.

In der letzten Nummer des *Simplicissimus*-Bilderbogens von 1912 lässt Ludwig Thoma (1867-1921) einen Münchner Dienstmann namens Alois Hingerl in den Himmel kommen, wo er vom Heiligen Petrus als Engel *Aloisius* zum Hosianna-Singen abgestellt wird. Das

geht nicht gut, stattdessen erhält er den Auftrag, „jede Woche ein paarmal nach München“ zu reisen, um die „göttlichen Ratschlüsse der bayrischen Regierung zu überbringen“. Doch schon der erste Brief mit einem „Ratschluss für den Kultusminister Wehner“ kommt nicht an.¹ Der himmlische Postbote kehrt als Erstes in ein populäres Brauhaus ein, wo er (angeblich) bis heute noch sitzt. Selbst die bayerische Landesregierung muss ohne himmlische Eingebung auskommen!²

Man mag darüber streiten, ob diese hübsche Satire bayerisches Selbstbewusstsein noch heute treffend aufs Korn nimmt; einig sein wird man sich darüber, dass sie ganz bestimmte *Kommunikationsverhältnisse* voraussetzt, die heute im Großen und Ganzen obsolet sind: In Ludwig Thomas Geschichte erfolgt die Kommunikation noch über ein physisches

Unikat, den Brief. Er wird von einem *Individuum* übertragen, nämlich durch den Boten. Dessen Bewegung begrenzt Geschwindigkeit und Reichweite der Kommunikation. Sodann kann der Bote sich zwischen Sender und Empfänger immer nur in einer Richtung, das heißt uni-direktional, bewegen. Er nimmt *einen* Weg. Der Brief ist normalerweise verschlossen und durch das Briefgeheimnis geschützt. Schließlich beruht der Erfolg der Übertragung auf dem Pflichtbewusstsein des Boten. Geht er, statt den Brief zuzustellen, lieber ein Bier trinken, dann unterbricht er die Sendung. Im äußersten Fall, wie bei Aloisius, trifft der Brief nie ein.

In der digitalen Kultur ist die Botschaft kein physisches Unikat mehr, sondern das unendliche Multiplikat von binär codierten Informationen, die als Energieimpulse übertragen werden. Ihr physischer Träger ist ein globales Netzwerk aus Signalen, die über Funkstrecken und Kabel zwischen Rechenzentren, Satelliten und Myriaden von Computern, Terminals und Smartphones ohne Zeitverzögerung, ohne Fixierung auf einen bestimmten Ort und ohne Bindung an einen einzelnen Weg, in allen Richtungen zwischen beliebig vielen Sendern und Empfängern verteilt werden. E-Mails können nahezu an jedem Ort der Welt abgerufen werden. Ein Großteil des Betriebs läuft über die gigantische Kommunikationswolke des Internets, das die Informationen – rein technisch gesehen – offen und ungeschützt verarbeitet. Das Netz kennt kein Pflichtbewusstsein, es funktioniert einfach – hoffentlich! Dabei bewahrt es alles auf, was jemals seine Sphäre betreten hat. Regierte in früheren Zeiten die Sorge, eine Botschaft könne ihren Bestimmungsort nicht erreichen, so plagt uns heute eher das Bedenken, dass wir die einmal preisgegebenen Informationen praktisch nicht mehr löschen oder revidieren können.

DIE ULTIMATIVE VERWIRKLICHUNG DER MODERNE

Die Dimension dieses globalen Umbruchs lässt sich anhand weniger Zahlen leicht erfassen. Von der Mitte der 1980er-Jahre bis heute wuchs die Kapazität des globalen Telekommunikationsnetzes pro Jahr um rund dreißig Prozent.³ Im selben Zeitraum nahm die Kapazität zur computer-gestützten Verarbeitung der Informationsflut jährlich um sechzig Prozent zu. Die Geschwindigkeit dieses Wandels entspricht der rasanten Zunahme der Innovationsbeschleunigung im Allgemeinen. Nach groben Schätzungen erneuert sich vor allem das technologisch relevante Wissen alle drei Jahre grundlegend. Das Tempo wird durch die aggressive ökonomische Innovationsstrategie des privaten Sektors getragen, die Microsoft mit „Obsolete your own products!“ zu seinem Firmenlogan machte.⁴

Die Hochschätzung des Neuen, der Innovation, gehört grundsätzlich zum Bekenntnis der Moderne. „Modern“ sein wird zunehmend als

Prozess verstanden. Dieser Prozess besteht in der fortwährenden Überholung des einmal Erreichten. Damit entsteht ein neues Verhältnis zur Zeit. Modernität lebt vom Pathos der Flüchtigkeit. Modernsein bedeutet zu glauben: Etwas kann nur für den Moment gut, weil neu sein – und zu wünschen: Schon morgen möge es durch etwas noch Besseres, weil Neues überholt werden. In diesem Sinn ist die Gegenwart keineswegs „post-modern“, sondern die ultimative Verwirklichung der Moderne selbst.

Mit dem Wandel zur Informationsgesellschaft ging ein Paradigmenwechsel einher: Während bis dahin das Wissen als solches an die Person und seine Repräsentation an einen gegenständlichen Träger – etwa an ein Buch, ein Bild oder ein Symbol – gebunden war, wurde es nun zur Information. *Information* wird anstelle des *Bewusstseins* zum neuen Oberbegriff des Wissens. Die Information bedeutet wortwörtlich: „etwas in eine Form bringen“. In der Praxis ersetzt heute die (als digitale Energieimpulse) übertragbare Formgebung mehr und mehr das persönliche Wissen. Diese Praxis basiert auf den Theorien der Kybernetik und der Informatik, wie sie John von Neumann, Alan Turing und Norbert Wiener seit den 1930er-Jahren entwickelt haben.

EXPLOSION DES WISSENS

Dieser Umbruch bietet unerhörte Vorteile: Auf keine andere Weise ließe sich das moderne Wissenswachstum meistern. Etwa seit Mitte des 20. Jahrhunderts studierte man, zunächst in den USA, die rasante Zunahme des Wissens: Eine ordentliche Universitätsbibliothek umfasste im 18. Jahrhundert etwa 1.000 Titel. Um 1940 waren es meist schon zwei bis drei Millionen. Hundert Jahre später würden es nahezu 200 Millionen Bücher sein. Alljährlich kämen zwölf Millionen Bände hinzu. 6.000 Bibliothekare müssten sie und die Karteien dazu auf einer Standfläche von 32.000 Quadratmetern bearbeiten und pflegen.⁵

Neben den gedruckten Publikationen kam eine Flut statistischer Daten hinzu. Sie setzte in den USA und Europa um die Mitte des 19. Jahrhunderts ein, als die Bürokratien für den staatlichen wie den industriellen Bedarf zunehmend detaillierte und standardisierte Daten erhoben.⁶ Die Datenfülle verlangte rasch nach automatisierter Verarbeitung, deren Weg von der Hollerithmaschine bald zum ersten Computer (der UNIVAC von 1951) und zum PC (von IBM 1981 vorgestellt) führte. Die von Computern gesteuerte Produktion hat den digitalen Wandel konsequent auf nahezu alle industriellen und viele handwerkliche Bereiche sowie auf den Dienstleistungssektor in Wirtschaft und Gesellschaft übertragen.

Dieser technologische Wandel gestaltet die gesellschaftliche Organisation der Kommunikationsmittel, das heißt die Kommunikationsver-

hältnisse, um.⁷ Während zuvor die Verarbeitung von Wissen immer durch Denken und Bewusstsein geschah und darum zuletzt auch immer dem *urteilenden* Bewusstsein unterlag, geschieht die Informationsverarbeitung nun in den Dingen selbst: durch Energieimpulse in Maschinen. Information ist Verdinglichung des Wissens. Dass das Wissen als Form uns dazu dient, die Dinge zu gestalten, erkannten schon Sokrates, Platon und Aristoteles. Sie nannten dieses Wissen „Idee“ – und *Form* ist lediglich seine lateinische Übersetzung. Dass die „Idee“ irgendwie ohne Beteiligung des Menschen bearbeitet werden kann, ist neu. Die Verdinglichung hat Folgen. Während das menschliche Urteil zwischen Glauben, Meinen und Wissen unterscheidet und die Kommunikation anhand von ethischen, religiösen oder juristischen Prinzipien bewerten kann, basiert die Informationsverarbeitung auf einem binären Code und kennt als Bewertungsmaßstäbe nur Volumen und Geschwindigkeit. Fragen nach der Gewissheit sind ihr ebenso wenig zugänglich wie moralische Werte. Ein Wert allerdings bleibt erhalten: der Geldwert von Information. Die Informationsverarbeitung fügt der Wertschöpfungskette ein neues Glied hinzu.

REVOLUTION DER KOMMUNIKATION

Die Transformation von Wissen in Information ist freilich nur der erste Schritt. Die entscheidende Stufe bei der Revolution der Kommunikationsverhältnisse ist die globale Vernetzung. Sie ist die Bedingung für eine arbeitsteilige, globale Informationsverarbeitung. Die Verknüpfung großer Datenmengen begann 1969 mit der *Advanced Research Project Agency* (ARPA) des amerikanischen Verteidigungsministeriums, die lokale PCs und Großrechner zu einem weltweiten Netzwerk verband.⁸ 1973 folgte das von Vint Cerf und Bob Kahn erfundene *Transmission Control Protocol* (TCP), aus dem zwischen 1989 und 1991 Tim Berners-Lee am CERN das World Wide Web entwickelte. Perfektioniert wurden die zunächst bescheidenen Übertragungsformen in kürzester Zeit, und durch die so entstandene kommunikative Integration wurde es möglich, ein breites Spektrum an Informationsformen ohne Medienbrüche zu verbinden und zu nutzen. Heute unterstützt das Internet alle medialen Formate, also Text und Ton, Bild und Video, ebenso deren beliebige Verknüpfung (durch Hyperlinks); ermöglicht die netzweite Recherche (etwa durch Suchmaschinen) und die globale Präsenz im Cyberspace (etwa durch die eigene Website oder die sogenannten sozialen Netzwerke wie Facebook); ermöglicht die digitale Verarbeitung am lokalen Arbeitsplatz ebenso wie die Massenspeicherung auf immer preiswerteren Datenträgern. Neben dem Internet generieren weitere Quellen ihre digitalen Daten: Kreditkarten, Mobiltelefone, Smartphones, digitale Kameras, was auch immer digitale

Spuren erzeugt – alles kann früher oder später kommunikativ integriert werden. Es entsteht das Paralleluniversum der virtuellen Realität.

Wo steht die digitale Kultur heute? Betrachten wir ein exemplarisches Ereignis: Anfang des Jahres 2014 kaufte Google für 3,2 Milliarden US-Dollar den Thermostat- und Feuermelder-Hersteller Nest Labs. Warum? Der Nest-Lab-Gründer Tony Fadell sprach es aus: „Wir sehen, wenn Leuten ihr Toast verbrennt oder Kohlenstoffmonoxid austritt.“ Google-Chef Page bemerkte dazu, Google könne es kaum erwarten, „tolle Erlebnisse in mehr Haushalte in mehr Ländern zu bringen und Träume zu erfüllen“. Und Pat Moorhead von Moor Insights and Strategy kommentierte: „Google will als Rückgrat deines Haushaltes daran beteiligt sein, wie du Energie verbrauchst oder Inhalte wie Musik konsumierst.“⁹ Wir erleben den Übergang von Google Street View zu Google Home.

VON GOOGLE STREET VIEW ZU GOOGLE HOME

Das technische Stichwort in diesem Zusammenhang heißt „Internet der Dinge“ und meint die Automatisierung von Haushalten per Internet. Anvisiert ist als Nächstes die Fernsteuerung von selbstfahrenden Autos. Was auf der einen Seite dem Komfort des Kunden dient, liefert auf der anderen immer neue Informationen über sein öffentliches und privates Leben. Und der Kunde liefert diese Informationen nicht unfreiwillig an Geheimdienste (auch wenn diese dieselben Medien nutzen), sondern freiwillig an Betreiber und Konzerne. Er öffnet sein privates Leben der digitalen Invasion. Die Informationen gelangen dann in den großen Speicher von *Big Data*, wo sie als wertvolle Ware verkauft und weiterverarbeitet, verknüpft und genutzt werden. Niemals zuvor in der Geschichte der Menschheit gab man so fröhlich und unbekümmert seine Privatsphäre auf wie heute. Die digitale Kultur mutiert zur *Transparenz-Gesellschaft*.¹⁰

Wie spätestens die Enthüllungen durch Edward Joseph Snowden zeigten, liegt neben der Sphäre der freiwilligen Preisgabe eine zweite der unfreiwilligen Auslieferung von Informationen. Was ehemals der Agent in fleißiger Handarbeit mühselig zusammentrug, leisten die Computerparks moderner Geheimdienste heute mit unbemerkter Perfektion. Ein Brief musste abgefangen, geöffnet, kopiert, wieder verschlossen und in den Kreislauf zurückgebracht werden. Die Kopie eines digitalen Datenpaketes hingegen geschieht im Moment und hinterlässt keinerlei Spuren. Wo der Zugang zum Datenverkehr nicht frei ist, können die Leitungen und Funkstrecken anderweitig „angezapft“ werden. Wie umfassend diese Arkan-Gesellschaft der Kontrolleure und Späher operiert, blieb lange weitgehend im Dunkeln.

Der persönliche Komfort und der ökonomische Nutzen in der digitalen Kultur besitzen mithin ein Janus-Gesicht: Die Globalisierung aller kommunikativen Horizonte produziert zugleich die *Totalisierung der kommunikativen Kontrolle*. Der Ausweitung dieser Zugriffsmöglichkeiten steht ein *privater Kontrollverlust* gegenüber. In der endlosen und preiswerten digitalen Vervielfachung geht die Selbstbestimmung über die öffentliche wie private Nutzung von Bild und Ton, Wort und Wissen zunehmend verloren. Das trifft alle Seiten: Zunächst hat die Musikindustrie die Digitalisierung ihrer Tonträger enthusiastisch vorangetrieben, um sich anschließend darüber zu wundern, dass die neuen Produkte spielend leicht, endlos und ohne Qualitätsverluste zu kopieren waren. Das trifft aber auch die Spione: Wer in der digitalen Welt spioniert, wird irgendwann selbst kopiert und in die digitale Kultur zurückgespielt. Das haben Initiativen wie die von *Wikileaks* und Edward Snowden vorgemacht. Man muss das gewiss nicht billigen, doch gehört es zur Realität der digitalen Kultur. Dort, wo wir den Überblick verlieren, können wir unsere Daten nicht mehr schützen. Im selben Moment scheint uns eine nie gekannte Fülle ubiquitärer Informationen für diesen Verlust reichlich zu entschädigen. Von *Online-Journals* über *Wikipedia* bis zu zahllosen *Blogs* zu jedem beliebigen Thema haben wir Zugriff auf die globalisierte digitale Wissensgesellschaft. Solange man online bleibt, arbeitet das virtuelle Gedächtnis der Menschheit beinahe so schnell wie das persönliche. Doch die „Wissensgesellschaft“ ist oft bloßer Schein: Sie etabliert eine neue Topologie des Unwissens. Denn: Etwas „wissen“ kann nur ein Mensch. Die gespeicherten Informationen sind nur Potenzial.

PRIMAT DES POLITISCHEN VERFÄLLT

Die Potenziale und Probleme der digitalen Kultur liegen mithin auf zwei Ebenen: der persönlichen und der gesellschaftlich-politischen. Einerseits liegen die ökonomischen und persönlichen Vorteile auf der Hand. Keine wirklich *moderne* Gesellschaft kann ohne ihre digitalen Netzwerke, die Informationsverarbeitung und die computergestützte Steuerung funktionieren. Und wir wollen auch auf der persönlichen Seite den Nutzen der digitalen Kultur nicht mehr missen. Andererseits erleben wir die Invasion in die Privatsphäre, den Verlust der Autonomie – das Primat des Politischen verfällt. Die Ordnung der Kommunikationsverhältnisse ist dem Souverän entglitten. Die Grenze zwischen dem Privaten und dem Öffentlichen bestimmen andere. Doch *Freiheit* bedeutet auch: Schutz des Einzelnen vor der kollektiven Invasion – bislang indes entzieht sich die globale Wolke des Internets der demokratischen Gestaltung und Kontrolle. In

unserer Mentalität und im Verhalten herrschen immer noch die Bilder aus dem frühen 20. Jahrhundert vor und prägen unsere Leitideen, so als brächten weiterhin Boten die Post.

- ¹ Anton Ritter von Wehner (1850-1915), bayerischer Kultusminister von März 1903 bis Februar 1912.
- ² Simplicissimus, Bilderbogen Nr. 1, Der Münchner im Himmel, Text von Ludwig Thoma, Zeichnungen von Olaf Gulbransson, 16. Jg., 1911/1912, Heft 54 vom 31.12.1912. Vgl. Hingerl, Alois, in: Brockhaus Enzyklopädie, 21. Auflage, Band 12, Mannheim 2006, S. 485 u. S. 487. Siehe auch: http://www.simplicissimus.info/uploads/tx_lombkswjournaldb/pdf/1/16/16_54.pdf (retr. 01.05.2014)
- ³ Martin Hilbert, Priscila López, „The World's Technological Capacity to Store, Communicate, and Compute Information“, in: Science, Bd. 332, 60 (01.04. 2011), S. 60–65.
- ⁴ Don Tapscott, The Digital Economy, Promise and Peril in the Age of Networked Intelligence, New York 1995, S. 59–62.
- ⁵ Fremont Rider, The Scholar and the Future of the Research Library, New York 1944, S.11 ff.
- ⁶ Hans-Joachim Braun, Walter Kaiser, Energiewirtschaft, Automatisierung, Information seit 1914, Berlin 1997 (Propyläen Technikgeschichte, Bd. 5), S. 354 ff.
- ⁷ Vgl. hierzu und zum folgenden: Werner Faulstich, Das Medium als Kult, Von den Anfängen bis zur Spätantike, Göttingen 1997 (Geschichte der Medien, B. 1). Ders., Medien und Öffentlichkeit im Mittelalter (800–1400), Göttingen 1996 (Geschichte der Medien, B. 2). Ders., Medien zwischen Herrschaft und Revolte, Die Medienkultur der frühen Neuzeit (1400–1700), Göttingen 1998 (Geschichte der Medien, B. 3). Patrice Flichy, Tele, Geschichte der modernen Kommunikation, Frankfurt a.M. 1994.
- ⁸ Vgl. Manuel Castells, The Information Age: Economy, Society and Culture, 3 Bde., 2. Auflage Oxford 1997.
- ⁹ Spiegel Online, 14.01.2014, „Thermostathersteller: Google kauft Nest Labs für 3,2 Milliarden Dollar“ (siehe unter <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/google-kauft-nest-labs-fuer-3-2-milliarden-dollar-a-943362.html>).
- ¹⁰ Byung-Chul Han, Transparenzgesellschaft, Berlin 2012.

Wann beginnt der Heißhunger?

Noch werden die Möglichkeiten von „Big Data“ in der Politikwissenschaft wenig wahrgenommen

UDO ZOLLEIS

Geboren 1974 in München,
Politikwissenschaftler, Honorar-
professor an der Eberhard Karls
Universität Tübingen.

Die vergangenen beiden Jahre kennen ein neues Schlagwort: „Big Data“! Das heißt: Immer größere Datenmengen werden immer schneller verfügbar, stammen dabei aus immer vielfältigeren Bezugsquellen und treten in sehr

unterschiedlichen Formaten auf. Die Politikwissenschaft hat darauf noch keinen wirklichen Appetit entwickelt. Noch nicht! Denn die Politik- und Wissenschaftswelt erlebt – wie es der Harvard-Professor Gary King ausdrückt – mittels dieser Datenauswertung in einem noch nie gekannten Ausmaß eine wahre Explosion an neuen Erkenntnissen und neuartigen Fragestellungen (Shaw, 2014). Die digitalen Kommunikations-, Verkehrs-, Konsum-, Industrie- oder auch Gesundheitsdaten haben aufgrund der Digitalisierung in den vergangenen Jahren explosionsartig zugenommen: Gab es 2012 etwa 22-mal so viele Daten wie 2000, wird zwischen 2010 und 2020 eine fünfzigfache Steigerung erwartet. Das entscheidende Moment liegt aber gar nicht so sehr in den neu entstandenen Datenbergen, sondern in der sich gerade entwickelnden Fähigkeit, sie auszuwerten: Neue statistische und rechenbetonte Methoden eröffnen neuartige wissenschaftliche Erkenntnisse und detaillierteres politisches Wissen. Und Teile dieser neuen Fertigkeiten – denken wir nur an Google – prägen bereits heute unsere Alltagsgewohnheiten. Sollte ursprünglich die Suchmaschine lediglich helfen, Internetseiten leichter zu finden, wird

Google heute genutzt, wann immer man was auch immer wissen will. Als kleine Nebenwirkung wurde der Druck der angesehensten Enzyklopädien dieser Welt eingestellt.

Dabei stehen wir erst am Anfang der Entwicklung. Informatiker sind beim Entwickeln neuer Algorithmen längst nicht mit ihrem Latein am Ende. Dabei sind die gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen der Digitalisierung heute noch vollkommen unklar. Innovationen sind nicht nur eine Spielwiese für Technikfreaks. Technologischer Fortschritt hat stets das politische, gesellschaftliche und auch kulturelle Leben stark beeinflusst. So erschuf die Dampfmaschine nicht nur die Eisenbahn, die Massenproduktion oder auch das Luftschiff, sondern verringerte die räumlichen Distanzen zwischen Menschen, läutete eine bisher nicht gekannte Urbanisierung ein und barg den Keim großer sozialer Verwerfungen in sich. Als Nebenprodukt stellte sie die politische Kommunikation auf den Kopf. Erst mit der Eisenbahn konnten nationale Kampagnen durchgeführt und politische Nachrichten mithilfe nationaler Zeitungen in bis dahin unbekanntem Geschwindigkeiten an ein Millionenpublikum verbreitet werden. Die Entstehung stark durchorganisierter nationaler Parteien war die Folge.

So trägt auch Big Data als eine tiefgreifende technologische Innovation einschneidende Veränderungsimpulse in sich. Allein schon deshalb muss die Politikwissenschaft diese Entwicklung stärker in den Blick nehmen: Big Data wirkt sich massiv auf die Politik aus.

POLITISCH HOCH AUFGELADEN

Der politische Streit, wie mit Daten „richtig“ umgegangen werden soll, kann bereits heute zu wahren Glaubenskämpfen führen. Die NSA-Affäre, die Debatte über die Vorratsdatenspeicherung, der Ruf nach mehr Sicherheit und der medizinische Fortschritt, der mithilfe von neuen Daten Krebs heilen will, zeigen: Der Umgang mit Daten ist schon jetzt politisch hoch aufgeladen. Dabei bildet die „Digitalisierung“ keine originär neue Konfliktlinie. Sicherheit versus Freiheit, wachstumsbegeisterte Innovationstreiber versus protektionistische Beharrungskräfte, Fortschrittsoptimisten versus Kulturpessimisten – diese Richtungskämpfe kennt die politische Arena schon seit Langem. Mit Big Data treten diese Konflikte wieder stärker hervor. Während der Oxford-Professor Viktor Mayer-Schönberger betont, dass ein detaillierterer und umfangreicherer Umgang mit Daten unser Leben gesünder, sicherer und sozialer machen würde, warnt dagegen Frank Schirrmacher in Anlehnung an Platon vor allzu viel Technikgläubigkeit. Sie würde letztlich unsere eigenen Fähigkeiten verarmen lassen.

Damit ergeben sich von der politische Theorie über die politische Ökonomie bis hin zur *Policy*-Forschung facettenreiche Erkenntnisinteressen hinsichtlich der Frage: Verbessern diese neuen Möglichkeiten der Datenanalyse unser Leben oder bedrohen sie unser Gemeinwesen und unsere Wirtschaftsordnung? Die Digitalisierung fällt nicht einfach vom Himmel. Sie ist das Ergebnis von irdischen Interessen, Entscheidungsprozessen und Rahmenbedingungen. Die Technik selbst hat letztlich ja keinen Willen (Bunz, 2012: 63 f.). Folglich ist heute völlig offen, wie die Digitalisierung konkret unseren Alltag, aber auch unser Gemeinwesen und politische Entscheidungen beeinflussen wird. Dies gerade auch aus Europa und Deutschland stärker als bisher zu reflektieren, durchdachte Antwortstrategien zu entwickeln und ihren Verlauf damit zu gestalten, ist eine große Verantwortung von Politik und Wissenschaft. Weder blanke Technikgläubigkeit noch Innovationsverweigerung werden langfristig eine befriedigende Antwort sein. Europa muss seine Sprachlosigkeit aufgeben, damit nicht allein die USA, China und vielleicht auch manche Schwellenländer, wie Indien oder Brasilien, die künftigen Grundsatzfragen der digitalen Welt entscheiden. Dafür bedarf es einer interdisziplinären Kraftanstrengung, bei der die Politikwissenschaft eine führende Rolle einnehmen muss. Bis heute gibt es in Kontinentaleuropa noch keinen wissenschaftlich wie politisch international sichtbaren Internet-Think-tank, der die politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und rechtlichen Wirkungsweisen der Digitalisierung durchdenkt und detaillierte Handlungsempfehlungen als Reaktion darauf entwickelt.

Aber Big Data als Forschungsfeld für die Politikwissenschaft reicht über die klassische *Policy*-Forschung hinaus. Das Sammeln riesiger Datenmengen birgt auch erhebliches Veränderungspotenzial für politische Prozesse. Nun interessiert sich der moderne Staat seit seiner Entstehung für die Daten der Bürger. Sie sind ihm das Werkzeug, politische Aufgaben zu erkennen und mögliche Missstände zu beheben. Aus keinem anderen Grund wurden im 19. Jahrhundert statistische Ämter gegründet (Nassehi, 2014). Hatte aber die althergebrachte Statistik den Durchschnitt im Blick, ist dies bei Big Data anders: Gerade Abweichungen, Besonderheiten und Einzelaspekte rücken in den Fokus der Betrachtung und dies fast zur „Ist“-Zeit. Grauschattierungen werden rascher und detaillierter sichtbar. Die Bevölkerung kann noch exakter in Teilgruppen unterteilt und mit politischen Einstellungen passgenau verknüpft werden. Für Barack Obamas Wiederwahl war diese Datenauswertungsfähigkeit entscheidender als sein Charisma oder auch sein Kommunikationstalent. Datenanalysten im Obama-Team entwickelten mithilfe von Algorithmen „Zauberformeln“, die Wähler mit Themen identifizierten und gleichzeitig individuell dosiert in die Kampagne einbanden (Issenberg, 2012). So luden etwa Studenten zu Bildungsthemen potenzielle Mitstreiter in ihre eigenen WGs

ein und warben für die Wiederwahl des US-Präsidenten. Damit baute Obamas Team enorm schnell und vergleichsweise kostengünstig eine bis dahin unbekannte digitale politische Massenorganisation auf. Sie beruhte vor allem auf einer Vielzahl direkter „Linkages“ zwischen Parteiidentifizierern, Wechselwählern und Multiplikatoren und war ausschließlich *top-down* gesteuert. Gesellschaftliche Vorfeldorganisationen – wie etwa Gewerkschaften – rückten dabei in den Hintergrund. Schließlich konnten diese mit ihrer neuen Massenorganisation Unterstützerguppen identifizieren, Wählergruppen thematisch ansprechen und rasch auf politische Debatten reagieren.

GLASKUGEL FÜR KOMPLIZIERTE ENTSCHEIDUNGEN

Diese Veränderung hat aber nicht nur Auswirkungen auf Organisationen und ihr Zusammenspiel, sondern auch auf den politischen Willensbildungsprozess selbst. Filterfunktionen von gesellschaftlichen Großorganisationen, aber auch von Journalisten, verlieren an Bedeutung. Aber gewinnt der politische Willensbildungsprozess durch den direkten, ungefilterten Austausch zwischen Politik und Bürger wirklich an Responsivität und Aussagekraft? Zunächst ja, da er die Grautöne der Meinungen der Bürger besser erkennt. Schwarz-Weiß-Antworten werden seltener. Die Aussagen werden jedoch nicht verlässlicher. Der direkte Austausch erfolgt ja weder persönlich noch abgewogen. Vielmehr besteht er aus Korrelationen unterschiedlicher Handlungsweisen und Meinungsbekundungen. Diese werden kumuliert und Wissenswertes wird herausgefiltert. Datenanalysten erhalten somit einen guten Überblick über den Stand der Debatten, aber nicht über ihren Ausgang oder ihre Sinnhaftigkeit. Gleiches gilt für Regierungshandeln, das solche gesellschaftlichen „Seziermaschinen“ anwendet. Es zeigt detailliert Stimmungen, ergibt aber keine politischen Antworten. Stimmungspolitik wird mit diesem Verfahren nicht erfolgreicher.

Politische Entscheidungen können aber mithilfe von Big Data evidenzbasierter getroffen werden und damit mit geringeren Unsicherheiten erfolgen. Auch wenn dies noch reine Zukunftsmusik ist, hat etwa der Physiker und Soziologe Dirk Helbing ein eine Milliarde Euro teures Computersystem vorgeschlagen, das der Politik als Glaskugel für komplizierte Entscheidungen dienen soll. Man würde mit diesem System die Auswirkungen möglicher Maßnahmen bei der Eurokrise für Teilbereiche der Finanzmärkte durchspielen und gleichzeitig auch ihre Auswirkungen auf alle Politikfelder bestimmen können (Weinberger, 2013: 220). Die Entscheidung, welche Auswirkungen hingenommen, welche Lösung ge-

wollt und welchen Berechnungen getraut werden soll, muss aber letztlich weiterhin die Politik treffen.

TEIL DER „WISSENSCHAFTLICHEN FUTTERKETTE“

Dieses weite Feld an Auswirkungen von Big Data auf *Politics*, *Policy* und *Polity* (also auf die prozesshafte, inhaltliche und institutionelle Ebene der Politik) zu untersuchen, wird für die Politikwissenschaft eine reizvolle und ehrgeizige Aufgabe sein. Aber auch fern neuer Untersuchungsgegenstände wird Big Data die Politikwissenschaft verändern: Die zunehmenden Fähigkeiten der Datenanalyse werden der Politikwissenschaft die Chance geben, etablierte Problemstellungen anders anzugehen und auch neue, bislang kaum zu beantwortende Fragen zu bearbeiten. Dafür wird sich die Politikwissenschaft interdisziplinär ausrichten müssen: Teilbereiche ihrer Disziplin werden sich stärker als bisher in eine neuartige, interdisziplinäre „wissenschaftliche Futterkette“ zwischen interdisziplinärer Methodenforschung und den jeweiligen Fachanwendungen einfügen. Angedockt an ein profundes Methodeninstitut zur detaillierten Auswertung der neuen Datenmengen könnten Politikwissenschaftler gemeinsam mit Datenanalysten aus der Informatik, der Wirtschaftspsychologie und der Soziologie akkuratere und damit aussagekräftigere Wahlforschungsmodelle entwickeln.

Ähnlich wie die Physik in den 1970er- und 1980er-Jahren wird die Politikwissenschaft nicht nur die neuen Methoden der Datenanalyse in ihre Disziplin einführen, sie wird gleichfalls – analog zur Entwicklung der String-Theorie über kleinste Objekte eindimensionaler Ausdehnung anstelle des Modells von Elementarteilchen – häufiger als bisher induktiv vorgehen. In der Physik haben bereits die sogenannten Zufallsnobelpreise großer Expertenteams die „Einsteins“, die jeder für sich in ihrer Studierstube grübelnd wissenschaftliche Spitzenleistungen erbrachten, abgelöst. Die Politikwissenschaft kennt dagegen heute noch ihre „Einsteins“: Das Methodengebäude der Politikwissenschaft wird oftmals immer noch um Hypothesen gebaut, die zunächst vor dem inneren Auge des Betrachters entstehen und dann mittels erhobener empirischer Fakten falsifiziert oder bestätigt werden. Mit Big Data wird sich dies ändern: Bereits im Vorfeld von theoretischen Überlegungen erhält der Politikwissenschaftler eine ungeheure Anzahl von Fakten, die sich oftmals kontinuierlich aktualisieren. Damit rücken Korrelationen in den Vordergrund, die Forschungsfragen stärker bestimmen werden. Ein induktives Vorgehen bedeutet jedoch kein theoriefreies Feld. Zum einen, weil sich die Forscher gerade für die abweichenden Korrelationen interessieren werden, die sie mit ihren bisherigen Theorien nicht genau erklären können. Zum anderen werden

sie weiterhin die politische Welt erklären und nicht nur dokumentieren wollen. Daten sind per se ja noch keine Information. Sie zeigen nur Fakten an, begründen aber nicht ihr Zustandekommen. Politikwissenschaft wird nie nur zeigen können, dass etwas passiert, sondern muss sich auch dem Warum widmen. Deshalb werden die Politikwissenschaft ihr Methodenwerkzeug erweitern und das wissenschaftliche Vorgehen ein Stück weit auch verändern. Big Data wird die Politikwissenschaft nicht komplett auf den Kopf stellen; dennoch wird Big Data aufgrund der enorm erweiterten Erkenntnisfähigkeit und der gestiegenen Relevanz bereits in ein paar Jahren zum festen Bestandteil der Politikwissenschaft gehören. Der Heißhunger darauf wird bald beginnen.

Literatur:

Anderson, Chris: „Das Ende der Theorie. Die Datenschwemme macht wissenschaftliche Methoden obsolet“, in: Geiselberger, Heinrich/Moorstedt, Tobias (Hrsg.): Big data. Das neue Versprechen der Allwissenheit, Berlin 2013, Seite 124–130.

Bunz, Mercedes: Die stille Revolution. Wie Algorithmen Wissen, Arbeit, Öffentlichkeit und Politik verändern, ohne dabei viel Lärm zu machen, Berlin 2012.

Gantz, John/Reinsel, David: The digital universe in 2020: Big data, bigger digital shadows, and biggest growth in far east, Framingham 2012 (<http://idcdocserv.com/1414>).

Gonzalez-Bailon, Sandra: Social Science in the era of big data. Working paper Oxford Internet Institute, Oxford 2014.

Lauer, Gerhard: „Die digitale Vermessung der Kultur. Geisteswissenschaften als Digital Humanities“, in: Geiselberger, Heinrich/Moorstedt, Tobias (Hrsg.): Big data. Das neue Versprechen der Allwissenheit, Berlin 2013, Seite 99–116.

Mayer-Schönberger, Viktor/Cukier, Kenneth: Big Data. A revolution that will transform how we live, work and think, London 2013.

Morozov, Evgeny: To save everything, click here: the folly of technological solutionism, New York 2013.

Moorstedt, Tobias: „WWissenschaft. Ein Gespräch mit Cameron Marlow, dem Haussoziologen von Facebook“, in: Geiselberger, Heinrich/Moorstedt, Tobias (Hrsg.): Big data. Das neue Versprechen der Allwissenheit, Berlin 2013, Seite 90–98.

Moorstedt, Tobias: „Obamas Datenakrobaten“, in: Geiselberger, Heinrich/Moorstedt, Tobias (Hrsg.): Big Data. Das neue Versprechen der Allwissenheit, Berlin 2013, Seite 35–54.

Nassehi, Armin: „Wer hat die privaten Daten verraten?“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.04.2014.

Issenberg, Sasha: The victory lab. The secret science of winning campaigns, New York 2012.

Pschera, Alexander: „Big data und das Eliteloch“, in: Blog „Angewandte Netzpolitik“ vom 12.03.2014. <https://www.bpb.de/dialog/netzdebatte/180413/big-data-und-das-eliteloch>.

Rabuza, Florian: „Was kann die Sozialwissenschaft von Big Data lernen?“, in: Blog „Aus der Wissenschaft für die Politik“ vom 09.04.2014. <http://blogs.uni-due.de/wissenschaftspolitik/2014/04/09/was-kann-die-sozialwissenschaft-von-big-data-lernen/>.

Schirrmacher, Frank: Payback. Warum wir im Informationszeitalter gezwungen sind zu tun, was wir nicht wollen, und wie wir die Kontrolle über unser Denken zurückgewinnen, München 2009.

Shaw, Jonathan: „Why ‚Big Data‘ is a big deal“, in: Harvard Magazine, März/April 2014, Seite 30–75.

Weinberger, David: „Die digitale Glaskugel“, in: Geiselberger, Heinrich/Moorstedt, Tobias (Hrsg.): Big Data. Das neue Versprechen der Allwissenheit, Berlin 2013, Seite 219–237.

West, Darrell M.: The next wave. Using digital technology to further social and political innovation, Washington 2011.

Von der postnaiven Ära

Thomas Jarzombek über digitale Souveränität,
Privatsphäre und die „Hidden Champions“

THOMAS JARZOMBEK

Geboren 1973 in Düsseldorf,
Vorsitzender der CDU Düsseldorf,
netzpolitischer Sprecher der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Der Blogger und Autor Sascha Lobo sieht angesichts der NSA-Affäre die Unschuld des Netzes als verloren an, bedauert seine eigene Naivität und folgert: „Das Internet ist kaputt!“ Gehört die schöne neue Online-Welt, die sich viele ausgemalt hatten, wirklich auf den Schrott? Ist sozusagen die ganze Affäre ein Abgesang auf Illusionen?

Thomas Jarzombek: Möglicherweise sind wir in der posteuphorischen Ära angekommen; man hat geglaubt, das sei alles total einfach, man könne einfach so nach vorn und man müsse sich keine Gedanken machen. Ich glaube, dass die Enthüllungen zeigen, dass man neu nachdenken muss. Insofern ist das Internet in keiner Weise kaputt, es funktioniert genauso, wie es vorher funktioniert hat, und letzten Endes werden einem nur die Dinge vor Augen geführt, die viele ja schon geahnt haben. Man konnte vielleicht auch damit rechnen und weiß nun: Das ist tatsächliche Realität und man muss damit umgehen.

Worin müsste sich der neue Realismus der Nutzer und insbesondere auch der Politiker äußern? Hans Magnus Enzensberger ruft: „Wehrt euch!“ und rät beispielsweise, die Mobiltelefone wegzuwerfen.

Thomas Jarzombek: Man muss sich stärker darum kümmern, was mit seinen eigenen Daten passiert. Wir müssen die Menschen „rüsten“, damit sie sich besser schützen können. Das gilt gerade für das Thema „offene oder verschlüsselte Kommunikation“, hier sehe ich sehr großen Nachholbedarf. Ich glaube, dass man nach dem Geschehen besser überlegt, wo man überall seine Daten platziert. Am Ende ist auch der Staat zur Prävention aufgerufen, beispielsweise im Rahmen der Datenschutzgrundverordnung der Europäischen Union, einen wirklich durchsetzbaren Datenschutzrahmen zu erwirken, den wir bisher noch nicht hatten. Eigentlich sollte man nicht von „posteuphorisch“ sprechen, sondern von der „postnaiven Ära“; es ist ganz wichtig, diesen Punkt zu verstehen.

Bedeutet diese Einschätzung nicht eine Melange von beidem: Euphorie macht immer auch blind oder naiv?

Thomas Jarzombek: Ich sehe immer noch viele, die sehr euphorisch sind, über die neuen Geschäftsmodelle, über die Veränderung der Welt, darüber, was man wirklich auf dem Planeten besser machen kann, und das ist ja so. Ich kann auch die Leute verstehen, die euphorisch auf die neuen Potenziale blicken und darauf, welche Geschäftsmodelle immer aufs Neue transformiert werden.

Wenn Sie jetzt an Ihre Kommunikation als Politiker denken, schreiben Sie noch E-Mails, wie Sie sie vor fünf Jahren geschrieben haben, oder denken Sie im Voraus: Es liest jemand mit?

Thomas Jarzombek: Ich glaube, als Politiker müssen Sie immer mitdenken, dass etwas in andere Hände gerät. Ich schreibe E-Mails genauso wie vor fünf Jahren. Es kommt natürlich sehr viel Kommunikation über die sozialen Medien dazu. Das bedeutet einerseits einen hohen Aufwand, aber andererseits sehr viele Chancen und eine erweiterte Kommunikation, die ich bis dahin gar nicht hatte. Allerdings verschlüssele ich, aber nicht nur, Sie brauchen ja auch immer Gegenstellen. Da gibt es relativ wenige.

Die Schriftstellerin Juli Zeh und der Schriftsteller Ilija Trojanow haben eine beeindruckende Liste der warnenden Reaktionen Intellektueller zusammengestellt. Trotz dieser breiten Medienberichterstattung hat es keine Initiative gegeben. Für wie abgehoben halten Sie eigentlich diese Digitalisierungsdiskussion? Worauf kommt es dem Mann, der Frau auf der Straße eigentlich an?

Thomas Jarzombek: Es entsteht der Eindruck, dass das eine feuilletonistische Debatte ist, die einige Intellektuelle führen – entfernt von den tatsächlichen Dingen, die auf den Schulhöfen passieren. Jüngere Menschen, die völlig anders, völlig selbstverständlich mit all diesen Dingen umgehen, haben ein ganz anderes Verständnis von Datenschutz. Es ist sehr lohnend, darüber nachzudenken. Dass das, was 500 Intellektuelle oder was etwa ein Frank Schirrmacher in der *Frankfurter*



Foto: Tobias Koch
(CC BY-SA 3.0 DE, via www.cducsu.de/abgeordnete/thomas-jarzombek)

Allgemeinen Zeitung schreiben, tatsächlich die breite Masse der Nutzer erreicht, das wage ich ehrlich gesagt zu bezweifeln. Die Politik kann nicht einfach durch ein Fingerschnippen diese Probleme alle lösen; Medienkompetenz ist der Schlüsselbegriff.

Die große Irritation der Aktivisten war, dass es keinen großen Aufschrei gab. Bei einem Gespräch mit Leuten aus der SPD in Köln, die in der Netzpolitik aktiv sind, beklagten diese, dass kein Schritt auf die Straße stattgefunden hat.

Thomas Jarzombek: Wenn Sie schon Sascha Lobo zitieren, dann schließe ich mich an mit seinem Ausspruch, dass die Menschen keine Sorge haben, wenn die NSA alles über sie weiß, wohl aber, wenn es der Nachbar erfahren würde. Das bringt das Phänomen exakt auf den Punkt. Das Ganze erscheint nach wie vor vielen Menschen als sehr abstrakt. Man muss vielleicht noch einmal begründen, was

eigentlich der Sinn von Privatsphäre und Profilen ist und was das in einer Demokratie bedeuten kann.

Sprechen Sie damit die Differenz zwischen dem digitalen und dem realen Individuum an?

Thomas Jarzombek: Wenn Sie Nutzer fragen: Welchen Wert hat Privatsphäre für dich? Siehst du hier eine Bedrohung? Dann ist es so, dass abstrakt jeder „Ja“ sagt, aber tatsächlich ganz anders handelt. Damit zeigt er letzten Endes, dass er für sich persönlich keine realen Gefahren darin erkennt, dass sich seine Privatsphäre auflöst. Das generelle Bewusstsein ist da, spätestens seit den spektakulären Enthüllungen muss es ja da sein. Aber die Gefahr ist zu abstrakt.

Weil das Ausspähen nicht spürbar ist? Weil man sozusagen nicht sieht, dass am Nachbarfenster die Gardinen rascheln?

Thomas Jarzombek: So ist das! Der Tatsache, dass Daten erhoben werden und Privatsphäre verloren geht, dessen sind sich vermutlich viele bewusst. Aber sie haben keine konkrete Ahnung, was das für sie an Nachteilen mit sich bringen könnte. Dass vereinzelt Leute vielleicht nicht in die USA reisen können und an der Grenze abgewiesen werden, ist offensichtlich für die breite Menge der Nutzer kein Anlass, ihr Verhalten zu ändern. Sie glauben, das könne sie nicht betreffen.

Sind vertrauensbildende Maßnahmen notwendig, um den Ruf des Netzes wiederherzustellen?

Thomas Jarzombek: Offensichtlich nicht! Die Menschen sind nach wie vor begeistert, sie nutzen das Internet mehr und mehr, und man kann überhaupt nicht feststellen, dass diese Dinge auf das Nutzungsverhalten veritablen Einfluss hätten. Es wird jetzt in der Politik vielleicht mehr über Datensicherheit gesprochen. Eine weitergehende Auswirkung ist nicht festzustellen.

Wenn wir jetzt die Ebene der Leute auf der Straße verlassen und die politische und wirtschaftliche Ebene ansprechen, da scheint es einen anderen Blick auf dieses Thema zu geben?

Thomas Jarzombek: Ja! Es ist sicherlich so, dass wir mit unserem Datenschutzverständnis bei der Durchsetzung bisher keine großen Chancen hatten; hinderlich sind die fragmentierten nationalen Gesetzgebungen. Im europäischen Rahmen ist es möglich, an einen datenschutz-niedrigen Standort zu gehen und dann die Verbindlichkeit niedriger Standards für alle

einzufordern. Die Unternehmen, über die wir reden, haben alle ihren Sitz in Amerika und folgen einer amerikanischen Philosophie und nicht einer europäischen. Insofern zeigt sich, dass die Schwäche Europas in der digitalen Wirtschaft nicht mehr nur eine reine Frage des Sozialprodukts und der Arbeitsplätze ist, sondern eine Frage der digitalen Souveränität. Hier haben wir sehr viel mehr verloren als nur einige Jobs.

Also spielt der Gesetzgeber bei der Gestaltung der digitalen Kultur schon eine Rolle?

Thomas Jarzombek: Ich glaube, dass der Gesetzgeber keine innovativen Unternehmen erschaffen kann. Der Versuch, ein deutsches „Google“ mit hohen staatlichen Fördergeldern aufzubauen, wird nicht funktionieren. Innovation im Internet entsteht immer aus ganz kleinen Keimzellen. Ein Unternehmen, das hundert Jahre alt ist, kann nicht mehr dieselbe Innovationsdynamik haben wie ein kleiner Gründer. Selbst bei Facebook und bei Google geraten die Innovationen offenbar ins Stocken; Innovation entsteht bei neuen Gründerfirmen, die dann zugekauft werden. Dieser Prozess macht deutlich, dass wir sicherlich etwas an einigen politischen Rahmenbedingungen ändern müssen. Aber wir können nicht mit staatlichem Geld anfangen, das Feld von hinten aufzurollen.

Nun gibt es einen neuen Bundestagsausschuss: „Digitale Agenda“. Was sind da die wichtigsten Themen? Worin liegen die Möglichkeiten für diesen Ausschuss?

Thomas Jarzombek: Unser Ausschuss ist ein Querschnittsausschuss. Wir haben keine direkte Berichterstattung und wir sind an kein Ministerium direkt angebunden – das spiegelt die Situation der Internetpolitik wider, denn es geht um die Transformation in allen Bereichen. In diesem Sinne kann es also keinen Internetminister geben, der die anderen Ministerien gewissermaßen von dem Thema entbinden würde, als hätten sie damit nichts zu tun, als beträfe sie diese Transformation nicht.

Die digitale Transformation betrifft alle Bereiche. Unsere Agenda ist relativ klar: Wir wollen, dass in jedem Fachbereich, also in jedem Ausschuss oder Ministerium, ein bis zwei Themen der digitalen Transformation aus der Ecke „nice to have“ herausgeholt werden und auf der Prioritätenliste ganz nach oben rücken. Beim Thema „Digitale Wirtschaft“ ist uns das jetzt auch geglückt.

Welchen Stellenwert hat das Thema Digitalisierung noch für uns Deutsche? Hinken wir international nicht längst hinterher?

Thomas Jarzombek: Ja, im Anbieterverhältnis! Im Nutzungsverhältnis offensichtlich nicht: Erkenntnisse, die das Bundeswirtschaftsministerium erhoben hat, besagen, dass wir relativ weit vorn liegen bei den Nutzungen. Insofern muss man sich die Frage stellen: Wie kommen wir von einem Konsumentenstandort zu einem Standort, der auch Plattformen aufbauen kann?

Drückt sich darin ein Phantomschmerz aus, der durch die Fixierung auf Google, Facebook und die Großen ent-

steht, die die Wahrnehmung der „Hidden Champions“ in den traditionellen Branchen blockiert?

Thomas Jarzombek: Reden wir jetzt über Internet-Business oder auch über die Transformation in der klassischen Industrie? Letzteres ist ein Thema, das die Bundesregierung stark fokussiert, nicht zuletzt mit dem IT-Gipfel, Stichwort „Industrie 4.0“. Das ist auch wichtig. Natürlich kann heute ein Mittelständler kein Geschäft mehr machen, ohne die Möglichkeiten des Internets für sich optimal zu nutzen und auf dieser Ebene zu konkurrieren. Aber auf der anderen Seite sollten bestimmte Plattformen nach europäischem Denkmuster entstehen und nicht ausschließlich nach amerikanischem. Wenn Hasso Plattner, einer der letzten lebenden Gründer eines deutschen DAX-Konzerns, im *Focus* erklärt, junge Leute, die jetzt gründen wollen, sollten besser nach Kalifornien gehen, dann leuchten bei mir alle Alarmsignale auf.

Die Internetthemen erschließen sich oft nur aus der internationalen Perspektive. Was kann deutsche Politik da überhaupt erreichen?

Thomas Jarzombek: Wir sollten auf dem internationalen Spielfeld stärker mitspielen, als wir es bisher tun. Das Thema „Internet-Governance“ wurde bisher sehr stark von Amerika gefahren, dort wurden die Standards und Regeln gesetzt. Wir haben jetzt die neue Erkenntnis, dass sich die amerikanische Regierung aus der ICANN (*Internet Corporation for Assigned Names and Numbers*) zurückziehen wird. Dieses Feld muss von den Deutschen mehr bespielt werden. Dieses Jahr findet

in Berlin das EuroDIG (die europäische Ausgabe des *Internet Governance Forum* – IGF) statt, das häufig ohne öffentliche Wahrnehmung bleibt. Wir bewerben uns für eine Fußballweltmeisterschaft, aber wir sollten uns auch für das IGF der Vereinten Nationen bewerben. Wenn das in Deutschland ausgerichtet werden würde und top besetzt wäre, dann könnte das meines Erachtens die hiesige Wahrnehmung von Internet-Governance, von internationaler Internet-Regulierung deutlich nach vorn bringen.

Wer wären denn die Player bei der Öffnung der ICANN, die jetzt angekündigt wurde, die da in Deutschland mitspielen könnten?

Thomas Jarzombek: Das konstitutive Merkmal dieser gesamten Internet-Regulierung ist der Multistakeholder-Ansatz, der sich von Entscheidungen durch einmal gewählte Gremien verabschiedet. Vielmehr bringen verschiedenste Interessengruppen ihre Vorschläge vor und versuchen, miteinander in einen sogenannten „Rough Consensus“ zu kommen, dem die große Mehrheit zustimmt. Mithilfe dieses Modells ist das Internet so geworden, wie es ist; schließlich haben die Amerikaner am Ende so etwas wie ein Vetorecht ausgeübt. Der Weg, den sie jetzt gehen, zeigt, dass dieses Multistakeholder-Modell erfolgreich erwachsen geworden ist und sich bewährt hat. Insofern sollten wir auch nicht versuchen, irgendwelche neuen Rollen zu spielen, sondern uns innerhalb genau dieses Rahmens zu engagieren – mit unseren eigenen Leuten, die besser ausgestattet werden sollten, aber auch mit zivilgesellschaftlichen Kräften, mit Regierungsmitgliedern und Politikern. Das

Interesse von Abgeordneten an entsprechenden Veranstaltungen wäre ein Anfang, den erheblichen Nachholbedarf zu decken.

Peter Tauber hat in einem Namensbeitrag für die Januar-/Februar-Ausgabe 2014 dieser Zeitschrift die Bedeutung der Digitalisierung für die künftige Parteiarbeit hervorgehoben. Welche Chancen bieten sich aus Ihrer Sicht?

Thomas Jarzombek: Unendlich viele! Natürlich müssen wir attraktive Angebote für Mitglieder schaffen, sich auch dann einzubringen, wenn jemand nicht in den Ortsverband gehen möchte, um etwa über eine Umgehungsstraße zu diskutieren. Die entscheidende Frage ist: Was ist der Wert der Mitgliedschaft in der CDU? Diesen Wert müssen wir steigern. Wenn man das schafft, über das Internet Menschen, die Interesse und Kompetenz zu bestimmten Themen mitbringen, mit denjenigen in Verbindung zu bringen, die darüber entscheiden, dann wird sich der Wert der Mitgliedschaft sehr deutlich steigern und zugleich die Qualität der Entscheidungen sehr viel besser werden.

Wollen Sie die Mitgliedschaft anders strukturieren, also von der Idee Ortsverband-Kreisverband-Landesverband weggehen zu mehr themenorganisiertem Engagement in der Partei?

Thomas Jarzombek: Mein Bestreben geht nicht davon weg, sondern es ist eine Ergänzung. Ich glaube, das steht nicht in Konkurrenz zueinander. Im Übrigen wird es ohnehin für unsere Partei eine Herausforderung sein, diese ganzen Ortsverbandsstrukturen aufrechtzuerhalten.

Deshalb müssen wir attraktiv sein für Menschen, die noch nicht Mitglied sind, die nicht sagen, ich bin das seit dreißig Jahren gewöhnt, ich mache das einfach so weiter, sondern für die, die neu eintreten und fragen: Wo kann ich denn hier mitdiskutieren? Wenn sie Plattformen finden, auf denen sie spannende Diskussionen mit uns führen können, ist die Bereitschaft viel größer, zu sagen: Das ist toll und jetzt werde ich da Mitglied, ich gehe anschließend vielleicht auch mal in den Ortsverband und gucke mir die Diskussion über die Themen vor Ort an.

Es gibt Beispiele, dass an Anträgen für den Bundesparteitag mit Interessen aus den verschiedenen Ebenen innerhalb der Partei „kollaborativ“ gearbeitet und der Antrag dann entsprechend formuliert und eingebracht wurde – zur Netzpolitik beispielsweise. Das ist ein Thema, das sehr dicht dran ist an der affinen Gruppe. Kann so etwas auch bei anderen Themen gelingen?

Thomas Jarzombek: Ich sehe da keinen so großen Bruch, sondern es gibt in unserer Partei eine Menge Netzwerke, deren Teilnehmer sich physisch treffen und zudem Telefonkonferenzen abhalten, das macht der Bundesvorstand jede Woche. Insofern nutzt man die elektronischen Medien als zusätzliche Mittel der Vernetzung. Das machen die alles schon ganz von selbst, die brauchen wir gar nicht auf die Idee zu bringen.

Noch einmal kurz zurück zu ICANN und Co. Im Multistakeholder-Ansatz gibt es ja verschiedene Akteure. Die werden nicht nur aus Ministerien oder

Regierungen delegiert, sondern kommen vor allem auch aus zivilgesellschaftlichen Initiativen. Ich habe immer den Eindruck, letztere seien aktiver. ICANN, ein Beispiel, wer würde da hingehen?

Thomas Jarzombek: In Deutschland ist da zum Beispiel Professor Wolfgang Kleinwächter unterwegs, der derzeit als Wissenschaftler auch im ICANN-Board sitzt. Dann gibt es auch Leute aus dem Gewerkschaftsumfeld, die sich dort organisieren.

Die Vielfalt zeichnet dieses System aus. Ich bin ein großer Fan dieses Multistakeholder-Ansatzes, weil er in bestimmten Bereichen tatsächlich funktioniert. Ob er nun tatsächlich auf andere Bereiche des Lebens übertragbar ist, das weiß ich nicht. Die Piraten haben das versucht, diesen Multistakeholder-Ansatz mit ihrer „Liquid Democracy“ auf ein hierarchisch organisiertes Parteien- und Demokratiesystem zu übertragen. Dieser Versuch ist gescheitert – definitiv, unabhängig von der Frage, ob die Piraten gescheitert sind. Allerdings haben am Ende nur wenige der eigenen Mitglieder überhaupt bei diesen Plattformen mitgemacht. Da ist der Versuch gescheitert. Aber innerhalb der Internetstrukturen ist er erfolgreich. – Never stop a running system!

Das Gespräch führte Tobias Wangermann.

Anders arbeiten

Wie sich die Digitalisierung auf Lebens- und Arbeitswelten auswirkt

SILKE EILERS

Wissenschaftliche Mitarbeiterin,
Institut für Beschäftigung und
Employability (IBE), Ludwigshafen.

JUTTA RUMP

Professorin für Allgemeine Betriebs-
wirtschaftslehre mit Schwerpunkt
Internationales Personalmanage-
ment und Organisationsentwicklung
an der Hochschule Ludwigshafen
am Rhein, Direktorin des Instituts
für Beschäftigung und Employability
(IBE), Ludwigshafen.

Die zunehmende Verbreitung von Informations- und Kommunikationstechnologien hat nach einer Studie des Hightech-Verbands BITKOM entscheidende Auswirkungen auf Wohlstand und Wachstum, nicht zuletzt durch Beschäftigungszuwachs. Dabei ermittelt die Studie knapp 1,5 Millionen Arbeitsplätze, die infolge der Digitalisierung 2012 in Deutschland geschaffen wurden. Digitale und physische Grenzen verschwimmen, die Grenzen zwischen Kunden und Belegschaft lösen sich infolge dieses Prozesses auf – das macht die Unternehmensberatung Accenture in einer weiteren Studie als zentralen Trend aus. Dabei verändern sich Wertschöpfungsketten und

Geschäftsmodelle. So verschmelzen im sogenannten Internet der Dinge reale und virtuelle Welt immer mehr miteinander. Das bringt Entlastungen durch intelligente Umgebungen und interagierende Objekte ebenso mit sich wie

Geschäftspotenziale, vor allem in den Bereichen Automatisierung, Logistik, Automobil, Gesundheit, alternde Gesellschaft, Umwelt, Energie, Geschäftsprozesse und Sicherheitstechnik. Auch im betrieblichen Kontext ergeben sich neue Möglichkeiten insbesondere zur Optimierung inner- und zwischenbetrieblicher Abläufe, so beispielsweise durch Werkstücke mit RFID-Chips („Radio-frequency identification“, Sender-Empfänger-System zur automatischen und berührungslosen Identifikation und Lokalisierung von Objekten), die Informationen über das zu fertigende Produkt enthalten, oder Transportgut, das selbst Daten übermittelt, um Logistikabläufe zu steuern und zu optimieren.

Beispiele hierfür sind Produkte, die mit einem „Gedächtnis“ ausgestattet werden, das mit der Umgebung kommuniziert. Der komplette Geschäftsprozess wird durch wissensbasierte Systeme unterstützt, mit deren Hilfe Mitarbeiter jederzeit und von jedem Ort aus auf Daten und Informationen zugreifen können und so neues, kontextbezogenes Wissen erzeugen. „Cloud-Computing“ ermöglicht beispielsweise eine neue Form des Outsourcings und erzielt Kostenvorteile bei gleichzeitiger Steigerung des Leistungsumfangs. Web-2.0-Anwendungen machen es möglich, in direkten Kontakt mit den Zielgruppen zu treten und die interne Kommunikation und Zusammenarbeit zu verbessern. Immer häufiger arbeiten Expertenteams aus aller Welt gemeinsam an Projekten, denn durch die Vernetzung von Spezialisten lassen sich die vielfältigen Kenntnisse, Erfahrungen und Kompetenzen optimal miteinander kombinieren. Hinzu kommt, dass in einem funktionierenden Netzwerk Anzeichen für Veränderungen des relevanten Umfelds vergleichsweise schnell erkannt werden, sodass eine beschleunigte und flexiblere Reaktion auf Marktveränderungen erfolgen kann. Noch haben allerdings – auch dies ist ein Ergebnis der Accenture-Studie – die großen Konzerne in Deutschland zwar durchaus die Bedeutung der Digitalisierung für ihre künftige Wettbewerbsfähigkeit erkannt, jedoch entsprechende Strategien nicht umfassend umgesetzt.

NEUE FREIHEITEN BEI DER ARBEITSGESTALTUNG

In einer repräsentativen Umfrage des ibi research Instituts an der Universität Regensburg im Auftrag der „Internet World – Die E-Commerce-Messe“ gaben im vergangenen Jahr die meisten Befragten an, die Digitalisierung habe sehr starke Auswirkungen auf die Arbeitswelt. Tatsächlich bewirken die digitalen Möglichkeiten, dass Arbeit zunehmend virtuell und flexibel gestaltet werden kann, während in der Vergangenheit die Notwendigkeit bestand, sich gemeinsam mit Kollegen und Vorgesetzten mehr oder weniger täglich zur gleichen Zeit am gleichen Ort einzufinden. Das eröffnet neue Wege, berufli-

che und private Belange miteinander in Einklang zu bringen – einerseits durch die Option, Ort und Zeit der Aufgabenerledigung weitgehend individuell zu gestalten, andererseits durch deutlich eingeschränkte Commuting-Zeiten zu Meetings oder Teamsitzungen, die vielfach auch in Form von Online-Konferenzen erfolgen können. Gerade für die jüngere Generation ist es hoch attraktiv und stellt nahezu eine Selbstverständlichkeit dar, neue Freiheitsgrade in der Wahl von Arbeitsort und Arbeitszeit zu genießen. Ebenfalls in einer BITKOM-Umfrage gaben bereits 2010 lediglich dreißig Prozent der Beschäftigten an, am liebsten jeden Tag ins Büro gehen zu wollen. Zudem eröffnen sich neue Beschäftigungsoptionen für projektbezogene Arbeitsverhältnisse, die im virtuellen Raum auch über Landesgrenzen hinweg für Fachkräfte zur Verfügung stehen.

Die modernen Technologien sind Teil gesellschaftlicher Inklusionsprozesse geworden, das heißt: In Bereichen, in denen sie immer stärker zur Selbstverständlichkeit werden, kann sich der Einzelne ihrer Nutzung kaum noch verweigern, wenn er nicht „außen vor“ bleiben möchte. Die Generation der sogenannten „Digital Natives“, ein Begriff, der von dem US-amerikanischen Pädagogen und Berater Marc Prensky geprägt wurde, trägt ihre Technologieaffinität auch in das Arbeitsleben hinein. Gerade das immanente Bedürfnis nach Austausch von Wissen, Ideen und Fähigkeiten birgt ein immenses Potenzial.

ÄLTERE BESCHÄFTIGTE ÜBERFORDERT?

Bei allen Chancen, die mit der Digitalisierung einhergehen, sind allerdings auch Hemmnisse und Befürchtungen nicht zu übersehen. So bedingt der Umgang mit modernen Informations- und Kommunikationstechnologien eine entsprechende Medien-, Verbalisierungs- und Visualisierungskompetenz sowie eine neue Form der (vermehrt indirekten und beschleunigten) Kommunikation, die gelegentlich ältere Beschäftigte zu überfordern droht. Zudem tragen die technologischen Trends zwar im beruflichen wie auch im privaten Kontext zu enormer Zeitersparnis bei, führen jedoch zu einer Beschleunigung des Lebens und Arbeitens. Hinzu kommt die Tendenz zur „Verdichtung“: Da in vielen Bereichen keine Zeitersparnis mehr zu erzielen ist – der technische Fortschritt stößt über kurz oder lang an seine Grenzen –, versuchen Menschen, verschiedene Aktionen gleichzeitig auszuführen. Auch die Teilnehmer der bereits genannten ibi research-Studie beklagen insbesondere permanenten Zeitdruck sowie die Erwartungshaltung ständiger Erreichbarkeit; 69 Prozent der Befragten sprechen von konkreten Nachteilen, die sich aus ihrer Sicht durch die Digitalisierung ergeben.

Nicht selten äußern sich dauerhafter Stress und Überlastung früher oder später in psychischen ebenso wie in physischen Krankheitssymptomen. Überlastungserscheinungen treten dabei besonders häufig am Arbeitsplatz auf. Doch auch das Gefühl, in der Freizeit möglichst viel und ständig etwas Neues erleben zu müssen, sowie der Drang, dank mobiler Endgeräte stets vernetzt und informiert zu sein, bringt Menschen zunehmend an ihre Grenzen. Immer häufiger entsteht daraus beim Einzelnen das gegenläufige Bedürfnis nach „Entschleunigung“. Infolgedessen verweigern sich auch zunehmend jüngere Menschen der fortwährenden Beschleunigung ihres Lebens. Sie kehren ihrem Beruf und Lebensumfeld den Rücken und schalten „einen Gang zurück“, da sie mit dem Tempo, das ihnen abverlangt wird, nicht zurechtkommen. Andere verspüren nach Jahren „auf der Überholspur“ keine Motivation mehr, in der gleichen Weise ihr Leben fortzusetzen.

ZEITSOUVERÄNITÄT DER MITARBEITER

Es zeigt sich, dass gerade in der Arbeitswelt ein sorgsamer Umgang mit den Potenzialen der Digitalisierung vonnöten ist. So ist die erhöhte Flexibilität und Autonomie nur dann sinnvoll, wenn sie mit einer entsprechenden Unternehmens- und Führungskultur verbunden wird, die die dazugehörigen Freiheitsgrade einräumt und den Fokus weg von der Kontroll- und Anwesenheitsorientierung hin zu einer Ergebnisorientierung verlagert. Alle Beschäftigtengruppen müssen dabei jedoch ihren individuellen Voraussetzungen entsprechend auf dem Weg in die digitale Welt begleitet werden. Dazu bedarf es auch einer angemessenen Zeitpolitik, die im Sinne variabler Arbeitsmodelle nicht nur die Unternehmensflexibilität, sondern auch die Mitarbeiterflexibilität in den Blick nimmt. Eine derartige Zeitpolitik fördert Zeitsouveränität und Zeitsynchronisation, setzt aber wiederum eine Unternehmenskultur voraus, die Work-Life-Balance befürwortet und auf der Einhaltung der entsprechenden Rahmenbedingungen besteht. Hier lassen sich in jüngster Zeit vielfältige Vorstöße gerade großer Konzerne verfolgen, mit der Erreichbarkeit außerhalb üblicher Bürozeiten vorsichtiger umzugehen. Nicht zuletzt bedarf es der Zeitkompetenz seitens der Mitarbeiter: Denn was nutzen flexible Arbeitsmodelle, wenn die Beschäftigten nicht mit ihren Zeitpotenzialen umgehen können? Die Eigenverantwortung des Einzelnen ist entscheidend; er sollte durchaus aktiv – auch ohne direktes Zutun des Arbeitgebers – an seiner Work-Life-Balance arbeiten und diese gegebenenfalls auch einfordern.

Literatur:

Accenture (Hrsg.): Accenture Technology Vision 2014: Sechs Trends der Digitalisierung führen Konzerne zum Markterfolg. Online verfügbar unter <http://www.accenture.com/at-de/company/newsroom-austria/Pages/six-trends-digitization-market-success.aspx> (Stand: 20.03.2014).

Aigner, T.: Digitalisierung zerrt an den Nerven. Online verfügbar unter <http://science.orf.at/stories/1729093/> (Stand: 26.03.2014).

BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.): Industrieland Deutschland stärken. Aus der Krise in die Wachstumsoffensive, Berlin 2009.

BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.)/Z_punkt GmbH (Hrsg.): Deutschland 2030 – Zukunftsperspektiven der Wertschöpfung, Berlin 2011.

BITKOM: Digitalisierung schafft rund 1,5 Millionen Arbeitsplätze. Online verfügbar unter http://www.bitkom.org/78582_78573.aspx (Stand: 26.03.2014).

BMBF: ITK für Logistik und Dienstleistungen. Online verfügbar unter <http://www.bmbf.de/de/9099.php> (Stand: 03.04.2014).

Brandl, K.-H.: Megatrend Digitalisierung. Online verfügbar unter <http://www.gegenblende.de/++co++bd55c376-3caa-11e3-ad0e-52540066f352> (Stand: 26.03.2014).

Dapp, T.: Die digitale Gesellschaft – neue Wege zu mehr Transparenz, Beteiligung und Innovation, Deutsche Bank AG, DB Research (Hrsg.), Aktuelle Themen 517 – Trendforschung, Frankfurt, a. M. 2011.

Fischer, D./Gramke, K./Schlesinger, M./Schüssler, R./Windhövel, K./Wolff, H.: Arbeitslandschaft 2030 – steuert Deutschland auf einen generellen Personalmangel zu? Eine Studie der Prognos AG, München 2008.

Gneuss, M.: Neue Technologien wirbeln Märkte durcheinander. Grad der Digitalisierung entscheidet über Wettbewerbsfähigkeit, in: Die Welt, 19.03.2014. Online verfügbar unter http://www.welt.de/print/die_welt/wirtschaft/article125944191/Neue-Technologien-wirbeln-Maerkte-durcheinander.html (Stand: 20.03.2014).

Hofmann, J./Rollwagen, I./Schneider, S., in: Deutsche Bank AG, DB Research (Hrsg.), Deutschland im Jahr 2020 – neue Herausforderungen für ein Land auf Expedition, Frankfurt a. M. 2007.

ibi resarch: Digitalisierung der Gesellschaft. Aktuelle Einschätzungen und Trends, Regensburg 2013.

Institut für Demoskopie Allensbach: Die Zukunft der digitalen Gesellschaft. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, Allensbach 2014.

Prensky, M.: Digital Natives. Digital Immigrants, in: On the Horizon (MCB University Press, Vol. 9, No. 5, Oktober 2001).

Rump, J./Eilers, S.: „Weitere Megatrends“, in: Rump, J./Walter, N. (Hrsg.): Arbeitswelt 2030. Trends, Prognosen, Gestaltungsmöglichkeiten, Stuttgart 2013, S. 13–29.

Scheer, A.-W.: „Dem Enterprise 2.0 gehört die Zukunft“, in: Buhse, W./Schabel, F. (Hrsg.): Hays-Forum Studie: Vernetzt und transparent – die Unternehmenswelt von morgen?!, Mannheim 2009, S. 16–18.

Swat, G.: Ein Platz an der Sonne. Online verfügbar unter <http://www.theeuropean.de/gary-swart/6975-die-digitalisierung-der-arbeitswelt> (Stand: 20.03.2014).

Dinge, Daten, Dienste

Wie wir zum Ausrüster der Welt werden können

MICHAEL PÜSCHNER

Geboren 1985 in Dresden, Referent des Präsidenten Henning Kagermann bei acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften, Berlin.

VERONIKA STUMPF

Geboren 1985 in München, wissenschaftliche Mitarbeiterin, acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften, Berlin.

Die Digitalisierung verändert unser Leben. Nicht nur, dass immer mehr Menschen morgens beim ersten Kaffee die News online lesen und Interessantes an Freunde in sozialen Netzwerken weiterleiten: In Zukunft werden wir wohl beim Verlassen der Wohnung alle überflüssigen Elektrogeräte mithilfe des Smartphones abschalten, die Heizung herunterregeln und die Haustür verriegeln. Was sich vor fünfzehn Jahren noch nach Science-

Fiction anhörte, ist heute teilweise schon Alltag, zumindest aber vorstellbare Realität. Die digitale Vernetzung von Menschen und Objekten sowie die Verschmelzung von realer und virtueller Welt schreiten unaufhaltsam voran. Derzeit erreichen die dafür benötigten Technologien – angefangen von RFID-Chips¹, Sensorik und Aktuatorik (Antriebstechnik) bis hin zu Cloud-Computing und Semantik – hinsichtlich Rechenleistungen, Netzkapazitäten und Speichergrößen einen „Tipping

Point“, einen Zeitpunkt also, an dem sie exponentiell wachsen. Parallel sinken die Preise und machen diese Technologien flächendeckend einsetzbar. Schon heute kommunizieren mittels der digitalen Vernetzung weltweit 12,5 Milliarden „Objekte“ und 4,5 Milliarden Menschen. Bis 2020 wird ein Anstieg auf fünfzig Milliarden „Objekte“ und 6,5 Milliarden Menschen erwartet.

SWEET PHONE, SMART HOME

„Objekte“ sind in diesem Zusammenhang mehr als nur Computer und mobile Endgeräte, zunehmend werden auch andere Alltagsgegenstände, wie Autos, Waschmaschinen, Kleidungsstücke oder Laufschuhe, digital anschlussfähig und damit zu „Smarten Produkten“. Diese Smarten Produkte reagieren eigenständig auf ihr Umfeld, kommunizieren und interagieren über das Internet untereinander und mit ihren Besitzern. Sie stellen so eine Verbindung zwischen der physischen und der virtuellen Welt der Daten her.

Gleichzeitig erheben die Smarten Produkte eine Vielzahl von Daten – intelligent analysiert und verknüpft, bilden diese Smart Data die Grundlage für neue Services. Produkte, Prozesse und Dienstleistungen werden digital veredelt und zu Smart-Service-Paketen für den einzelnen Nutzer verbunden. In unserem Smart Home, das über das Smartphone gesteuert wird, lässt sich zum Beispiel jede neu gekaufte Waschmaschine mit wenigen Klicks in das eigene Heimnetzwerk integrieren und fortan ein Waschgang von unterwegs starten.

Diese als Internet der Dinge, Daten und Dienste bezeichnete nächste Stufe der Digitalisierung hat tief greifende Auswirkungen auf alle Lebensbereiche. Sie stellt den Innovations- und Wachstumsmotor der kommenden Dekaden dar: Der volkswirtschaftliche Nutzen der allgegenwärtigen Vernetzung wird auf rund 56 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt.

STARTVORTEIL FÜR DEUTSCHLAND

Das in die Hightech-Strategie der Bundesregierung eingebettete und von acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften koordinierte Zukunftsprojekt Industrie 4.0 ist ein Anwendungsbeispiel: Mit der Industrie 4.0 hält das Internet der Dinge, Daten und Dienste Einzug in die Fabrik. Hier werden Menschen, Maschinen, Ressourcen und Betriebsmittel ad hoc miteinander vernetzt, sie verhandeln und regeln untereinander, wer freie Kapazitäten hat und bestimmte Aufgaben übernimmt. Das stellt die bisherige Produktionslogik auf den Kopf: Die zentrale Produktions-

steuerung wird aufgelöst, die Fabrik organisiert sich selbst. Mehr noch, sie ist vertikal mit den betriebswirtschaftlichen Prozessen in anderen Fabriken des Unternehmens sowie horizontal mit global verzweigten Wertschöpfungsnetzwerken verknüpft. In die Netzwerke sind Unternehmen verschiedenster Branchen integriert – von der Bestellung bis zur Lieferung. So entsteht eine flexiblere und effizientere Produktion. Die Herstellung maßgeschneiderter Produkte – etwa einer der eigenen Wirbelsäule angepassten Matratze – zum Preis eines Massenprodukts wird möglich. Doch was bedeuten die tief greifenden Veränderungen durch den nächsten Digitalisierungsschritt für die deutsche Wirtschaft insgesamt?

Während der Industrieanteil in traditionellen Industrieländern wie Frankreich, Großbritannien und den USA in den letzten Jahrzehnten immer schneller sank, liegt der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung in Deutschland weit über dem europäischen Durchschnitt. Deutschland hat als Ausrüster der Welt eine gute Startposition bei der Herstellung und Entwicklung von Smarten Produkten. Mit einem starken Maschinen- und Anlagenbau, umfassendem Know-how in den benötigten Basistechnologien, wie etwa der Automatisierung, und nicht zuletzt mit ihrer gut qualifizierten Belegschaft erfüllt die deutsche Wirtschaft sämtliche Voraussetzungen, um ihre smarten Produkte in das Internet der Dinge, Daten und Dienste erfolgreich zu integrieren und dort zu etablieren und sich damit neue Geschäftsmodelle zu erschließen. Dabei ist die konsequente Zusammenführung dieser High-Tech-Produkte und -Technologien mit den beschriebenen Internet- beziehungsweise Informations- und Kommunikationstechnologien eine zentrale Aufgabe der nächsten Jahre. Deutsche Unternehmen haben diesen Trend erkannt und aufgegriffen – das zeigt nicht zuletzt das starke Engagement bei Industrie 4.0.

WAS FEHLT?

Smarte Produkte sind für den Nutzer künftig jedoch nur interessant, wenn sie mit Smart Services verknüpft werden, beispielsweise der lernfähige Feuermelder, der seinen Batteriestand regelmäßig checkt und bei Bedarf selbstständig Batterien nachbestellt. Die deutsche Industrie muss daher auch bei Smart Services führend werden. Durch die nun anstehende Integration von Produkt- und Dienstleistung und das damit einhergehende Verschmelzen von Branchengrenzen werden die Karten im internationalen Wettbewerb neu gemischt. Auf dem globalen Markt von morgen haben Plattformanbieter die Poleposition. Software-basierte Unternehmen, wie Google, haben das erkannt. Das Herstellen von (Smarten) Produkten allein reicht nicht mehr aus, um mit dieser Entwicklung Schritt zu halten.

Ein Beispiel aus unserem Smart Home: Im Januar sorgte Google mit der zweitgrößten Firmenübernahme seiner Geschichte für Schlagzeilen. Google kaufte „Nest“, ein Unternehmen, das lernfähige Thermostate und Rauchmelder herstellt. So passen die Thermostate von Nest etwa die Zimmer- an die Außentemperatur und an die Gewohnheiten der Bewohner an. Neben der Herstellung dieser Geräte und dem Anbieten maßgeschneiderter Anwendungen positioniert sich Google damit auch als Plattformbetreiber im Smart Home-Markt. Bisher werden die meisten smart Home-Anwendungen unverbunden als separate Lösungen angeboten, beispielsweise werden Heizungs- und Beleuchtungssysteme nicht miteinander verknüpft. Der Trend aber geht zum intelligenten Zuhause. Auf dem internationalen Markt ändern sich dadurch die Geschäftsmodelle: Verschiedene Hersteller, Anbieter, Dienstleister und Start-ups finden sich auf Plattformen zu digitalen Ökosystemen zusammen und bieten dem Nutzer individuelle Servicepakete an. Den Plattformbetreibern kommt dabei eine zentrale Rolle zu.

Im internationalen Wettbewerb kommt es nun auf Schnelligkeit an: Durch ihre exponentielle Weiterentwicklung und ihre kostengünstige Verfügbarkeit werden Informations- und Kommunikationstechnologien zunehmend Bestandteil von Produkten und Dienstleistungen. Aber erst durch die darüberliegenden Plattformen können sie zu Smart-Service-Paketen verknüpft werden. Das Internet der Dinge, Daten und Dienste steht schon heute in den Startlöchern. Gerade Smart-Service-Lösungen können recht kurzfristig und – im Vergleich etwa zu Industrie 4.0 – ohne größere Migrationskosten umgesetzt werden. Auch andere Volkswirtschaften haben diesen Trend erkannt und positionieren sich. Insbesondere dort, wo größere Produktionssektoren fehlen, sieht man die Chance, durch Stärken im Dienstleistungs- und Softwarebereich wieder wichtige Marktanteile im Produktionssektor zurückzugewinnen. Gerade die USA und China treiben diese Entwicklung voran.

DIGITALE AGENDA

Mit den beiden von acatech koordinierten Zukunftsprojekten „Industrie 4.0“ und „Smart Service Welt“ hat sich Deutschland frühzeitig auf den Weg gemacht, den nächsten Digitalisierungsschritt zu gestalten. Die Visionen sind formuliert, die Handlungsempfehlungen an Wirtschaft, Politik und Gesellschaft übergeben. Ihre Umsetzung muss nun beherzt angegangen werden.

Um die Vision der Industrie 4.0 und der Smart-Service-Welt zu realisieren, ist die Kooperation zwischen unterschiedlichen Akteuren und Branchen unabdingbar. Auf den Plattformen werden Unternehmen künf-

tig über Branchengrenzen hinweg und gemeinsam mit Forschungseinrichtungen, Nutzern und anderen gesellschaftlichen Akteuren neuartige Innovationspartnerschaften und Geschäftsmodelle entwickeln. Anwendungen des Internets der Dinge, Daten und Dienste, wie Industrie 4.0 und das Smart Home, sind nicht als in sich geschlossene Systeme, sondern als übergreifende Struktur zu begreifen und zu gestalten.

Der Ausbau von Breitbandanschlüssen ist dafür eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung. Die Beschränkung der politischen Diskussion allein auf diesen Teil der technischen Infrastruktur greift zu kurz. Die Infrastruktur der Zukunft ist das Internet der Dinge, Daten und Dienste – inklusive dazugehöriger Plattformen und Basistechnologien.

Eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Etablierung der Smart-Service-Welt ist die Akzeptanz der Technologien in der Gesellschaft. Ein breiter gesellschaftlicher Diskurs ist notwendig, um die Chancen und Folgen der fortschreitenden Digitalisierung zu begleiten und die mit dieser einhergehenden Wertkonflikte – etwa im Bereich Datensicherheit und Privatsphäre – auszubalancieren. Deutsche Lösungen könnten dabei insbesondere durch umfassende und vertrauensvolle Sicherheitskonzepte punkten.

Mit der Erarbeitung und Umsetzung einer Digitalen Agenda hat Deutschland gute Chancen, seinen Wettbewerbsvorteil zu verteidigen. Als Ausrüster der Welt ist Deutschland führend bei der Herstellung Smarter Produkte. Jetzt gilt es, die Plattformen für innovative und nutzerorientierte Dienstleistungen und Geschäftsmodelle und damit für neue Wachstumsimpulse zu realisieren.

¹ Abkürzung für „Radio-frequency identification“, Sender-Empfänger-System zur automatischen und berührungslosen Identifikation und Lokalisierung von Objekten.

Ende eines Erfolgsmodells?

Die digitale Industrie krankt am Schwinden deutscher Gründungskultur

MARCO ZINGLER

Geboren 1969 in Köln, Partner und Geschäftsführer der denkwerk GmbH (einer der führenden deutschen Digitalagenturen), Sprecher des Fachkreises Full-Service-Digitalagenturen im Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW).

In mehr als 150 Jahren industrieller Revolution haben es deutsche Unternehmer immer wieder fertiggebracht, in nahezu jedem neu aufkommenden Industriesektor bedeutende Unternehmen zu gründen und sie zu Weltmarktführern zu entwickeln. Besonderes Geschick haben sie traditionell mit Produkten, die auf technischer Innovation und hoher Qualität

beruhen. Sie genießen die Vorzüge eines Industriestandorts, der von Mittelständischen und Großunternehmen geprägt ist und eine Bandbreite besitzt, um die sie die Welt mit Recht beneidet.

Aber diese Kontinuitätslinie des deutschen Erfolgsmodells ist vor Kurzem abgerissen – und die Öffentlichkeit hat noch gar nicht realisiert, wie sehr der Industriestandort Deutschland darunter zu leiden haben wird. Die Auswirkungen auf den Wohlstand und die Gestaltungsmöglichkeiten der Volkswirtschaft werden sich erst mittelfristig in vollem Umfang einstellen. Dann allerdings wird es zu spät sein, um mit kleinen Eingriffen den Anschluss wiederherzustellen.

SELBSTKOLONIALISIERUNG DER DIGITALINDUSTRIE

Deutschlands Unternehmen und Gründer scheitern an der Digitalisierung – und zwar nicht erst, seit das Internet das private Leben verändert und beinahe alle Industriezweige in atemberaubender Geschwindigkeit durcheinandergewirbelt hat. Schon die Hardware- und Softwareindustrie, die ihren globalen Siegeszug in den 1960er- und 1970er-Jahren angetreten hat, kann bis auf die strahlende Ausnahme SAP keinen einzigen aus Deutschland stammenden Weltmarktführer vorweisen; selbst die viel gerühmten „Hidden Champions“ aus dem Mittelstand, die in anderen Branchen so charakteristisch für den Standort sind, muss man mit der Lupe suchen. Es werden zu wenig neue Unternehmen in der Digitalindustrie gegründet, und die wenigen Gründungen erlangen – in globaler Perspektive – keine echte Relevanz. Natürlich gibt es erfreuliche Ausnahmen und vielversprechende Ansätze, aber diese enden meist nach wenigen Jahren, da solche erfolgreichen Neugründungen im Rahmen von „Exits“ – einem Ausstieg mit möglichst hohem Gewinn – an amerikanische Konkurrenten „verscherbelt“ werden – und das ist dann schon das Ende der deutschen Erfolgsgeschichten!

Die Folgen sind dramatisch, weil die Wertschöpfung, die eigentliche Kreativ- und Ingenieurleistung, in fast allen Fällen ins Ausland abwandert. Zurück bleiben Vertriebsstandorte und Lobbyisten. Wer sich im politischen Berlin mit dem Thema Digitalisierung beschäftigt, wird feststellen, dass man kaum einen Stein umdrehen

kann, ohne auf einen rührigen Lobbyisten eines amerikanischen Weltmarktführers zu treffen. Wir kolonialisieren unsere Digitalindustrie gegenwärtig selbst, ohne es zu merken.

Dass eine solche Dynamik nicht naturgesetzlich festgeschrieben ist, belegt die deutsche Wirtschaftsgeschichte. Aber woran liegt es, dass die Digitalindustrie nicht recht vorankommt, und wie kann man das Ruder noch rechtzeitig herumreißen? Leider gibt es nicht den einen, zentralen Grund für die Misere – es gilt, das „Ökosystem“, aus dem digitale Geschäftsmodelle hervorgehen, umfassender zu verstehen.

KEINE TECHNISCHE REVOLUTION OHNE TECHNIKER

Wenn es mit den Gründungen nicht so recht klappt, liegt es nahe, sich zunächst genauer mit den Gründern in Deutschland auseinanderzusetzen. Sind sie so viel schlechter als ihre Kollegen im Silicon Valley, in London, Tel Aviv oder Shanghai? Nein, das sind sie nicht! Aber es fällt auf, dass in Deutschland mehrheitlich andere Berufsgruppen Unternehmen gründen. Der typische deutsche Gründer mit einem digitalen Geschäftsmodell ist ein Betriebswirt oder MBA (Master of Business Administration) mit überschaubarer Berufserfahrung.

Die digitale Revolution ist aber zunächst eine technische Revolution. Daimler, Bosch, Siemens, Thyssen sowie Microsoft, Google und Facebook wurden nicht von Betriebswirten, sondern von

Technikern gegründet. Sie sind in der Lage, durch die Kreativität der Ingenieure technischen Fortschritt zu kreieren. Gesucht werden zusätzlich Gründer aus dem MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik). Steht ein solches primäres Know-how nicht zur Verfügung, können allenfalls erfolgreiche Geschäftsmodelle kopiert werden, wie es Rocket Internet zur Kunst erhoben hat. Oder es werden „Nullachtfünfzehn-Ideen“ ausgebrütet, auf die eigentlich jeder Konsument ohne technisches Wissen kommen könnte – zum Beispiel einen Pizzadienst über das Internet zu organisieren statt über das Telefon. Das ist schön und gut, aber das nächste „Google“ kommt auf diese Weise nicht zustande. Und Chancen aus dem B2B-Bereich (Beziehungen zwischen mindestens zwei Unternehmen) kann man auf diese Weise ebenso wenig nutzen, denn dazu fehlt die konkrete technische Erfahrung aus der Praxis.

Die Lösung des Problems muss man glücklicherweise nicht eigens erfinden, man kann sie zum Beispiel beim MIT (Massachusetts Institute of Technology) abgucken. Die angegliederte Business School, die MIT Sloan School of Management, bringt Ingenieure und Ökonomen schon während des Studiums gezielt zusammen und organisiert Ausgründungen mit beträchtlichen Erfolgen in den letzten Jahrzehnten. So werden am MIT mit rund dreizehn Ausgründungen pro 100 Professoren mehr als dreimal so viele Unternehmen je Professor gegründet als im deutschen Start-up-Mekka Berlin. Die staatlichen Hochschulen mit ihren verbeamteten Lehrstuhlinhabern, für die solche Kooperationen zusätzliche Arbeit bedeuten, sind im Großen und Ganzen auch heute

noch weit davon entfernt, ein Motor erfolgreicher Gründungen zu sein.

WIE DAS KANINCHEN VOR DER SCHLANGE

Gerade die Konzerne und etablierten Unternehmen stehen durch die Digitalisierung vor riesigen Herausforderungen. Wenn es weiterhin nicht gelingt, die angestammten Geschäftsmodelle in das digitale Zeitalter zu transformieren, werden sie unter den gleichen Existenzdruck geraten, der die analoge Fotoindustrie, die Musikindustrie und den Versandhandel getroffen hat. Aber gerade deutsche Unternehmen tun sich extrem schwer damit, sich selbst neu zu erfinden. Denn das bedeutet auch, eigene digitale Produkte zu entwickeln, die das angestammte Geschäft kannibalisieren könnten. Lieber starrt man wie das Kaninchen auf die Schlange. Viele CEOs gehen den vermeintlich leichteren Weg und betreiben eigene Beteiligungsunternehmen oder gründen eigene Inkubatoren, um außerhalb der trägen Strukturen des eigenen Konzerns freier experimentieren zu können. Damit werden sie als strategische Investoren zum Teil der deutschen Investorengemeinde.

Die sogenannten strategischen (beziehungsweise unternehmensnahen) Investoren spielen in der überschaubaren Risikokapitalszene Deutschlands eine wichtige, aber leider selten erfolgreiche Rolle. Es werden in der Summe wenige Start-ups finanziert, die Finanzierungsrunden sind extrem bürokratisch und für die Gründer energieverzehrend und zeitaufwendig. Dabei sind die Summen, die investiert werden,

viel zu klein, als dass man damit globale Marktführer nach dem Vorbild der amerikanischen Start-ups produzieren könnte. Ein nachvollziehbarer Know-how-Transfer zurück in das Mutterunternehmen kommt ebenfalls nur selten zustande, so dass sich die Frage stellt, warum man sich überhaupt mit Start-ups beschäftigt, wenn die eingesetzten Mittel am Businessplan gemessen niemals ausreichen können? Es drängt sich der Eindruck auf, dass bei einer Reihe dieser strategischen Investoren Marketingaspekte und Investor-Relations für die Mutterunternehmen wichtiger sind als ein nachhaltiges Interesse an den Gründungen.

INVESTOREN MIT „KLEINEN TICKETS“

Diese Lücke könnten Risikokapitalgeber wie Business-Angels und Venture-Capital-Firmen schließen. Eine solche Form der Unternehmensfinanzierung hat in Deutschland leider keine Tradition und ist erst in den letzten Jahrzehnten aus den USA übernommen worden. Sie ist insbesondere für Hightechgründungen unumgänglich, denn es geht darum, im eigenen Segment innerhalb kurzer Zeit zu den Marktführern aufzusteigen, wenn ein nachhaltiger Erfolg erzielt werden soll. Für die erste Phase der Gründung, die *Seed-Phase*, ist mittlerweile mehr Kapital verfügbar. In der Wachstumsphase, in der Finanzierungsrunden über drei Millionen Euro benötigt werden, sieht es dagegen deutlich schlechter aus.

Insgesamt ist die Zahl der Investitionen durch Risikokapitalfirmen in Deutschland

im Verhältnis zu den USA immer noch sehr gering und das jeweils investierte Kapital zu bescheiden, um globale Marktführer hervorzubringen. Auch die Risikobereitschaft hiesiger Venture-Capitalists ist deutlich geringer ausgebildet als bei den amerikanischen Vorbildern. Mit den „kleinen Tickets“ können allenfalls attraktive Übernahmekandidaten für ausländische Marktführer geschaffen werden. Das ist aus Sicht der Akteure legitim, aber so entsteht kein digitales „Ökosystem“ mit echter Wertschöpfungstiefe in Deutschland.

Solange sich der Markt für Risikokapital in Deutschland nicht ändert, müssen Gründer genau überlegen, ob sie viel Zeit in die Suche nach Kapital investieren wollen, um dann meist zu kleine Finanzierungsrunden abzuschließen und aufgrund schlechter Bewertungen überproportional viele Anteile schon in den frühen Phasen der Unternehmensentwicklung abgeben zu müssen. In bestimmten Fällen können zumindest die ersten Schritte mit anderen Finanzierungsmodellen bestritten werden. Mit einem „Launching Customer“ zu gründen, also einem Startkunden, der mit seiner Projektfinanzierung einen großen Teil der Produktentwicklung des Start-ups finanziert, bringt viele Vorteile gegenüber einer Risikokapitalfinanzierung mit sich. Die Gründer konzentrieren sich vom Tag eins an ausschließlich auf die Bedürfnisse echter Kunden und verlieren so keine Anteile. Es ist vielleicht kein Zufall, dass SAP auf genau diese Weise entstanden ist. Einen „Launching Customer“ findet man allerdings häufiger im B2B- als im B2C-Umfeld (der Beziehungen zwischen Unternehmen und Kunden); daher kann

diese Methode keine Lösung für alle Unternehmensgründungen sein.

SCHNEISEN IM BÜROKRATISCHEN DSCHUNDEL

Es mangelt nicht an Programmen der öffentlichen Hand. Ein Sammelsurium von Förderprogrammen stellt potenzielle Gründer vor die Aufgabe, aus konkurrierenden Angeboten ein passendes herauszusuchen und sich dann durch einen zeitraubenden bürokratischen Dschungel zu kämpfen. Dabei stehen Aufwand und Nutzen bei den meisten Programmen in keinem vernünftigen Verhältnis – mit der Folge, dass die meisten erfolgreichen Gründungen einen Bogen um diese Programme machen. Hier fehlt eine ordnende Hand, die die Förderprogramme aufeinander abstimmt und für Gründer attraktiv macht.

Betrachtet man die Orte in der Welt, an denen regelrechte Start-up-Hubs entstanden sind, so stellt man fest, dass der Staat als koordinierender Faktor dort eine

wichtige Rolle gespielt hat. Die indische Software-Industrie in Bangalore ist eine Folge staatlicher Planung und Koordination von der Infrastruktur bis hin zu den Universitäten, die gezielt den Bedarf an Informatikern ausbilden. Die chinesische Software-Industrie in Shanghai wäre ohne die besonderen Bedingungen der Sonderwirtschaftszone so nicht entstanden. Allein 2011 wurden drei sehr erfolgreiche staatliche Programme in internationalen Start-up-Hubs aufgelegt: Tel Aviv Startup City, NYC-Digital und East-London-Tech-City. Alle drei Standorte können schon jetzt gute Erfolge vorweisen.

Sonntagsreden bringen Deutschland nicht voran. Aber es besteht eine realistische Chance, sich auch in der digitalen Wirtschaft an die Spitze zu setzen, wenn es als gesellschaftliche Aufgabe definiert würde, den Standort Deutschland fit für die nächste industrielle Revolution zu machen. Es ist noch nicht zu spät, denn in der digitalen Revolution können die Gewinner von heute die Verlierer von morgen sein. Vielleicht wird gerade in diesem Moment der nächste deutsche Weltmarktführer der digitalen Wirtschaft gegründet.

Kein Grund für Kulturpessimismus, aber ...

Auch in der digitalen Gesellschaft braucht Bildung soziale Beziehungen

JAN-HENDRIK OLBERTZ

Geboren 1954 in Ostberlin,
Kultusminister des Landes
Sachsen-Anhalt a. D., Präsident der
Humboldt-Universität zu Berlin.

Die neuen digitalen Techniken und Medien werden, seit sie auf dem Markt sind, von der Pädagogik beziehungsweise Erziehungswissenschaft teils bejubelt, teils aber auch mit wachsender Skepsis betrachtet. Auf der einen

Seite preist man die enormen Freiheitsspielräume und den Effizienzgewinn, die mit der Digitalisierung von Lehr- und Lernprozessen einhergehen, auf der anderen Seite grassiert die Sorge, Orientierungen würden einseitig und der Erwerb elementarer Kompetenzen werde erschwert. Schauen wir uns beide Perspektiven genauer an.

Zunächst einige Beispiele: Satellitengestützte Navigationssysteme als digitale Technik sind im Verkehrsalltag von hohem praktischen Wert. Sie versagen dem Fahrer aber zugleich Anlass und Übung, sich selbstständig zu orientieren, Umgebungen, Entfernungen oder Zeitintervalle richtig einzuschätzen. Dasselbe gilt für elektronische Stabilitäts- oder Antiblockiersysteme, die gerade unerfahrenen Autofahrern das Gefühl für physikalische Grenzen nehmen. So werden elementare Wirkzusammenhänge der Physik (Schwerkraft, Fliehkraft, Masse, Geschwindigkeit, Be-

schleunigung, Verzögerung und so weiter), die körperlich vermittelte intellektuelle Grundkompetenzen eines jeden Menschen ausmachen, nicht mehr „erfahren“. Versagen die Systeme, können in Gefahrensituationen kaum noch angemessene Entscheidungen getroffen werden. Zahlen wir also für die Bequemlichkeit, die wir genießen, den Preis des Verlustes grundlegenden Könnens? Verlieren wir Entscheidungsautonomie?

Auch in der Kommunikation haben die neuen Medien weitreichende Auswirkungen. Mit der sprachlichen und oft auch gedanklichen Verknappung von Botschaften durch Twitter, SMS, WhatsApp und so weiter geht eine enorme Verdichtung von Kommunikation einher – das beste Beispiel ist der Austausch junger Leute über Facebook. Aber je mehr Kommunikation „hochfrequent“ und mit geringstem Aufwand möglich ist, desto banaler scheint der Austausch zu werden („Was tust Du gerade?“, „Gefällt mir“, „Gefällt mir nicht“), ganz zu schweigen von der Begrenzung des orthografischen beziehungsweise grammatikalischen Vermögens und der Ausdrucksfähigkeit. Andererseits hat die Permanenz des Austausches einen hohen sozialen Wert – in Netzwerken schließt man Freundschaften, teilt sich einander mit, signalisiert Empathie und organisiert am Ende durchaus „reale“ Begegnungen.

ENTFREMUNG VON DER WIRKLICHKEIT

Gleichzeitig drängen in immer kürzeren Zyklen zum Beispiel neue Spielekonsolen auf den Markt. Sie treten bei Kindern und Jugendlichen an die Stelle von Realität, führen sie in virtuelle Lebenswelten, die Abstand zur Realität gebieten – und machen es ihnen schwer, virtuelle und tatsächliche Lebenswelt zu unterscheiden. Es ist also keineswegs nur die Furcht vor Gewalt, sondern überhaupt vor Entfremdung von der Wirklichkeit, die uns in diesem Zusammenhang zu schaffen macht.

In der Tat ist hier in den letzten beiden Jahrzehnten ein ernsthaftes Problem entstanden: Mit dem Einsatz der neuen Medien beim Lehren und Lernen werden immer weniger Primärerfahrungen vermittelt. Die Reduktion der Wirklichkeit auf Abbilder, ihre Ersatzrezeption aus den Bildschirmen, führt dazu, dass man zwar alles Mögliche zu wissen und zu beherrschen glaubt, echten Anforderungssituationen aber kaum noch gewachsen ist. So steht die gerade Kindern und Jugendlichen aufgezwungene Bilderflut der Entwicklung von Vorstellungsvermögen und Phantasie, ebenso von sprachlicher Abstraktion und Begrifflichkeit entgegen. Moderne Unterrichtsmedien können jedoch selbst bei sorgfältigster Aufbereitung die authentische Begegnung mit den natürlichen Dingen beziehungsweise Phänomenen oder mit von Menschenhand gemachten Gegenständen nicht ersetzen.

Außerdem muss man fragen, welche Art von Wissen mit welcher Relevanz und Gültigkeitsdauer über die Medien in der Jugend erworben wird und wie sich der „Nutzen“ dieses Wissens im Verhältnis zur Lebenszeit verhält. Nicht ohne Grund gehört zu den viel beschriebenen Konsequenzen der Modernisierung unserer Gesellschaft die allgemeine Tendenz der Beschleunigung, die sich ganz besonders auf dem Sektor des Wissens abspielt. Von extrem schnell veraltendem Wissen ist die Rede: Auto- oder Computergenerationen lösen sich viel rascher ab als Menschengenerationen. Doch deswegen wird kein Kind schneller erwachsen, so Leo J. O'Donovan (vergleiche 2000), früherer Rektor der Georgetown-Universität in Washington. Aber ist es wirklich Wissen, was hier veraltet? Natürlich „verfällt“ Wissen aus Fahrplänen, Hitlisten, Gebrauchsanweisungen oder Telefonbüchern rasch. Wie schnell veralten währenddessen das Alphabet oder das kleine Einmaleins, das Periodensystem der Elemente, kulturelle und historische Wissensbestände, zum Beispiel die Wertgültigkeit der Grimm'schen Märchen, Kunstverständigkeit, musische Fähigkeiten? Basiswissen oder -können dieser Art verliert kaum seine Relevanz – und selbst wenn, bliebe aus seinem Abstraktionsgehalt und seiner methodischen Qualität das erhalten, was das Neu-, Weiter- oder Umlernen möglich macht.

„ERFAHRUNG UND STÜCKLICHE UNTERWEISUNG“

Je schneller die Modernisierung und die Entwicklung der digitalen Medien voranschreiten, desto wichtiger wird es also, kulturelle Konstanten zu identifizieren, in den schulischen Lehrplänen auf Grundkompetenzen zu setzen und – so paradox es klingt – jene „klassischen“ Elemente der Pädagogik zu pflegen, die geordnetes Grundwissen, Anschaulichkeit und methodische Selbstständigkeit in den Vordergrund stellen. Nachhaltig wird, was anschaulich ist – dieses Prinzip gehört zu den ältesten pädagogischen Überlieferungen. Sein Urheber ist der Didacticus Wolfgang Ratke (1571 bis 1635), der in seiner Köthener „Allunterweisung“ und der „Lehrartlehr“ eine Unterrichtsweise beschreibt, die vor allem das Selberlernen und das „Begreifen“ im ganz praktischen Sinn befördert: „Erst ein Ding, hernach die Weise von dem Ding“. Das ist noch heute nicht nur für den Sachunterricht von grundlegender Bedeutung. Ratkes Grundsatz „Alles durch Erfahrung und stückliche Unterweisung“ ist später in der Wunderkammer der Stiftungen August Hermann Franckes (1663 bis 1727) in Halle zur faszinierenden Blüte gelangt. Sie war eine Art barockes Medienkabinett – Anschauung nicht am Abbild, sondern am authentischen Objekt. Komplementär zum Computer in der Schule sind daher bis heute zum Beispiel der Betrieb einer Schulwerkstatt, Expeditio-

nen in die Natur oder das Anlegen von Gärten wichtig (vergleiche Olbertz 2003). Mit den neuen Medien und der mit ihnen verbundenen Informationsdichte gewinnt auch die traditionelle Didaktik wieder an Bedeutung: Ordnen und Systematisieren, Reduzieren und Konzentrieren, Vergleichen und Erörtern, Verweilen und Verknüpfen, Wiederholen und Festigen, Üben und Anwenden. Dies alles sind Vorgänge, die Lehr- und Lernprozesse als Beziehungsgeschehen verstehen und ausgestalten. Entsprechend kritisch muss man Tendenzen kommentieren, die Lehr- und Lernprozesse in einer Weise „technisieren“ (und auch „ökonomisieren“), wie sie sich derzeit in Gestalt von MOOCs („Massive Open Online Courses“) verbreiten. Das sind Internet-Vorlesungen für ein Publikum von 100.000 oder mehr „Lernern“, die ihrem Dozenten real gar nicht mehr begegnen. Die Entfremdung vom sozialen Interaktionsraum des Lehrens und Lernens nimmt hier einen extremen Verlauf; neben den Möglichkeiten der dialogischen Erörterung sind Authentizität und Empathie nur noch schwer vermittelbar.

Das dabei vermittelte Wissen – von Kompetenzen mag man hier nicht reden – steht nach Art und Umfang in keinem Verhältnis zum verloren gehenden. Allerdings bedeutet das keineswegs, dass elektronisch verbreitete Unterrichtsinhalte und -materialien nicht erfolgreiche Lehr- und Lernprozesse maßgeblich unterstützen könnten. Aber sie sollten immer nur willkommene Ergänzung oder Vertiefung sein, nicht das soziale Interaktionsgeschehen des Lehrens und Lernens in Institutionen ersetzen.

Führt man sich alle diese Aspekte der „Mediatisierung“ vor Augen, dann fällt es in der Tat erst einmal schwer, neben Warnung und Kritik auch den Gewinn der neuen Medien zu erkennen. Dieses Potenzial aber darf nicht unterschätzt werden. Mit den digitalen Technologien können sich gerade Kinder und Jugendliche schnell und effektiv Wissen erschließen und ihrer Neugier sehr unmittelbar folgen. Auch „Anschaulichkeit“ ist mit digitalen Medien auf attraktive Weise erreichbar. Und es sind an die Stelle tradierter Speichersysteme (zum Beispiel Lexika) neue Formen der Reproduktion von Wissen (im Netz) getreten, die sich als schneller, weniger aufwändig und oft auch als besser überprüfbar erweisen.

Letzten Endes aber können wir uns – als Angehörige einer anderen Generation – über das tatsächliche Medienverhalten von zum Beispiel 14- oder 15-jährigen Jugendlichen kein sicheres Urteil bilden, selbst wenn es im Rahmen von Forschungsprojekten erfragt oder beobachtet wird. So sollten wir eher Vertrauen in unsere sonstige Beziehung zu den Kindern und Jugendlichen setzen, in deren Rahmen sie unsere Ratschläge ernst nehmen oder ausschlagen. Diese Entscheidung wiederum hängt nicht von den Medien ab, sondern von unserem Verhältnis zu ihnen. Ist es von Offenheit, Toleranz, aber auch Verantwortlichkeit und Verbindlichkeit geprägt, so können wir zuversichtlich sein, dass sie selbst

kritisch an die Dinge herangehen und ihren Weg im Umgang mit den neuen Medien finden werden.

REFLEXIONSFÄHIGE ANWENDER

Unter dieser Voraussetzung gibt es bei aller Kritik an den digitalen Medien also keinen Anlass zum Kulturpessimismus. Das gilt vor allem dann, wenn der Einzug der „neuen Medien“ in die Schulen mit einer intelligenten Medienpädagogik einhergeht. Mit Wissen und Aufklärung kann man den beschriebenen Risiken wirksam begegnen. Die Nutzung der Vorteile der digitalen Medien setzt kompetente, also reflexions- und distanzfähige Anwender voraus. Es gibt längst auch eine souveräne Gegenbewegung unter Jugendlichen, die auf Smartphones verzichten oder sich mit einfachen Mobiltelefonen begnügen, die Freude daran haben, sich selbstständig zu orientieren und die Welt nicht am Bildschirm, sondern mit allen Sinnen zu erfassen. Viele Jugendliche wissen genau, wie sie ihre Privatsphäre im Internet schützen können. Sie nutzen die neuen Medien, um ihre Lernprozesse selbstständig zu gestalten, sich in kritischen Initiativen zu organisieren, die Gesellschaft zu verändern und um zu Dingen, die ihnen wichtig sind, Position zu beziehen. Gerade durch den Einsatz der neuen Medien erreichen und beherrschen sie so häufig mehr als ihre Kritiker.

Für diese Art der Nutzung neuer Medien gibt es Beispiele, die jedem Argwohn auf erfrischende Weise den Boden entziehen. So organisierten kürzlich Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums St. Ursula in Villingen-Schwenningen, nachdem die Anbringung von „Stolpersteinen“ als Erinnerung an ermordete Juden der Stadt durch den Gemeinderat abgelehnt worden war, ein virtuelles Gedenken: Sie entwickelten spezielle Aufkleber mit QR-Codes, die an den Regenablaufrohren der Häuser, in denen die Juden lebten, angebracht wurden. Mit Smartphones können die Codes eingescannt werden und führen dann zu entsprechend aufbereiteten Webseiten, die vom Schicksal dieser Menschen berichten (vergleiche *Südkurier* vom 14. Januar 2014). Allein diese Geschichte zeigt, wie positiv die vielfältigen neuen Spielräume, die durch die digitalen Medien eröffnet werden, genutzt werden können – gerade wenn es um das Thema Bildung geht.

Literatur:

O'Donovan SJ, Leo J.: tempi – Bildung im Zeitalter der Beschleunigung. Vortrag auf dem Bildungskongress der Kirchen am 16. November 2000 in Berlin. Zentralstelle Bildung der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 2000.

Obst, Helmut/Raabe, Paul: Die Franckeschen Stiftungen zu Halle (Saale): Geschichte und Gegenwart. Fliegenkopf, Halle 2000.

Olbertz, Jan-Hendrik: „An den Dingen lernen – authentisches Wissen als ‚Rohstoff‘ für Bildung“, in: Cech, Diethard/Schwier, Hans-Joachim (Hrsg.): Lernwege und Aneignungsformen im Sachunterricht. Klinkhardt, Bad Heilbrunn 2003.

Ran an die Tablets!

—
Plädoyer für eine digitale Bildungsinitiative

NADINE SCHÖN

Geboren 1983 in Lebach, Altstipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung, Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Digitale Agenda.

„Schlagt eure Laptops auf!“, so könnte es bald in deutschen Schulen lauten, wenn sich der Ruf nach dem „digitalen Klassenzimmer“ im Bildungsbereich durchsetzt. Mobil, interaktiv und multimediales Lernen, das sind Schlagworte moderner Pädagogik. Durch digitale

Medien und interaktive Bildungsangebote eröffnen sich neue Möglichkeiten, das Lernen zu verbessern und den Zugang zu Bildung zu erweitern.

Quer durch Deutschland werden Schulen mit digitalen Whiteboards und „iPad-Klassen“ ausgerüstet. Via Internet bereiten die Schüler das nächste Referat vor. Es gibt zweifelsohne gelungene Leuchtturmprojekte, engagierte Lehrkräfte, begeisterte Schüler und Fortschritte im digitalen Lernen. Gleichwohl schöpfen wir hierzulande dieses Potenzial noch nicht flächendeckend und nachhaltig aus.

Das Schulwesen liegt in Deutschland in der Verantwortung der Bundesländer. Einige gehen voran, einige hinken hinterher. Die Regelungen für technische und finanzielle Ausstattung, Lehrpläne, Lehrerfortbildungen oder für ein mögliches Engagement von IT-Unternehmen an Schulen sind heterogen. Noch immer gibt es viele Bildungseinrichtungen, in denen keine interaktive Tafel, sondern wie vor fünfzehn Jahren nur der verstaubte Computerraum für gelegentlichen PC-Unterricht zur Verfügung steht. Laut Erhebung von TNS Infratest nutzt nur gut ein Drittel der deutschen Schülerinnen und Schüler mehr als einmal in der Woche im Unterricht moderne IT. Dabei werden ihnen bloße Programmanwendung oder Internetrecherche vermittelt. Ein offener, vernetzter und integrativer Unterricht in Bildung und Ausbildung ist eher die Ausnahme.

STRATEGIE FÜR „DIGITALES LERNEN“

Auch Finanzierungsprobleme verhindern eine zeitgemäße Ausstattung mit moderner IT. Natürlich reicht es nicht, Hard- und Software einzukaufen, wenn anschließend die Finanzmittel einer Schule für die Wartung und Reparatur der Technik fehlen. So kann es vorkommen, dass wochenlang der IT-Unterricht ausfällt, weil ein Systemadministrator fehlt, der Störungen beheben oder Updates aufspielen könnte. Die Folge: Nur etwa jeder zweite Deutsche verfügt über mittlere oder gute Computerkenntnisse. Bei den 16- bis 24-Jährigen sind es vergleichbar magere 69 Prozent. Diese Gruppe nimmt somit im europäischen Vergleich laut einer Erhebung der EU-Statistikbehörde Eurostat nur Platz 27 von 31 Ländern ein. In einer Zeit, in der IT-Kompetenzen zum Alltag gehören und in fast allen Branchen und Berufen erforderlich sind, ist das ein beunruhigendes Ergebnis. Nicht nur der Branche der Informations- und Kommunikationstechnik selbst fehlen aktuell mindestens 40.000 Fachkräfte. Die Industrie 4.0 fragt auch im Automobilbau und in der chemischen Industrie Fachkräfte mit IT-Kompetenz nach. Die Journalistin muss sich als Multimedia-Produzentin behaupten, der Kassierer ein Scansystem bedienen können – um nur ein paar Beispiele herauszugreifen. Wenn dieser riesige Bedarf angemessen abgedeckt werden soll, muss der digitalen Bildung in Deutschland ein neuer Schub geben werden. Wir brauchen eine digitale Bildungsoffensive!

In den Koalitionsverhandlungen mit der SPD haben wir uns deshalb in der Verhandlungsgruppe „Digitale Agenda“ für eine gemeinsame Strategie „Digitales Lernen“ eingesetzt. Ziel ist es: Gemeinsam mit den Ländern und Akteuren aus allen Bildungsbereichen sollen die Chancen der neuen Medien für gute Bildung besser genutzt werden.

Das bedeutet, schon im Kindergarten mit digitalen Projekten zu beginnen, die ein Grundverständnis für die IT sowie Spaß an der Technik vermitteln. Dies hilft, eine digitale Spaltung zwischen bildungsaffinen und bildungsferneren Familien sowie geschlechterspezifische Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen zu verkleinern.

Im Schulbereich muss eine zügige Anpassung der Lehrpläne, insbesondere die Stärkung von MINT-Fächern – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik – und die Einführung eines zeitgemäßen Informatikunterrichts ab der Grundschule stattfinden. Ähnlich den Spitzenschulen des Sportes sollte auch über Profilschulen IT/Digital mit dem Schwerpunkt Informatik nachgedacht werden. So schafft man Leuchtturmprojekte mit einer großen Vorbild- und Ausstrahlungswirkung.

Schließlich müssen ausreichend Bachelor- und Master-Studiengänge im IT-Bereich angeboten und die Vermittlung von Informatikkenntnissen in jeden Ausbildungsgang und in jedes Studienfach integriert werden. Ein besonderes Augenmerk ist dabei auf die Förderung von Mädchen und Frauen zu richten. Deshalb sollte sich die Offensive auch speziell an Schülerinnen, Auszubildende und Studentinnen richten, um ihre Begeisterung und ihre Chancen für den MINT-orientierten Berufsmarkt zu erhöhen. Die Hochschulen sind aufgefordert, innovative Lernkonzepte zu erforschen und zu entwickeln. Im Saarland etwa existiert eine Initiative zur Erprobung IT-gestützten Mathematikunterrichts an einer Grundschule. Außerdem muss die IT-Ausstattung der Schulen flächendeckend modernisiert werden. „Jedem Schüler ein Endgerät“, das ist die Forderung der Enquetekommission „Internet und Digitale Gesellschaft“ im Deutschen Bundestag. Dieses Ziel gilt es gemeinsam anzugehen.

Schließlich brauchen wir einen sicheren und schnellen Netzzugang für Bildungseinrichtungen in ganz Deutschland. Schnelles Internet und WLAN sind die Grundvoraussetzungen für eine digitale Offensive an Schulen, Hochschulen und in der Weiterbildung.

OFFLINE-ONLINE-LERNEN

Digitale Technik allein wird aber nicht ausreichen. Vor allem wird ein innovatives Lehr- und Lernverständnis gesucht, das den neuen Möglichkeiten hinsichtlich vernetzten Lernens und individueller Wissensaneignung im Bildungsbereich gerecht wird. Das Internet und die digitalen Medien haben den Informationszugang und die Kommunikation über Inhalte sowie das Lernen unumkehrbar und grundlegend verändert. Kinder und junge Erwachsene gehen heute schon ganz selbstverständlich mit den neuen Strukturen um.

Lerngelegenheiten können damit flexibel – unabhängig von Raum und Zeit – angeboten werden. Neben dem interaktiven Lernen im digital ausgestatteten Klassenzimmer oder Hörsaal sollte es deshalb verstärkt E-Learning Angebote geben, die mit Präsenzveranstaltungen abwechseln. Die Kombination von Online- und Offlinephasen bietet große Chancen. Gleichzeitig könnten so negative Entwicklungen wie Konzentrationsprobleme oder der Verlust handschriftlicher Fertigkeiten vermieden werden.

Bildung darf sich nicht in einem Paralleluniversum bewegen, sondern muss Schülerinnen und Schüler in ihrer Lebenswirklichkeit abholen, und diese ist nun einmal stark durch das Internet geprägt. So ergab die aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI), dass in Deutschland 98 Prozent der Jugendlichen und jungen Erwachsenen online sind; bei Kindern sind es 86 Prozent. Der spielerische Umgang mit Smartphones und Tablets sowie die stetige Nutzung von Apps und sozialen Netzwerken gehören zum persönlichen Alltag dieser Generation. Diese medialen Fertigkeiten können für den Bildungserwerb eingesetzt werden; damit würde zugleich der Stellenwert von IT-Kompetenz für den künftigen Beruf vermittelt. Es wurde festgestellt, dass das Internet von den Heranwachsenden hauptsächlich als Unterhaltungs- und Kommunikationsmedium wahrgenommen und kaum für Informations- und Bildungszwecke genutzt wird.

MEDIENPÄDAGOGISCHE DEFIZITE

Der Einsatz digitaler Medien in Schulen garantiert nicht per se einen guten Unterricht. Für ein erfolgreiches Arbeiten und Lernen wird vielmehr eine solide Medienkompetenz zur Voraussetzung. Diese entwickelt sich nicht von allein und auch nicht durch häufige Nutzung von Internet oder Informationstechnologie im privaten oder im Bildungsbereich. So ergab die DIVSI-Studie, dass Heranwachsende im Umgang mit digitalen Medien mehr Vertrauen in die Ratschläge ihrer Freundinnen und Freunde setzen als in die Kompetenzen ihrer Eltern oder Lehrerinnen und Lehrer. Daraus resultiert ein überwiegend diffuses Empfinden von Sicherheit beziehungsweise von Risiken oder Legalität, wie etwa bei dem Hoch- oder Herunterladen von Inhalten. Hier sind neue Konzepte für Beratung, Sensibilisierung und Aufklärung gefragt.

In den letzten Jahren wurden zwar zahlreiche Projekte, Modellversuche, Kompetenzentwicklungen und Ausstattungsiniciativen durchgeführt und schulische Rahmenpläne mehrfach überarbeitet. Alle Maßnahmen verfolgten das Ziel, Medienbildung und -kompetenz im schulischen Kontext zu stärken. Festzustellen bleibt aber, dass eine durchschlagende Wirkung noch nicht erreicht werden konnte.

Vor allem die Kompetenzen der Lehrenden werden noch als unzureichend eingeschätzt. So kam auch die Enquete-Kommission des Bundestages nach Berücksichtigung verschiedener Untersuchungen im Bereich Medienkompetenz zu dem Ergebnis, dass in deutschen Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen dieser Herausforderung nicht adäquat begegnet wird. Zu einer Strategie „Digitales Lernen“ gehören aber Pädagogen und Lehrkräfte, die Spaß an IT vermitteln.

Folglich muss eine medienpädagogische Grundbildung in den Studiengängen und in der praxisnahen Aus- und Weiterbildung von Pädagogen verpflichtend verankert werden; zudem müssen geeignete und standardisierte Lehrmaterialien eingeführt werden.

Dabei darf man die Eltern nicht vergessen: Ein ganzheitliches Konzept muss auch Eltern die Möglichkeiten der Fort- und Weiterbildung geben. Nur so bleiben sie auf der Höhe der Zeit und haben die Chance, ihre Kinder in der pädagogischen Entwicklung zu begleiten.

URHEBERRECHT ANPASSEN

Viele Gesetze und Vorschriften erschweren es noch, neue digitale Lernformate in Unterricht, Ausbildung und Hochschullehre zu integrieren. So bedarf etwa das Urheberrecht dringend einer Modernisierung, um den neuen Möglichkeiten der Herstellung, Verbreitung und Nutzung von Text-, Musik- und Bildwerken im Internet gerecht zu werden.

Für den Bildungsbereich geht es vor allem um die Schrankenregelungen des Urheberrechtsgesetzes zugunsten der Lehre. Einheitliche sowie transparente Regelungen der Urheberrechte sollen in Bildung und Wissenschaft breitere Nutzungsmöglichkeiten eröffnen – ein Versprechen, das bereits bei der letzten Verlängerung des Paragraphen 52a im Urheberrechtsgesetz gegeben wurde. Dieser Paragraph erlaubt zwar zu Unterrichtszwecken die Veröffentlichung und die Vervielfältigung von Werken, setzt aber enge und teilweise praxisferne Grenzen, etwa hinsichtlich des Empfängerkreises oder der Bearbeitungsmöglichkeit.

SCHLÜSSELKOMPETENZEN ERWEITERN

Zudem ist zu prüfen, wie im Rahmen einer umfassenden Open Access-Strategie die Möglichkeiten für einen effektiven und dauerhaften Zugang zu öffentlich finanzierten Publikationen verbessert werden können. Ein Grundstein dafür ist durch die Einführung eines unabdingbaren Zweitveröffentlichungsrechts in Paragraph 38 Absatz 4 Urheberrechtsgesetz im Oktober 2013 gelegt worden.

Investitionen in Bildung zahlen sich aus. Der Bund hat stetig mehr Geld in die Bildung investiert, dies muss aber auch als Entlastung im Bildungssystem ankommen und zielgerichtet eingesetzt werden. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass die Länder ihre Verantwortung für eine weitsichtige Bildungspolitik wahrnehmen. Die Potenziale digitaler Bildung können nur genutzt werden, wenn sie hohen fachlichen und pädagogischen Ansprüchen gerecht werden. Es darf in Deutschland nicht allein darum gehen, Vorzeigeschulen auszurüsten oder sich auf die Selbsterfahrungskraft der Onliner-Generation zu verlassen. Digitale Kompetenz ist eine Schlüsselkompetenz. In einem Land, das zum digitalen Wachstumsland Nummer 1 in Europa aufsteigen möchte, muss diese systematisiert und flächendeckend an Schulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen vermittelt und gefördert werden.

Wissenschaft, Politik, Bund und Länder, Schulen, Bildungseinrichtungen und Hochschulen, Kinder und Eltern sind gemeinsam gefordert, wenn es darum geht, dass die junge Generation sicher und kompetent den Weg des lebenslangen digitalen Lernens beschreitet.

E-Tüpfelchen der Partizipation

Missverständnisse bei der digitalen Beteiligung

LENA-SOPHIE MÜLLER

Geboren 1983 in Berlin, Geschäftsführerin von Initiative D21 e.V., Deutschlands größter Partnerschaft von Politik und Wirtschaft zur Ausgestaltung der Informationsgesellschaft.

3.305 Mitglieder, 494 Vorschläge, 2.353 Kommentare, 14.603 abgegebene Stimmen. So sah die Bilanz der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Internet und Digitale Gesellschaft“ aus, die zwischen Februar 2011 und Januar 2013 Ideen und Anregungen auf einer digitalen Partizipations-Plattform (per *Adhocracy-Tool*) gesammelt hat. Haben sich also nur, immerhin oder sogar 3.305 Bürgerinnen und Bürger beteiligt? In welcher Relation steht eine solche Zahl? In der anfänglichen Euphorie über E-Partizipation stellte man sich vor, der Zugang zu neuen Beteiligungsmöglichkeiten im Netz würde dazu führen, dass Millionen ihre Meinung äußerten. Vor diesem Erwartungshorizont scheint das Ergebnis zu enttäuschen. Wer sich jedoch klarmacht, was digitale Beteiligung wirklich ist und kann, was sie nicht ist und nicht kann und welche Chancen sie bietet, der wird die Zahlen als Motivation empfinden müssen.

gungen auf einer digitalen Partizipations-Plattform (per *Adhocracy-Tool*) gesammelt hat. Haben sich also nur, immerhin oder sogar 3.305 Bürgerinnen und Bürger beteiligt? In welcher Relation steht eine solche Zahl? In der anfänglichen Euphorie über E-Partizipation stellte man sich vor, der Zugang zu neuen Beteiligungsmöglichkeiten im Netz würde dazu führen, dass Millionen ihre Meinung äußerten. Vor diesem Erwartungshorizont scheint das Ergebnis zu enttäuschen. Wer sich jedoch klarmacht, was digitale Beteiligung wirklich ist und kann, was sie nicht ist und nicht kann und welche Chancen sie bietet, der wird die Zahlen als Motivation empfinden müssen.

ERST MOBILISIEREN, DANN DIGITALISIEREN

Die hohen Erwartungen an eine Beteiligung aller mittels digitaler Verfahren mussten zwangsläufig enttäuscht werden. „Das Internet“ macht nichts „von allein“, es kann lediglich als ein zusätzlicher Kanal dienen. Digitale Beteiligungsverfahren sind daher nicht per se besser oder erfolg-

reicher als analoge. Bei aller Ernüchterung wird häufig übersehen, dass die Schwierigkeiten nicht an der Digitalität eines Beteiligungsverfahrens liegen, sondern dass es sich um die generellen Herausforderungen der Partizipation handelt. Dazu gehört vor allem die Mobilisierung: Nur wenn Adressaten erfahren, dass es ein Beteiligungsverfahren gibt, können sie teilnehmen. Nur wenn sie zudem das Thema für relevant und dringlich halten, ist es wahrscheinlich, dass sie sich einbringen. Diese wichtigen Erfolgskriterien gelten analog genauso wie digital. Erst wenn diese Kriterien erfüllt sind, spielt letztlich die Frage eine Rolle, über welchen Kanal man sich beteiligt. Dann bieten digitale Beteiligungsverfahren deutliche Vorteile: Unabhängig von Zeit und Ort können sich Menschen sozusagen vom Sofa aus beteiligen!

EIN ZUSÄTZLICHER PARTIZIPATIONSKANAL

Gut gebildet, gut verdienend, oft männlich und vor allem internetaffin, so wird das Profil des Nutzers von Partizipationsplattformen im Netz gezeichnet. Darauf basiert ein weitverbreitetes Argument gegen digitale Beteiligung: Sie sei asymmetrisch und gebe keinen Querschnitt der Bevölkerung wieder, sondern einen kleinen, privilegierten Ausschnitt. Zu fragen ist aber, ob das in der analogen Welt anders ist? Auch hier sind Menschen mehr oder weniger informiert, vernetzt, kompetent oder engagiert. Wie erreicht man, dass sich Menschen aus allen Teilen der Bevölkerung gleichmäßig beteiligen? Repräsentativität und Inklusivität stellen nicht speziell im Internet ein Problem dar, sondern sind eine generelle Herausforderung für die Partizipation: Wie können verschiedene Gruppen mobilisiert werden? Was sind zielgruppengerechte Beteiligungsformate und Methoden? Die Mobilisierung fängt mit der Information und Kommunikation an: Wer erfährt beispielsweise über die Lokalzeitung von einer Abstimmung, wer eher über Social Media? Bei der Wahl geeigneter Formate und Methoden geht es unter anderem um die Ressourcen und Medienkompetenz der zu Beteiligenden: Wer hat etwa Zeit, vormittags ins Rathaus zu gehen, und wer traut sich zu, eine Online-Kommentarfunktion zu nutzen? Es geht nicht um die Frage analog *oder* digital, sondern wichtig ist eine Multi-Kanal-Strategie: Über welche Kanäle informiere und beteilige ich Bürger, sodass ich möglichst viele erreiche und mobilisiere? Wenn der digitale Kanal als Ergänzung begriffen wird, dann bedeutet das: Digitale Beteiligung schließt nicht eine Gruppe aus, sondern eine weitere Gruppe ein – nämlich diejenige, die digital unterwegs und erreichbar ist. Der Trend zeigt: Das werden immer mehr!

Trotzdem wäre es falsch, Beteiligungsverfahren nur noch digital durchzuführen. Denn noch sind nicht alle Deutschen online, und die

Onliner nutzen das Internet sehr heterogen, wie der D21-Digital-Index zeigt. Deswegen ist es wichtig, analoge *und* digitale Beteiligungskanäle anzubieten.

DIE KOMBINATION MACHT DEN UNTERSCHIED

Oft wird digitale Beteiligung mit direkter Demokratie in einen Topf geworfen. Dabei werden zwei Ebenen vermischt. Einerseits gilt es, den adäquaten Grad, in dem Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden sollen, also verschiedene Intensitätsstufen der Beteiligung, abzuwägen. Andererseits bieten sich hierzu verschiedene Kanäle an. Stufen und Kanäle können beliebig kombiniert werden. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) unterscheidet bei Beteiligungsverfahren die drei Stufen Information, Konsultation und Zusammenarbeit. Bei Verfahren der untersten Stufe stellt die öffentliche Hand Informationen bereit. Das kann sowohl analog, indem etwa ein Planentwurf zur Stadtentwicklung öffentlich ausgelegt wird, als auch digital auf Portalen wie GovData geschehen. Bei Konsultationen kommt der Aufruf hinzu, sich an Fragestellungen zu beteiligen und Amts- oder Mandatsträgern auf diese Weise Input zu liefern. Wie man für eine solche Konsultation eine Multi-Kanal-Strategie fährt, hat die niedersächsische Stadt Lohne vorgemacht: Bürgerinnen und Bürger konnten Ideen für die Stadtentwicklung abgeben – per Webseite, Facebook-Seite, Postkartenaktion, Anruf, Fax, Brief – sowie an Sitzungen teilnehmen. Wenn die Beteiligten mit Mandatsträgern in einen Diskurs treten, in dem Argumente wechselseitig ausgetauscht werden, spricht man von interaktiver Zusammenarbeit. Ein Beispiel ist das integrierte Energie- und Klimaschutzprojekt des Landes Baden-Württemberg, bei dem auch verschiedene Kanäle kombiniert wurden: Bürgerinnen und Bürger waren aufgerufen, die Maßnahmen im Rahmen des Projektes online zu kommentieren und zu diskutieren sowie an Bürgertischen mitzuberaten. Während auf diesen drei Stufen die Entscheidungshoheit bei den Amts- und Mandatsträgern bleibt, entscheiden bei Wahlen und Abstimmungen – der vierten Stufe der Beteiligung – die Bürgerinnen und Bürger. Erst auf dieser Stufe handelt es sich um direkte Demokratie – unabhängig davon, ob die Beteiligten analog oder digital ihre Stimme abgeben.

DIGITALER IST NICHT DIREKTER

Wie die unterschiedlichen Stufen der Beteiligung zeigen, ist Schwarz-Weiß-Denken beim Thema Partizipation unangebracht. Auf der einen Seite geht es um die Entscheidung, bei welchen Fragen und in welchem

Maß der Staat die Bürgerinnen und Bürger beteiligt und somit Entscheidungsmacht und -kontrolle bewusst abgibt. Zudem wächst mit jeder Stufe der Grad an Komplexität und Aufwand des Beteiligungsverfahrens. Zum unerlässlichen Aufwand gehört die transparente Gestaltung und Aufklärung: Wie läuft ein Verfahren genau ab und wie fließt die Beteiligung in Entscheidungen ein? Pseudo-Beteiligung, bei der unklar bleibt, ob und inwiefern Partizipationsbeiträge überhaupt berücksichtigt werden, schadet dem Anliegen. Auf der anderen Seite steht die Frage, in welchem Maße sich Bürgerinnen und Bürger beteiligen wollen. Es gibt Themen, mit denen sich einige nicht befassen wollen, die sie nicht interessieren oder die ihnen zu komplex sind, und somit gibt es Entscheidungen, die sie lieber ihren gewählten Vertretern überlassen. Deutschland ist eine repräsentative Demokratie. Noch existiert keine ausgeprägte Beteiligungskultur, aber durch das Web 2.0 ist ein Mit-Mach-Trend entstanden, der für die Partizipation genutzt werden könnte und sollte. Dass hohes Potenzial vorhanden ist, zeigen Beispiele wie change.org: Seitdem die Plattform im Sommer 2012 in Deutschland startete, haben sich 1,5 Millionen Menschen hierzulande registriert, um Petitionen zu starten oder zu unterstützen. Durch die Verknüpfung mit sozialen Netzwerken verbreiten sich Petitionen oft in rasantem Tempo. So bietet der digitale Kanal die große Chance, innerhalb kurzer Zeit mehr Menschen zu erreichen und zu beteiligen, als es analog jemals möglich wäre.

Im Jahr 2001 nutzten zwanzig Prozent der deutschen Bevölkerung Online-Banking, im Jahr 2013 waren es 45 Prozent. Der Weg dahin war ein Prozess: Die Nutzer haben nach und nach die Möglichkeit wahrgenommen, sie ausprobiert, sich daran gewöhnt und Vertrauen gewonnen. Heute können sich viele nicht mehr vorstellen, mit Überweisungsträgern zur Bankfiliale zu gehen. Doch anderen steht der letztgenannte Kanal weiterhin zur Verfügung. Ähnliches gilt für die E-Partizipation. Sie erfordert einen Lernprozess, und zwar auf beiden Seiten. Die öffentliche Hand muss Beteiligungsverfahren evaluieren und weiterentwickeln: Was hat schon gut geklappt, was können wir besser machen? Dabei ist es wichtig, die generellen Herausforderungen wie Information, Mobilisierung und Transparenz nicht aus den Augen zu verlieren. Auf der anderen Seite müssen die zu Beteiligenden in die Rolle des souveränen, digitalen Bürgers hineinwachsen und den Umgang mit digitalen Beteiligungstools lernen. Mit dem zunehmenden Digitalisierungsgrad in Deutschland steigt die Bedeutung von digitalen Beteiligungsverfahren und der Anspruch an sie. Doch der Ausgangspunkt für Kritik und Hoffnung ist und bleibt derselbe: Wer über E-Partizipation nachdenkt, muss die Partizipation im Allgemeinen betrachten – das „E“ ist nur das „Tüpfelchen“ obendrauf.

Digital global

Einblicke aus vier Kontinenten

Asien: Nirgendwo sonst auf der Welt wird das Internet von so vielen Menschen genutzt wie in Asien-Pazifik. Nach Schätzungen der Internationalen Fernmeldeunion (*International Telecommunication Union*, ITU) kommt knapp die Hälfte der 2,7 Milliarden Internetnutzer (Stand: 2013) aus der Region (46 Prozent). Doch so beeindruckend die Zahl auch sein mag: Nicht einmal ein Drittel (31,9 Prozent) der Menschen zwischen Afghanistan, Japan und Neuseeland nutzt das weltumspannende Netz bisher.

Die Unterschiede von Land zu Land sind riesig. In Myanmar und Ost-Timor verfügt noch nicht einmal ein Prozent der Einwohner über einen einigermaßen stabilen Internetzugang. Selbst Geschäftsreisende in internationalen Hotels sollten dort nicht allzu viel „Konnektivität“ erwarten. Dagegen ist das Internet aus Ländern wie Singapur, Japan, Südkorea, Australien oder Neuseeland mit Zugangsraten von achtzig Prozent aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken.

Auffallend ist die intensive Nutzung des mobilen Internets in den hoch entwickelten asiatischen Staaten. In Singapur besitzt rechnerisch jeder Einwohner 1,23 mobile Breitbandanschlüsse, in Japan sind es 1,13, in Südkorea 1,06. Das Smartphone ist überall präsent – je größer, desto besser. In Asien rangieren die sozialen Netzwerke auf der Beliebtheitsskala ganz oben. In Indonesien beispielsweise twittern 64 Prozent der mobilen Internetnutzer (in

Deutschland acht Prozent), wobei sich Facebook, Twitter & Co. mittlerweile einen munteren Wettbewerb mit Messenger-Diensten wie Whatsapp, Line und WeChat liefern, die ebenfalls sehr erfolgreich um die Zeit der Nutzer buhlen. Ob im Restaurant, in der Schule oder im Taxi – überall wird gechattet, bis die Fingerkuppen qualmen. Zweiter großer Trend: Mobile-Gaming. Der virtuelle Wettbewerb zwischen den Smartphone-Besitzern ist ein beliebter Zeitvertreib. Die Angebotspalette reicht von Denk- und Geschicklichkeitsspielen bis hin zu Sportsimulationen und Ego-Shootern. Am Abend nutzen viele Pendler die U-Bahn-Fahrt nach Hause auch, um die im TV-Programm laufenden Daily Soaps live auf ihr Smartphone zu streamen. So ist es nicht verwunderlich, dass der durchschnittliche Asiate monatlich ein Datenvolumen von mehr als einem Gigabyte über sein Smartphone abrufen (Stand: September 2013). Im Vergleich dazu wirken die 443,5 Megabyte der Amerikaner oder 358,4 Megabyte der Europäer eher bescheiden.

Doch auch in weniger entwickelten Ländern Asiens spielt das mobile Breitband-Internet eine wichtige Rolle. Bestes Beispiel: Indien. Auf dem Subkontinent nutzen noch nicht einmal fünfzehn Prozent der Menschen das Netz. Grund ist die schlechte Infrastruktur. Das soll sich durch den kostengünstigeren Ausbau des mobilen Internets ändern. Laut McKinsey soll die Internet-Zugangsrate bis 2015 auf 35 Prozent steigen – knapp achtzig Prozent davon durch Smartphones.

*Torben Stephan
Leiter des KAS-Medienprogramms Asien
Auslandsbüro Singapur der Konrad-Adenauer-Stiftung*

Afrika: Insbesondere die schwache Infrastruktur hat eine Verbreitung des Internets in Subsahara-Afrika lange Zeit behindert. Nun ändert sich das mit zunehmender Geschwindigkeit: Internetfähige Mobiltelefone ermöglichen einen Netzzugang, der stromsparend und vor allem kostengünstig ist. Zwar liegt Afrika mit einer Internet-Zugangsverbreitung von sechzehn Prozent gegenüber anderen Kontinenten weit zurück. Doch ein Drittel aller Zugriffe erfolgt bereits über mobile Endgeräte (Quelle: Statcounter) – ein Wert, mit dem nur noch Asien mithalten kann.

Natürlich erfreuen sich etablierte soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter zunehmend großer Beliebtheit, doch die neuen Möglichkeiten haben auch eine Vielzahl originär afrikanischer Lösungen hervorgebracht: Südafrikanische Schüler holen sich im sozialen Netzwerk „Mxit“ bei „Dr Math“ für den Bruchteil von Cent-Beträgen Mathe-Nachhilfe. Kenianische Wähler markieren beim interaktiven Kartendienst „Ushahidi“ in Echtzeit, wo es nach den Wahlen zu gewalttätigen Ausschreitungen kommt. Und in Simbabwe umgeht der Whistleblower Baba Jukwa die staatlich kontrollierten Medien, indem er seine Indiskretionen aus dem Innenleben der Regierungspartei mit mehr als 400.000 Facebook-Freunden teilt.

Vor allem in Kenia ist das Internet zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor geworden. Der IT-Sektor hatte dort in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts das größte Wachstum aller Wirtschaftszweige zu verzeichnen, es lag bei 23 Prozent. Gleichzeitig ist das Mobiltelefon dort über den Service mPesa zu einem wichtigen Zahlungsmittel geworden. Scheinbar halten auch die autoritäreren Regierungen in Afrika diese Möglichkeiten für wichtig, zumindest verhalten sie sich bei der Zensur des Internets im globalen Vergleich eher zurückhaltend. In einem entsprechenden Bericht von *Reporter ohne Grenzen* werden lediglich Äthiopien sowie Nord- und Südsudan im Bereich Subsahara-Afrika als „Feinde des Internets“ bezeichnet.

Christian Echle
Leiter des Medienprogramms Subsahara-Afrika
Auslandsbüro Johannesburg der Konrad-Adenauer-Stiftung

Südosteuropa: Die Balkan-Region holt digital auf. Mit hoher Geschwindigkeit Richtung Europa – das wollen viele Länder des Balkans. Entweder sind sie schon EU-Mitglied, wie Bulgarien, Kroatien und Rumänien, oder sie streben die Mitgliedschaft an.

Auch im digitalen Bereich holen die südosteuropäischen Länder auf. Mehr als die Hälfte der Bürger nutzen das Internet, zeigen US-Statistiken und Zahlen der Internationalen Fernmeldeunion (*International Telecommunication Union*, ITU). Der Wert liegt bei 53 Prozent und damit noch weit entfernt von den circa 75 Prozent in Deutschland, aber für die jüngere und urbane Bevölkerung sowie Vertreter von Berufen mit akademischem Hintergrund ist das Netz unverzichtbar geworden. In Bulgarien und Rumänien steht ein höheres Download-Tempo zur Verfügung als im EU-Durchschnitt.

Handys sind im Vergleich mit den „alten“ EU-Ländern noch wichtiger, da manche Regionen per Telefonkabel noch nicht optimal erschlossen sind und vor allem junge Menschen zunehmend auf das Festnetz verzichten. Wie in anderen Teilen Europas gibt es mehr Handy-Abos als Einwohner. In Serbien etwa sind ähnlich wie in Deutschland 1,3 Mobiltelefone pro Kopf der Bevölkerung vorhanden – der Trend zum Zweithandy oder zu einer separaten Datenkarte hält an (Quelle: unter anderem ITU).

Jeder dritte Handynutzer hat inzwischen eine schnelle UMTS-Verbindung, und in den Hauptstädten breitet sich der noch schnellere LTE-Standard aus. Zum Lebensstil vor allem junger Großstädter gehört wie in Westeuropa, in den USA und in Asien ein modernes Marken-Smartphone mit Multimedia-Fähigkeiten.

Soziale Netzwerke werden mindestens so intensiv genutzt wie in Deutschland. Sechs Balkanländer sind überdurchschnittlich aktiv: Serbien, Mazedonien, Montenegro, Albanien und Bulgarien. Bosnien und Moldawien zählen zu den Schlusslichtern, aber auch hier zeigt der Trend nach oben. Facebook und Online-Medien sind für viele Menschen eine immer wichtigere Informationsquelle – nicht nur für Privates, auch für Politik. News-Portale füllen Lücken in der polarisierten Medienlandschaft, und über Facebook werden Protestmärsche koordiniert.

Christian Spahr
Leiter des Medienprogramms Südosteuropa
Auslandsbüro Sofia der Konrad-Adenauer-Stiftung

Lateinamerika: Auf keinem Kontinent wachsen Twitter und Facebook so schnell wie in Lateinamerika. Schon bald werden die Latinos weltweit den ersten Platz unter den Facebook-Nutzern einnehmen. Das prognostizieren die unabhängigen Marktforscher von „eMarketer“.

Der Zugang zum Internet ist in den meisten Ländern Lateinamerikas kostengünstig. Smartphones sind stark verbreitet. Es gibt allerdings noch erhebliche Unterschiede bei der Nutzungsintensität zwischen Stadt und Land. Aber die Bresche zwischen Arm und Reich ist in Lateinamerikas sozialen Netzen schon abgeschafft: eine klassenlose digitale Gesellschaft. Gleichzeitig setzen Regierungen, die sich selbst als Akteure im „Klassenkampf“ verstehen, sehr viel daran, Fernsehen, Radio und Zeitungen zu kontrollieren, um sie „in den Dienst des Proletariats“ zu stellen. Wo deshalb – wie in Kuba und Venezuela – die traditionellen Medien nicht mehr funktionieren, schaffen Facebook und Twitter eine Gegenöffentlichkeit.

Ein prominentes Beispiel ist der Fall der jungen Schneiderin Marvinia Jiménez aus Valencia in Venezuela. Bei einem Protest am 24. Februar 2014 wurde sie von einer Polizistin der *Guardia Nacional* zu Boden geworfen. Die Polizistin setzte sich auf ihren Oberkörper, schnallte ihren Helm ab und schlug damit zweimal gegen den Kopf der wehrlosen Demonstrantin. Den dritten Schlag stoppte ein anderer Polizist.

Am selben Tag wurden zwei Amateur-Videos (www.youtube.com/watch?v=ls_WbABCD4s, www.youtube.com/watch?v=fn74MZBnDJA, www.youtube.com/watch?v=Lp2k739e6_I) und eine Fotoserie des Vorfalls auf Twitter und Facebook veröffentlicht und verbreiteten sich rasant. Die Regierung sah sich zur Strafverfolgung veranlasst. Die Polizistin war von Facebook-Nutzern identifiziert worden, die Fotos aus ihrem privaten Profil mit anklagenden Kommentaren verbreiteten. Die kollektiv generierte Rundumperspektive der Tat beschäftigte die Öffentlichkeit tagelang – unter anderem in Form von Karikaturen. Eine Karikatur von WEIL (*Tal Cual*, 26. Februar 2014) zeigt im Hintergrund Venezuelas Staatspräsidenten Nicolás Maduro, der dazu auffordert, friedlich Karneval zu feiern; im Vordergrund steht die prügelnde Polizistin.

Georg Eickhoff
Auslandsbüro Montevideo der
Konrad-Adenauer-Stiftung

Hände weg vom Datengold

Die Europäische Union muss persönliche Daten effektiv schützen

AXEL VOSS

Geboren 1963 in Hameln, Mitglied der EVP-Fraktion und Mitglied des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres im Europäischen Parlament.

Bald zwanzig Jahre, fast zwei Dekaden ist sie alt, die europäische Datenschutzrichtlinie. Für die Entwicklung moderner Technologien wie der des Internets ist das eine Ewigkeit. Im „Geburtsjahr“ der Richtlinie 95/46/EG, 1995, gab es kein WhatsApp, keine sozialen Netzwerke, Smartphones, Googlemaps und Wikipedia. Es war die Ära der Telefone und des Videotextes. Informationen wurden gefaxt, kopiert und in Bibliotheken nachgeschlagen. Das Internet zog zwar schon per lärmendem Modem in den Alltag ein, doch von der heutigen dauerhaften Erreichbarkeit jeder Person und jeglicher Information überall war noch wenig zu spüren. Für die unter Zwanzigjährigen sind das Erzählungen aus einer anderen Zeitrechnung.

Die gesamte Kommunikation hat eine Revolution durchlaufen, im privaten Bereich ebenso wie in Unternehmen und in der öffentlichen Verwaltung. Daten sind durch die Omnipräsenz und Dauernutzung digitaler Dienste zum „Gold des 21. Jahrhunderts“ geworden. Je mehr Menschen von sich preisgeben, desto mehr wird der Einzelne durch seine Daten zu einem attraktiven Faktor im Wirtschaftskreislauf – der Absatzmarkt für das Produkt „personenbezogene Daten“ floriert.

DOMINANTE AMERIKANER

Für den Datenschutz ergeben sich in der Europapolitik aus diesen Entwicklungen heute drei grundsätzliche Probleme.

Erstens hinken die Gesetze der Realität hinterher – wie das Eingangsbeispiel der Datenschutzrichtlinie zeigt. Oft mangelt es jedoch weniger an den Gesetzen als an deren konsequenter und effektiver Durchsetzung: So kann ein europäischer Datenschutz nicht greifen, wenn beispielsweise E-Mails von Würzburg nach Mailand durch die USA geleitet werden. Territorial begrenzte Gesetze treffen auf grenzenlose, globalisierte Problemlagen.

Zweitens gibt es eine zunehmende Aushöhlung unserer Privatsphäre sowohl auf nachrichtendienstlicher als auch auf kommerzieller Ebene. Einerseits schockten die Enthüllungen des Ex-NSA-Mitarbeiters Edward Snowden die Öffentlichkeit, als er die massenhafte Ausspähung von Bürgern durch amerikanische und britische Geheimdienste publik machte. Andererseits sind es aber digitale Dienste kommerzieller Anbieter, die das Konsumverhalten „vernetzter“ Bürger ausspionieren und ihnen Daten entlocken. Vielen ist immer noch nicht bewusst, wie viel Information sie tagtäglich – etwa durch den intelligenten Fernseher mit Internetanschluss oder die ferngesteuerte Heizung – von sich preisgeben. Die Befürchtung, dass heute tatsächlich nichts mehr privat ist, scheint vor diesem Hintergrund mehr als begründet.

Drittens agieren als Treiber und Gestalter dieser gesamten Entwicklung nicht die Europäische Union (EU) oder ihre Mitgliedsstaaten. Es sind die USA und die US-Unternehmen wie Google, Apple oder Facebook, die den Takt für Europa bestimmen. Obwohl sie einen riesigen Markt mit 450 Millionen Bürgern darstellt, ist es der EU nicht gelungen, eine dominante Rolle auf dem Gebiet der digitalen Kommunikation einzunehmen. Stattdessen richtet sie sich nach den amerikanischen Angeboten aus. Es wird für Europa Zeit, dies zu ändern.

„DATENVERKEHRSREGELUNG“

Der weltweite Datenverkehr benötigt, dem Straßenverkehr vergleichbar, eine globale „Datenverkehrsregelung“. Da diese jedoch auf absehbare Zeit nicht erreichbar sein wird, wird zunächst an europäischen Lösungen gearbeitet. Der Schutz personenbezogener Daten ist ein Grundrecht der Bürger Europas. Besonderes Augenmerk muss deshalb der Wahrung der Sicherheit des Bürgers und der Privatsphäre des Einzelnen, also der Durchsetzung dieses Rechts, gelten. Das heißt, dass überall dort, wo Daten europäischer Bürger verarbeitet werden, auch europäisches Recht gelten muss. Dennoch gilt: Kein Datenschutzrecht kann den Einzelnen von seiner eigenen Verantwortung freisprechen. Die verstärkte Aufklärung im Umgang mit Daten, insbesondere an Schulen, muss deswegen ein wichtiges Ziel der europäischen Datenschutzpolitik sein.

Die Novellierung der bestehenden Datenschutzrichtlinie ist ein erster und entscheidender Schritt für den Schutz der Persönlichkeitsrechte im wachsenden digitalen Markt. Zugleich muss das neue Recht der digitalen Wirtschaft die dringend benötigten Innovationen und Wachstum ermöglichen. Das ist eine schwierige Balance. Mit der neuen „Datenschutzgrundverordnung“ konnte nach langen und zähen Verhandlungen im Europäischen Parlament eine gemeinsame Position gefunden werden. Es hängt nun vom Ministerrat ab, dieses starke Signal für einen besseren Datenschutz in Europa im Parlament als Gesetz zu verabschieden.

Das Ziel ist eine vollständige Harmonisierung des Datenschutzrechts in Europa, damit sich die Bürger in allen EU-Staaten auf ein einheitliches hohes Datenschutzniveau verlassen können und die Unternehmen gleiche Wettbewerbsbedingungen vorfinden. Das deutsche Datenschutzniveau darf dabei selbstredend nicht verwässert werden.

Klare und übersichtliche Informationen sind ein zentrales Element dieser Bestrebung: Jeder muss erfahren können, wer seine Daten wann und wofür verarbeitet und auf welcher Rechtsgrundlage dies geschieht. Jeder muss das Recht haben, seine Daten zu löschen und zu berichtigen. Daten von Kindern und Jugendlichen bedürfen eines besonderen Schutzes und sollten nur mit der Einwilligung der Erziehungsberechtigten verarbeitet werden dürfen. Wichtig sind angemessene und effektive Sanktionen für die, die dieses Recht ignorieren – unabhängig davon, von welchem Staat aus sie sich an die europäischen Bürger wenden.

Während die Verhandlungen zur neuen Datenschutzgrundverordnung auf Hochtouren liefen, stellten die Snowden-Enthüllungen über die tägliche Praxis der US-amerikanischen und britischen Geheim-

dienste sowie über das mögliche Abgreifen privater Kommunikationsdaten die Datenschutzpolitik vor vollkommen neue Fragen. Das Europäische Parlament hat noch im Sommer 2013 einen Untersuchungsausschuss eingerichtet, lange bevor nationale Parlamente darüber entschieden.

Seither hat der „NSA-Untersuchungsausschuss“ in über fünfzehn Sitzungen getagt und Experten aus EU-Institutionen, US-Vertreter, Vertreter der nationalen Parlamente, Journalisten, Sicherheits-, Computer- und IT-Experten, Whistleblower sowie Experten aus der Zivilgesellschaft angehört und die beunruhigenden Erkenntnisse in einem Bericht zusammengefasst.

DER NÄCHSTE GOOGLE-KONZERN SOLL AUS EUROPA KOMMEN

Da Geheimdienste per se nicht viel über ihre Aktivitäten aussagen, muss davon ausgegangen werden, dass die NSA-Untersuchungsarbeit keine vollkommene Aufklärung der Tätigkeiten der NSA leisten kann. So lehnte zum Beispiel Keith B. Alexander, ehemaliger General der US-Armee und bis Januar 2014 Direktor der NSA, die Einladung des Europäischen Parlaments zu einer Aussage ab. Die Tatsache allerdings, dass die NSA die im Raum stehenden Gerüchte über Aktivitäten nicht widerlegt hat, lässt vermuten, dass tatsächlich alle Daten permanent im Internet abgefangen und gespeichert werden. Es wäre aber durchaus naiv, zu glauben, dass die NSA ein Einzelfall ist und andere Geheimdienste keine personenbezogenen Daten kumulieren. Es ist davon auszugehen, dass auch andere Nachrichtendienste EU-Bürger, Wirtschaftskonzerne sowie staatliche Strukturen datenbasiert intensiv ausspähen.

Was also können wir tun? Um einer hundertprozentigen IT-Sicherheit näherzukommen, müssten die EU und die Mitgliedsstaaten ihre eigenen Anstrengungen enorm verstärken. Die Bereiche E-Mail und Telekommunikation müssen sicherer und besser verschlüsselt werden. Zentral ist die Forderung nach einer EU- beziehungsweise einer Schengen-Cloud. Diese könnte als Schutzschild gegen externe Gefahren dienen und somit einen vertrauenswürdigen Datenspeicher bilden – insbesondere dann, wenn auch die Server in Europa aufgestellt würden.

Ähnlich verhält es sich mit dem EU-Routing sowie der Gesprächsdatenerfassung und -verarbeitung innerhalb der EU oder auch mit europäischen Suchmaschinen. Die Daten müssten nicht wie bislang EU-Territorium und somit den Unions-Rechtsraum verlassen. Dies wären veritable Schritte in Richtung IT-Unabhängigkeit, ohne Protektionismus zu betreiben. Die vorhandenen IT-Strukturen können besser ausgebaut,

sicherer gemacht und Datenströme besser kontrolliert werden. Dazu ist eine Europäische IT-Offensive notwendig: Der nächste Google-Konzern soll aus Europa kommen!

Mit einer einheitlichen Datenschutzgrundverordnung könnte der europäische Markt den USA auf der Basis eines starken Gesetzes gegenüber treten. Die USA haben ein massives Interesse an dem Absatzmarkt der Europäischen Union und an den EU-Bürgern als Nutzer der von ihren Unternehmen angebotenen digitalen Dienste. Diesen Hebel kann sich das europäische Vorgehen zunutze machen.

Der Datenaustausch zwischen den USA und der EU wird rechtlich derzeit über das „Safe Harbor-Abkommen“ abgewickelt. Dieser „Sichere Hafen“ soll garantieren, dass Unternehmen privaten Daten in den USA ein zum europäischen Schutz äquivalentes Datenschutzniveau bieten. Der NSA-Skandal hat allerdings die Illusion über die Umsetzbarkeit einer solchen Praxis endgültig platzen lassen.

EINE ZUKUNFT FÜR DIE PRIVATSPHÄRE

Die EU sollte deshalb von ihrer Option zur Aussetzung des „Safe Harbor-Abkommens“, das in den USA die Geschäfte mit den persönlichen Daten der EU-Bürger vereinfacht, Gebrauch machen, auch wenn die Amerikaner genau dieses fürchten. Auf der Grundlage der EU-Datenschutzverordnung könnte dann selbstbewusst neu verhandelt werden.

Das wäre ein klares Signal an die USA und an die großen datensammelnden Unternehmen – nämlich, dass die massenhafte Ausspähung europäischer Bürger sowohl kommerzielle als auch sicherheits- oder strafrechtsrelevante Grenzen hat und dass gemeinsame Standards in dieser Frage unumgänglich sind. Solange sich aber unsere amerikanischen Partner an diesem Punkt verweigern, müssen die Europäer einen eigenen Weg gehen. Obwohl eine Aussetzung des „Safe Harbor-Mechanismus“ ernsthafte Konsequenzen für die Unternehmen zur Folge haben kann, ist Europa bereit, diesen Weg einzuschlagen, damit der Schutz der Privatsphäre noch eine Zukunft hat.





„Cyberkrieg“

—
Eine sicherheitspolitische Aufgabe ersten Ranges

PATRICK KELLER

Geboren 1978 in Bonn, Koordinator für Außen- und Sicherheitspolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Lehrbeauftragter für Internationale Sicherheitspolitik an der Zeppelin Universität in Friedrichshafen.

Sowohl in sicherheitspolitischen Expertenzirkeln als auch in der breiten Öffentlichkeit hat das Thema „Cyber“ derzeit Konjunktur, weil es mit viel Angst und Ungewissheit verbunden ist. Das liegt zum einen an der offensichtlichen Verwundbarkeit unserer vernetzten Lebenswelt und den katastrophalen Folgen, die ein umfassender Angriff auf dieses digitale System haben könnte. Zum anderen liegt es an der Neuartigkeit des Cyberspace und der weitverbreiteten Ahnungslosigkeit über seine technischen Voraussetzungen, Funktionsweisen und wahrscheinlichen nächsten Entwicklungsschritte. Ganze Generationen von Entscheidungsträgern und einfachen Bürgern, die sich soeben erst mühsam mit ihrem E-Mail-Account vertraut gemacht haben, meinen sich nun für den Cyberkrieg rüsten zu müssen. Welche Bedeutung kommt „Cyber“ aber tatsächlich in der Sicherheitspolitik zu?

Zunächst einmal gilt, dass Bedrohungen im Cyberspace vielgestaltig sind. Das Spektrum reicht von Kriminalität über Spionage, Sabotage und Terrorismus bis hin zum Krieg. In der öffentlichen Debatte über Cybersicherheit ist eine besondere Fokussierung auf das extreme Ende dieser Skala, den Cyberkrieg, zu beobachten. Die Vokabel „Krieg“ erzeugt besondere Aufmerksamkeit und Furcht, was oftmals auch privaten Gewinninteressen dienlich ist. Allerdings führt dieser einseitige Fokus zu einer Schiefelage, denn die bislang bei Weitem häufigsten und schädlichsten Cyberangriffe bewegen sich im Bereich der Kriminalität: Betrug und Diebstahl machen den Großteil der Schadensfälle aus. Aus technischer Sicht ist die Unterscheidung zwischen einem Cyberangriff zum Zweck des Diebstahls oder der Spionage von einem Cyberangriff zum Zweck der Sabotage oder der Beschädigung kritischer Infrastrukturen zwar nicht zu unterscheiden, aber aus politischer und strategischer Sicht verlangen diese unterschiedlichen Motivationen unterschiedliche Schutzmaßnahmen und Reaktionen.

NEUE DIMENSION DER KRIEGSFÜHRUNG?

Im Ringen um die angemessenen Maßnahmen bedienen sich die Strategen bestimmter Analogien, um die Neuartigkeit des Cyberspace entlang bekannter Muster handhabbar zu machen. Oft entstehen dabei aber falsche Analogien, die nur scheinbar zutreffen und daher zu nutzlosen oder sogar gefährlichen Empfehlungen führen. Zum Beispiel ist immer wieder vom Cyberspace als „fünfter Dimension der Konfliktaustragung“ die Rede. Demnach wäre der Cyberspace neben Land, Wasser, Luft und All eine weitere, originäre Sphäre militärischer Aktion. Richtig ist jedoch, dass Cyber integrativer Bestandteil aller vier gängigen Sphären ist – ohne computergestützte, vernetzte Operationsführung und Datenerhebung sind heute Heer, Marine und Luftwaffe nicht mehr denkbar. Gerade das macht sie verwundbar für Cyberangriffe. Spätestens bei der praktischen Frage des Aufgabenzuschnitts der Teilstreitkräfte erweist sich daher die Dimensionen-Analogie als irreführend.

Eine andere beliebte, aber falsche Analogie ist die zwischen Cyberstrategie und Nuklearstrategie. Die zwei wichtigsten Säulen der Nuklearstrategie sind Abschreckung einerseits und internationale Abkommen zur Reglementierung (Transparenz, Abrüstung) der nuklearen Bestände andererseits. Aufgrund des apokalyptischen Potenzials der Atombombe ist die Nuklearstrategie zur „strategischen Königsdisziplin“ aufgestiegen, wird dadurch aber nicht zum Passepartout. Denn die Voraussetzung für eine glaubwürdige Abschreckung ist – neben ausreichenden eigenen Kapazitäten für einen Zweitschlag –, dass der Urheber (oder wenigstens Ausgangspunkt) des Erstschlags eindeutig zu bestimmen ist. Solche Rückverfolgung („Attribution“) ist aber im Cyberspace nicht zuverlässig möglich. Digitale Informationen sind flüchtig, Daten-

spuren lassen sich leicht als falsche Fährten legen und die finale Lücke zwischen Mensch und Maschine – zwischen dem auslösenden Finger und der Tastatur – kann meist nicht mit Bestimmtheit geschlossen werden. Angesichts solch löchriger Beweisketten kann Abschreckung nicht funktionieren, *mutual assured destruction* ist im Cyberspace hinfällig.

Außerdem sind „Waffen“ im Cyberspace sehr viel erschwinglicher und leichter zugänglich als nukleare Waffen, woraus sich eine große Zahl relevanter nicht-staatlicher Akteure ergibt. Das erschwert nicht nur die inter-staatliche Abschreckung, sondern offenbart auch die Schwächen internationaler Abkommen zum Cyberspace. „No first use“-Erklärungen nach dem Vorbild der nuklearen Friedensbewegung oder Selbstbeschränkungen im Geiste des Atomteststoppabkommens werden den Cyberspace unsicherer machen, weil sie nicht-staatliche Akteure wie terroristische Gruppierungen nicht binden und somit – relativ zu staatlicher Macht – aufwerten. Ohnehin wären solche Abkommen nicht überprüfbar und würden daher nur diejenigen Staaten begünstigen, die skrupellos nach ihrem strategischen Vorteil greifen.

WETTRÜSTEN IM CYBERSPACE

Eine Folge dieser Überlegungen ist der gegenwärtig noch camouffiert und geheim stattfindende internationale Wettlauf um Fähigkeiten im Cyberspace: Das amerikanische Militär hat das U.S. Army Cyber Command eingerichtet, die NATO ein Cyber Defence Center of Excellence in Tallinn. Russland wird verdächtigt, 2007 kritische Internetstrukturen in Estland lahmgelegt und auch im Krieg gegen Georgien 2008 Cyberangriffe durchgeführt zu haben. China hat im Oktober 2011 seine erste große Cyberkriegsübung abgehalten. Was genau in diesen Übungen, Kommandos und Einsätzen geschieht, weiß man nicht. Auch ist unbekannt, an welchen Kapazitäten die Staaten derzeit forschen. Unstrittig ist jedoch, dass immer neue Entwicklungen einsatzfähig werden. Das illustrierte zuletzt der Stuxnet-Virus, der 2010 Industrieanlagen der Firma Siemens sabotierte – vor allem in den Werkstätten des iranischen Atomprogramms.

Für die deutsche Sicherheitspolitik ergeben sich aus dieser Situationsanalyse vier zentrale Aufgaben. *Erstens* muss die strategische Kommunikation zwischen Informatik- und Cyberexperten auf der einen und militärischen und politischen Experten auf der anderen Seite verbessert werden. Das sind traditionell sehr verschiedene Gemeinschaften, mit eigenen Codes, Verhaltensweisen und impliziten Annahmen. Jedes Forum, das diese Gräben zu überwinden und eine gemeinsame Sprache zu finden hilft, verdient Unterstützung. Zu beachten ist dabei allerdings, dass viele Konferenzen und Strategieworkshops, die sich mit dem Thema Cyber beschäftigen, ihre Aufmerksamkeit auf die technischen Fragen richten, aber die Einbettung in den sicherheitspoliti-

schen Gesamtzusammenhang vernachlässigen. Dem durchaus faszinierenden Technik-Fetischismus dürfen die genuin politischen und strategischen Fragen nicht untergeordnet werden – im Kalten Krieg wurden schließlich auch keine Strategieworkshops zur AK-47 (sowjetisches Sturmgewehr „Kalaschnikow“) durchgeführt.

Zweitens wird beim Thema Cyber die in Deutschland stark ausgeprägte Bruchlinie zwischen sicherheitspolitischen Experten und der Öffentlichkeit besonders deutlich. Wer für eine Sicherheitspolitik eintritt, die Bedrohungen und Risiken klar benennt und darauf drängt, auch militärische Lasten zu tragen und Verantwortung für die Stabilität des internationalen Systems insgesamt zu übernehmen, hat in der deutschen Öffentlichkeit einen schweren Stand – ungeachtet der Tatsache, dass solch eine Haltung Deutschlands Werten und Interessen entspricht und auch von unseren Verbündeten erwartet wird. Der Vorwurf der „Militarisierung der Außenpolitik“ oder der zynischen Machtpolitik ist hierzulande schnell zur Hand. Es ist eine grundsätzliche und gesamtstaatliche Aufgabe, in Fragen der Sicherheits- und Militärpolitik zu einem sachlicheren und sachkundigeren gesellschaftlichen Diskurs zu gelangen.

Es ist jedoch zweifelhaft, ob Cyber dafür der richtige Ausgangspunkt ist. Schon die Unmöglichkeit einer zuverlässigen Trennung zwischen offensiven und defensiven Fähigkeiten im Cyberspace spricht nicht für einen glücklichen Beginn einer öffentlichen Debatte in Deutschland. Denn um im Cyberspace defensiv stabil zu sein, muss man seine Verteidigungslinien ständig neuen Angriffen aussetzen und entsprechend anpassen und optimieren. Eine Fernsehdebatte über „offensive Cyberkapazitäten der Bundeswehr“ zu führen, wäre allerdings mit Sicherheit eine undankbare Aufgabe für jeden Politiker. Möglicherweise wird man daher die sicherheitspolitische Debatte im Grundsatz vorantreiben, Cyberfähigkeiten aber vornehmlich ohne viel öffentlichen Aufhebens im Bündnis weiterentwickeln.

DEUTSCHLANDS VERWUNDBARKEIT

Drittens gilt es, angesichts der Mängel einer Abschreckungs- und Verhandlungsstrategie Deutschland auf eine Strategie der Verteidigung auszurichten. Vorsorge und Widerstandsfähigkeit sind dabei von zentraler Bedeutung. Die Fähigkeit, einen Cyberangriff zu verkraften („Resilienz“), wird zum entscheidenden Erfolgs- und Friedenskriterium potenzieller Cyberkonflikte. Vor allem mit Blick auf seine kritischen Infrastrukturen muss sich Deutschland auf denkbare Angriffe vorbereiten und seine Verwundbarkeit reduzieren. Dazu gehören Aufklärungskampagnen und Schutzmaßnahmen, die verschiedene Adressaten zum Handeln bewegen. So wie der private User seinen Computer gegen kapernde Bot-Netze absichern muss, so müssen Unternehmen ihre

Erfahrungen als Opfer von Cyberangriffen mit staatlichen Behörden vertraulich teilen, um optimale, koordinierte Gegenmaßnahmen zu ermöglichen. Die Cyber-Sicherheitsstrategie des Bundesinnenministeriums von 2011 wagt in diesem Sinne immerhin einige erste Schritte, aber es bleibt ein langer Weg zu gehen.

Viertens und nicht zuletzt sollte in der deutschen strategischen Community ein Bewusstsein für die Bedeutung des Themas geschaffen werden. Cybersicherheit ist kein Modethema, das vergehen wird. Aber es ist auch keine neue Welt, die mit den Regeln staatlicher Macht- und Interessenkonkurrenz und damit der Strategiebildung nicht zu fassen wäre. Allerdings verändert sich dieser Gegenstand der Strategiebildung fortlaufend und in rasantem Tempo. Der Cyberspace von 2014 ist nicht der Cyberspace von 1996, als Bill Clinton der erste amerikanische Präsident mit einer E-Mail-Adresse war, und er wird auch nicht der Cyberspace von 2020 sein. Diese Veränderungen im Blick zu behalten und adäquate Reaktionen darauf zu finden, ist eine sicherheitspolitische Aufgabe ersten Ranges.

Feierabend.de

—
Warum wir alle Silver Surfer werden sollten

HEINZ RIESENHUBER

Geboren 1935 in Frankfurt am Main,
Bundesforschungsminister a.D.,
Mitglied des Deutschen Bundestages.

Digitale Technologien wie Internet und Mobiltelefon durchdringen alle Bereiche der Gesellschaft, der Wirtschaft und des Alltags. Immer mobiler, immer informierter, immer schneller, immer stärker vernetzt – wer hier nicht mithalten kann, wird schnell zum Außenseiter. Die Informationsgesellschaft stellt alle Altersgruppen vor große Herausforderungen, besonders aber die ältere Generation.

„Senioren ans Netz“ hieß 1999 die erste Kampagne der Telekom und der Bundesregierung, die die Älteren gezielt ans Internet heranführen sollte. Dieser Appell ist heute nicht weniger aktuell – selbst wenn sich die „Silver Surfer“ seitdem erheblich vermehrt haben: Inzwischen nutzen achtzig Prozent der 50- bis 60-Jährigen, 65 Prozent der 60- bis 70-Jährigen und dreißig Prozent der über 70-Jährigen das Internet.

Dabei belegen die Ergebnisse des *(N)Onliner-Atlas 2013*, dass Deutschland nach wie vor nach Geschlecht, Bildung und Altersgruppen digital gespalten ist. So bleibt der typische Internetnutzer vorerst männlich, gut gebildet – und jung. Auch das Nutzungsverhalten unterscheidet sich je nach Alter. Ältere Surfer sind meist viel kürzer im Netz und beschränken sich oft auf wenige Aktivitäten wie E-Mails, Suchmaschinen oder Online-Banking.

DIGITALE ALLTAGSBEGLEITER FÜR SKEPTISCHE SENIOREN

Die häufigsten Gründe dafür sind Sicherheits- und Datenschutzbedenken, unübersichtliche Tarife der Provider, bedienerunfreundliche Internetseiten, zu wenig PC-Erfahrung und Angst vor technischen Problemen. Viele Ältere können noch nicht erkennen, welche großartigen Möglichkeiten ihnen die Digitalisierung bietet. Wenn Technik, Nutzen und Kosten klar geworden sind, werden aus skeptischen Senioren schnell begeisterte Surfer. Das gilt nicht nur für den Gebrauch des PC, denn gerade für Ältere werden Smartphones oder Tablets als praktische digitale Alltagsbegleiter mit ihren zahlreichen Funktionen immer wichtiger.

Als Informationsquelle ist das Internet längst auch für Senioren unschlagbar. Über Suchmaschinen und spezielle Portale können sie zeitlich unabhängig die unterschiedlichsten Interessen bis hin zur Ahnenforschung verfolgen, von der täglichen Online-Zeitungslektüre ganz zu schweigen. Ältere Nutzer könnten ihr Wissen auch selbst ins Netz stellen, zum Beispiel durch kompetente Beiträge für das Online-Lexikon Wikipedia, das von diesen ehrenamtlichen Beiträgen lebt und durch sie wächst.

Das Netz kann auch helfen, den Alltag zu erleichtern – der Online-Einkauf ist hier eines der besten Beispiele. Es trägt so dazu bei, das Selbstwertgefühl älterer Menschen zu stärken und eine gute Lebensqualität besonders im höheren Alter zu erhalten.

Gerade die digitalen Kommunikationsmöglichkeiten von E-Mail über Skype bis zu Instant Messaging erlauben älteren Menschen, über große Distanzen mit ihren Kindern, Enkeln und guten Freunden in engem Kontakt zu bleiben. Das ist gut für die Seele – besonders dann, wenn die körperliche Bewegungsfähigkeit eingeschränkt ist und die Wohnung nur noch selten verlassen werden kann.

BLOGGEN HÄLT JUNG

Solche Freiheiten und Beteiligungsmöglichkeiten werden durch soziale Netzwerke wie Facebook, Twitter und Co., durch YouTube oder Diskus-

sionsforen gesteigert. Bloggen hält jung! Das wissen leider noch viel zu wenige Senioren, selbst wenn es inzwischen immer mehr attraktive Angebote speziell für ihre Altersklasse gibt – und das nicht nur bei Partnerschaftsbörsen wie „späte-liebe.de“. So ist die Plattform „Feierabend.de“ seit 1998 der erste und inzwischen größte deutschsprachige Internetclub mit einem vielfältigen, genau auf die „Generation 50plus“ zugeschnittenen Angebot. Sie wurde 2008 beim Wettbewerb der Bundesregierung „Wege ins Netz“ sogar als „Beste Community“ Deutschlands ausgezeichnet.

In den Regionalforen von „Feierabend.de“ geht es um persönliche Kontakte, die für Ältere besonders wichtig sind. Genau das bieten auch die wachsenden lokalen Angebote wie der Blog „Berlinab50“, das „Café Klick“ in Ludwigshafen oder die Seite „laupheimer-ansichtskarten.de“, die Senioren mit Lokalgeschichte ins Netz lockt. Sie alle wollen auch zum spielerischen Umgang mit dem neuen Medium animieren, vielfach unterstützt durch „Senior-Helfer“ oder durch „Internet-Paten“ des Kompetenzzentrums Technik – Diversity – Chancengleichheit. Immer öfter arbeiten bei solchen Lotsenprogrammen auch Jung und Alt zusammen daran, das Netz für alle zu einem Marktplatz der Begegnung zu machen. Die Seite „Papps, das ist doch ganz einfach ...“ ist hier nur das bekannteste Beispiel.

Viele Online-Communities bieten so auch Möglichkeiten zur ehrenamtlichen Arbeit und zur Weiterbildung an. Besonders attraktiv sind Online-Computerkurse und -Sprachkurse, aber auch neue E-Learning-Angebote von Universitäten wie MOOCs (*Massive Open Online Courses*), die für alle und teilweise kostenlos zugänglich sein werden. Dadurch wird nicht zuletzt das Studium für Senioren auf eine neue, zeitlich und örtlich unabhängige Grundlage gestellt werden.

VIRTUELLES GEHIRNJOGGING ALS THERAPIE

Auch bei online-basierten Selbsthilfegruppen für ältere Menschen mit chronischen Krankheiten gibt es viel Bewegung. So können Betroffene im Blog der Deutschen Alzheimer Gesellschaft ihren Alltag mit Demenz schildern und den Angehörigen Mut machen, mit der Krankheit zu leben. In Norwegen haben Versuche mit einer Art „Facebook light“ für demenzkranke Menschen gezeigt, dass die sozialen Kontakte im Netz und digitale Tagebücher Krankheitsverlauf und Stimmung positiv beeinflussen.

Spielen macht glücklich und fördert die Gesundheit. Der Unterhaltungsmarkt im Netz erwartet mehr Silver Surfer. Bisher sind mit einem Anteil von achtzig Prozent die meisten Gamer junge Menschen unter Dreißig. Bei den 50- bis 64-Jährigen spielen nur dreizehn Prozent und bei den über 65-Jährigen fünf Prozent. Virtuelles Bowling, Spiele für Gehirn-

jogging und Reha-Spiele sind zwar auch in Seniorenzentren im Kommen. Aber seniorengerechte „Silver Games“, die, wenn nötig, auch mit Gesundheitssensoren überwacht werden können, gibt es noch viel zu wenige.

Zunehmend wollen ältere aktive Internetnutzer zudem ihre Gesundheit durch Digitalisierung und E-Health-Technologien verstärkt selbst managen, ihre Gesundheitswerte wie Gewicht und Blutdruck dokumentieren und einen elektronischen Zugang zu ihrer Patientenakte erhalten. Ärzte und Krankenhäuser müssen dazu ihre E-Health-Dienste weiter ausbauen und zum Beispiel auch Rezepte elektronisch ausstellen. Das kann erhebliche Kosten im Gesundheitswesen sparen.

Die Gesundheitsbranche hat hier die Chance, neue Online-Marktplätze speziell für Ältere mit Angeboten rund um Gesundheit, Wellness, Pflege, Kosmetik, gesunde Ernährung, Blutdruckmessgeräte, Fitness-Videos et cetera zu etablieren. Mehr kommunale Plattformen, die individuelle Lösungen für Patienten und Vernetzungen mit den Gesundheitszentren vor Ort anbieten können, sind künftig vonnöten.

HEMDEN, DIE DEN PULS MESSEN

Völlig neue Möglichkeiten bietet das Internet der Dinge, das keinesfalls auf die „Smart Factory“ der Zukunft beschränkt sein wird. Die zunehmende Vernetzung von Alltagstechnik und damit zahlreiche neue nützliche Dienstleistungen werden gerade für Silver Surfer künftig unverzichtbar sein – sei es bei der Suche nach einem Parkplatz in intelligenten, selbstfahrenden Autos, bei der Fernsteuerung von Heizung und intelligenten Kühlschränken in Smart Homes, beim Faxen von Gegenständen und Drucken von Lebensmitteln, bei Ortungsgeräten für Schlüssel, Hunde oder Fahrräder, bei smarten Datenbrillen und beheizbaren Einlegesohlen für Schuhe, bei Hemden, die den Puls messen, bei Pflegerobotern und virtuellen Butlern für Senioren, bei Systemen zur Sturzerkennung und Erinnerungshilfen oder bei der bedarfsgerechten, intelligenten Steuerung des Öffentlichen Nahverkehrs.

Vieles davon ist noch Zukunftsmusik. Aber die Industrie arbeitet intensiv daran, neue Ideen auf den Markt zu bringen. Und die Bundesregierung fördert im Rahmen ihrer Hightech-Strategie speziell die Entwicklung von technischen Assistenzsystemen und Telemedizinanwendungen, die es Senioren erlauben, so lange wie möglich frei und unabhängig zu Hause zu leben – auch bei zunehmenden körperlichen und geistigen Gebrechen. Expertennetzwerke wie *TAO Third Age Online* helfen dabei, Online-Communities benutzerfreundlicher für Ältere zu machen und neue Businessmodelle für den wachsenden „Silbermarkt“ und das technikunterstützte Leben der Zukunft zu entwickeln.

Auch Seniorenheime müssen künftig umdenken, wenn die Ansprüche der Senioren an die digitale Infrastruktur steigen. Internetcafés statt Seniorennachmittage, PC-Schulungen, Computerräume mit WLAN-Zugang oder individuelle Internetzugänge für die internetaktiven Bewohner werden auch bei uns – wie in den USA – schon bald zum Pflichtprogramm gehören.

PFLICHTPROGRAMM IM SENIORENHEIM

Selbst wenn der Appell „Senioren ans Netz“ sicher noch für einige Jahre das Gebot der Stunde bleiben wird: Medientraining, Internetpatenschaften, neue Strukturen, mehr Sicherheit und Datenschutz im Netz sowie mehr spezifische Angebote für Senioren werden helfen, noch mehr Älteren den Weg ins Netz zu ebnen, wo sie viele Vorteile für ein kreatives, zufriedenes, selbstständiges und gesundes Leben für sich nutzen können. So wird sich der digitale Graben zwischen Jung und Alt langsam, aber sicher schließen – erst recht, wenn die Digital Natives ins Rentenalter kommen.

Dennoch wird die Digitalisierung als Generationenfrage wohl nicht nur ein Phänomen auf Zeit sein. Denn auch die Digital Natives werden wie alle Menschen im höheren Alter barrierefreie, sichere Angebote im Netz und technikbasierte Unterstützung im privaten Umfeld brauchen. Und so wird die Hauptaufgabe für die Zukunft bleiben: immer neue bedarfsgerechte digitale Lösungen für alle Menschen und für eine barrierefreie Gesellschaft insgesamt zu schaffen, die allen Generationen zugute kommen.

Gewichtige Werke oder digitales Gewurstel

Wie das Internet die Kultur des Denkens verändert

KARL-HEINZ OTT

Geboren 1957 in Ehingen an der Donau, Studium der Philosophie, Germanistik und Musikwissenschaft, Schriftsteller, Essayist und literarischer Übersetzer.

Die Zeiten, in denen wissenschaftliche Werke noch ohne Hilfe des Internets verfasst wurden, können sich heutige Studierende kaum noch vorstellen. Auf der Suche nach Zitaten musste man sich aufs Gedächtnis verlassen, nochmals im Schnelldurchgang Dutzende von Büchern

durchforsten oder Freunde und Bekannte anrufen, die auf diversen Gebieten Experten waren. Allein zum Bibliographieren saß man ganze Tage in Bibliotheken und machte sich mit der Hand tausenderlei Notizen. Und wenn einem die Fernleihe zu lange dauerte, fuhr man auch schon mal von Tübingen nach Heidelberg, um dort einen Stapel Bücher abzuarbeiten.

Die neuen technischen Möglichkeiten sprengen jedes menschliche Vorstellungsvermögen und können nur Faszination hervorrufen. In Sekundenschnelle sind Unmengen an Informationen und Daten abrufbar; mit ein, zwei Klicks kann man in der jüngsten Ausgabe der *New York Times* oder der *South China Morning Post* blättern und auch in deren alten Ausgaben nachlesen, ohne den heimischen Schreibtisch oder jenen zufälligen Ort, an dem sich der Laptop gerade befindet, verlassen zu müssen. In Thomas Bernhards *Wittgensteins Neffe* gibt es eine groteske Episode,

die davon handelt, dass die beiden Protagonisten von einem Artikel in der jüngsten Ausgabe der *Neuen Zürcher Zeitung* hören, der eine Aufführung von Mozarts *Zaide* bespricht. Als könnten die beiden fortan nicht mehr leben, ohne diesen Artikel gelesen zu haben, setzen sie sich ins Auto, um ins achtzig Kilometer entfernte Salzburg zu fahren, wo sie jedoch die *Neue Zürcher Zeitung* nirgends bekommen. Sie fahren deshalb weiter nach Bad Reichenhall, wo ihnen das Gleiche widerfährt, weshalb sie wieder zurück nach Hause und von dort nach Bad Hall fahren, in der Hoffnung, wenigstens hier noch ein Exemplar zu erhaschen. Von Bad Hall geht es weiter nach Steyr, von Steyr nach Wels, wo es ebenfalls keine *Neue Zürcher Zeitung* gibt, und sie wären auch noch nach Linz und Passau und notfalls sogar nach Zürich gefahren, würde der Tag sich nicht allmählich dem Ende zugeneigt haben. Die beiden bekommen eine Mordswut auf ihr Land, in dem es alles, nur keine *Neue Zürcher Zeitung* gibt.

GOLDENES ZEITALTER TOTALER VERFÜGBARKEIT

Walter Benjamin beschreibt in seiner berühmt gewordenen Abhandlung über *Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit* einen grundsätzlichen ästhetischen Wahrnehmungswandel, der nicht nur unser Verhältnis zur Malerei, sondern zu allen Künsten betrifft. Während man einst nach Paris pilgern musste, um im Louvre die Mona Lisa bestaunen zu können, ist sie inzwischen in tausend Ablichtungen zu haben. Indem das Einmalige zur Massenware wird und jedem zur Verfügung steht, verliert die Kunst allerdings, wie Benjamin erklärt, ihre auratische Besonderheit. Musste man sich zu Benjamins Zeiten immerhin noch in eine Buchhandlung begeben, um einen Bildband mit Leonardos Werken zu erstehen, genügt es heutzutage, den Laptop aufzuklappen. Womit endgültig das Goldene Zeitalter totaler Verfügbarkeit angebrochen zu sein scheint. Was das wiederum für den Umgang mit literarischen und wissenschaftlichen Werken bedeutet, hat spätestens das Beispiel Guttenberg gezeigt; schließlich schreiben sich, seit das Copy-and-Paste-Verfahren Usus geworden ist, nicht nur Dissertationen deutlich leichter.

Heidegger soll einmal bemerkt haben, dass Geist sich lediglich mit einem Füllfederhalter zu Papier bringen lässt. Man mag dahinter eine notorische Technikfeindschaft wittern, für die alles Neue des Teufels ist. Doch ganz so einfach lassen sich Heideggers weitreichende Gedanken zum Wesen der Technik nicht abschütteln. Denn es steht und fällt für ihn mit dem Technischen das gesamte abendländische Handeln und Denken. Während bis heute der Glaube vorherrscht, dass die Technik einzig und allein ein Hilfsmittel ist, mit dem sich unser Leben erleichtern lässt, versucht Heidegger nachzuweisen, dass sie unser gesamtes Selbst- und Welt-

verhältnis prägt. In seinen Augen besteht sie nicht nur aus Geräten, die wir handhaben und erfinden, sondern aus der gesamten Art und Weise, wie wir unsere Wirklichkeit erzeugen und uns damit selbst verwandeln. Wir programmieren durch sie unser Sein und unsere Sinne derart grundlegend, dass uns die Reichweite der technischen Verfahren meist gar nicht eigens ins Bewusstsein tritt. Laut Heidegger begegnet uns das Technische nämlich weit mehr in den Formen jenes logischen, rechnerischen, instrumentellen Denkens, mit dem wir seit Jahrtausenden die Welt transparent zu machen und zu strukturieren versuchen, als bloß in solchen sichtbaren Dingen wie Maschinen, Apparaten und Automaten.

TECHNISCHE ERFINDUNGEN ERZEUGEN NEUE WELTZÜGÄNGE

In diesem Sinne besteht Technik nicht allein aus Gegenständen, die wir benutzen, sondern aus einer permanenten Zurichtung von Wirklichkeit, in die wir derart verflochten sind, dass eine Trennung von Ding und Mensch, Subjekt und Objekt, Bewusstsein und Realität gar nicht mehr möglich ist. Wir sind nicht nur die Herren über unsere technischen Erfindungen, sondern auch deren Resultate. Unterschiedliche technische Möglichkeiten erzeugen unterschiedliche Denkweisen und Weltzugänge. Ob wir im Internet mithilfe von Stichworteingaben in Aristoteles' *Metaphysik* gezielt nach bestimmten Stellen suchen, ohne das Werk im Ganzen zu lesen, oder ob wir uns mit ihm systematisch beschäftigen und dafür wochenlang mit Stift und Notizblock am Schreibtisch sitzen, ergibt nicht nur einen immensen Unterschied, was die Kenntnis der aristotelischen Philosophie, sondern vor allem, was das Begreifen argumentativer und historischer Zusammenhänge anbelangt. Im einen Fall bleiben die schnell herbeigerufenen Informationen dissoziiert und zusammenhangsfrei, im anderen erschließen sich Verbindungen, die auf dem Weg des hurtigen Checkens niemals zu haben sind.

So sehr die Internetsuche das Finden und Forschen erleichtert, so fatal sind nicht selten die Folgen für die Art des Lesens und Denkens. Zwar können wir unsere Artikel und Aufsätze, Haus- und Doktorarbeiten, Reden und Abhandlungen seit der Erfindung des Internets mit haufenweise zusammengeklauten Zitaten und Literaturverweisen schmücken, laufen aber auch Gefahr, ahnungslose Angeber zu bleiben, die sich belehren geben. Auf diese Weise entstehen inzwischen Tausende von Büchern, die von Leuten stammen, deren einzige Fähigkeit darin besteht, im Netz nach passenden Versatzstücken zu fischen. Selbst an den Schulen und Universitäten ist diese Methode längst salonfähig geworden, was sich allein daran ablesen lässt, dass dort selten noch ganze Bücher gelesen

werden und sich stattdessen eine Zettelwirtschaft breitgemacht hat, bei der Texte aus dem Zusammenhang gerissen und als relevante Brocken serviert werden, die sich flink verarbeiten lassen.

ENDE DES BÜCHERSTOLZES

Vor zwanzig Jahren wäre es auch noch undenkbar gewesen, dass Menschen zehn oder mehr Stunden am Tag auf einen Bildschirm starren. Man könnte meinen, dass ein solches Verhalten zu einem gewissen Autismus führen muss, nur dass die meisten sich dabei höchst kommunikativ und mit der ganzen Welt vernetzt fühlen. Dass sich die Selbst- und Weltwahrnehmung eines obsessiven Netzsurfers fundamental von derjenigen eines Bücherwurms unterscheidet, wie Spitzweg ihn als eine leicht weltabgewandte Existenz in einer verschatteten Bibliothek zeichnet, die das Licht des Geistes aus ehrwürdigen Werken der Dichtung entgegenstrahlen sieht, ist evident. Wer sich nach wie vor in den guten alten Ohrensessel setzt und in Wälzern wie Tolstois *Krieg und Frieden* abtaucht, erlebt sich und die Welt anders als jene Zeitgenossen, für die das iPad, iPhone und der Laptop gleichsam zur zweiten Natur geworden sind. Sie sind nicht nur ständig erreichbar, sondern müssen dies zum Teil – je nach Beruf und Tätigkeit – mittlerweile auch sein. Mir ihren smarten Gerätschaften verwandeln sie sich in ein mobiles Büro, dessen imaginäre Türen rund um die Uhr offenzustehen haben.

Ebenso hätte man sich vor fünfzehn Jahren noch kaum vorstellen können, dass in Straßenbahnen ein Pulk von Jugendlichen sitzt, von denen sich alle kennen, nur dass ein jeder mit seinem Handy beschäftigt ist, in das er etwas eintippt. Für jemanden, der anders aufgewachsen ist, kann das befremdlich wirken, auch wenn sich daraus keine direkten Rückschlüsse auf ein bedenkliches Sozialverhalten ziehen lassen. Es zeigt jedoch, dass die fulminanten Möglichkeiten der neuen Medientechnik unser Alltagsleben in kürzester Zeit sichtbar verändert haben.

Als Marshall McLuhan vor fünfzig Jahren das Ende jener Gutenberggalaxie ausrief, die sich durch ihren Bücherstolz auszeichnete, erklärte er, dass die sich verändernde Welt auf Rasanz getrimmt ist und alles immer mehr durch die mediale Wahrnehmung der Wirklichkeit geprägt sein wird. In seinen Augen ergibt es bereits einen deutlichen Unterschied, ob man „die kubistische Titelseite“ der *New York Times* der „Glitzerparade“ des Wochenmagazins *Time* vorzieht oder jene Text-Bild-Collagen der bunten Blätter liebt, die etwas von surrealistischen Montagen besitzen. McLuhans berühmter Satz „The medium is the message“ versucht, uns die Illusion zu nehmen, dass es Inhalte ohne Form, Nachrichten ohne Aufmachung und Fakten ohne mediale Zurichtung gibt.

Sowenig die Technik für uns nur unschuldige Werkzeuge zur Verfügung stellt, mit denen wir bequemer durchs Leben kommen, so wenig ist das mediale Meer, in dem wir dank des Internets nicht nur surfen, sondern uns vor allem dahintreiben lassen, bloß ein neutrales Mittel zur Informationsgewinnung. Allein der Glaube, es existierten inmitten unserer diversen Ansichten, Weltbilder und Glaubenshaltungen auch reine Daten und reine Informationen, gehört zu den Mythen einer naiven Alltagsmetaphysik, die sich selbst nicht als solche durchschaut.

WAS „CHECKEN“ VON „DENKEN“ UNTERSCHIEDET

Genauso gehört zu ihr jener viel beschworene Begriff der Wissenschaftsgesellschaft, der es in den letzten Jahren zu erstaunlicher Prominenz gebracht hat. Er gibt das neue Zauberwort für Fortschritt und Wohlstand ab, zumal manche Politiker und Zukunftsprediger sogar davon überzeugt zu sein scheinen, dass selbst die Befähigung zu Toleranz und Friedfertigkeit mit Wissensanhäufung zu tun hat. Wissen wird in unserer sogenannten Risikogesellschaft als Erfolgsrezept und Vorteilsfaktor angepriesen, womit freilich ein Wissen gemeint ist, das sehr wenig mit jener Bildung zu tun hat, die man noch bis vor Kurzem mit dem Namen Humboldt verband. Die bloße Kenntnis von Daten, Fakten und Zahlen wird inzwischen für das eigentliche Wissen gehalten, was auf ebenso anschaulicher wie schlichter Ebene allein jene immer inflationärer werdenden Quizsendungen im Fernsehen beweisen, bei denen man Millionen gewinnen kann. Diese Art von Wissen besteht aus einem Frage-Antwort-Mechanismus, der neuerdings sogar in den geisteswissenschaftlichen Fächern an den Universitäten Einzug hält, wo die Klausuren – wie bislang fast nur in der Medizin – zunehmend nach dem Multiple-Choice-Verfahren funktionieren.

Die Suchmaschinen drohen, uns die letzte Ahnung davon, was Bildung sein könnte, auszutreiben. Checken und Recherchieren haben nur bedingt mit Denken zu tun. In einer amerikanischen Studie über die sich wandelnden Verhaltensmuster in unserer heutigen Kultur bemerkt der Autor Simon J. Bronner: „Analog culture privileges the ground of turf, while digital culture values the action of surf“ – „Die analoge Kultur zieht es vor, im Torf zu graben, während die digitale Kultur das Surfen schätzt.“ Im Cyber-Äther huschen und hüpfen wir von hier nach dort, ohne jeden festen Ort und häufig genug in Ermangelung jedes Koordinatensystems. Alles soll ganz schnell gehen, und es soll dabei auch noch möglichst viel verwertbare Information herauskommen.

Kürzlich erschien in Amerika ein Roman von Rick Whitaker, der bereits in seinem Titel *An Honest Ghost* ein Shakespeare-Zitat trägt und von Anfang bis Ende ausschließlich aus Sätzen besteht, die mehr oder

weniger berühmten literarischen Werken entnommen sind. Man kann in diesem durchaus homogen wirkenden, dabei aber aus ein paar Tausend Roman-, Gedicht- und Essaysplittern zusammenmontierten Elaborat ein erstaunlich gelungenes Hypertext-Produkt erblicken, nur dass der Autor ein immens belesener Zeitgenosse sein muss, der keineswegs bloß im Netz recherchiert haben kann, zumal ein Großteil der herangezogenen Werke noch gar nicht im Internet abrufbar und auch nicht als E-Book verfügbar ist. Bei aller Bewunderung, die man dieser diffizilen Collage-Arbeit zollen kann, bleibt sie allerdings – wie so viele literarische Experimente – eine Spielerei, die den Geist nicht recht satt zu machen vermag.

VON HÖLDERIN ZU ALGORITHMEN

Noch weniger können einem jene interaktivistischen digitalen Textproduktionen, an denen sich mehrere Autoren beteiligen, das Gefühl vermitteln, dass es sich um Werke handelt, in die man sich vertiefen möchte. Selbst wenn man der ludistischen Lust am kollektiven Gewerke etwas abzugewinnen vermag, besitzen diese Etüden in aller Regel wenig literarischen Wert. Seit ein paar Jahren trifft man zudem auf Germanisten, die ein ganz anderes Ende des Autors verkünden, als es Michel Foucault und Roland Barthes vorschwebte. Denn sie behaupten, dass sich Gedichte, die denen von Hölderlin und Mörike vergleichbar seien, inzwischen auch durch Algorithmen erzeugen ließen. Wie wenig diese Leute von Stil und Form verstehen und wie wenig Sprachmusikalität sie besitzen, merkt man meist sofort ihrer Diktion an, ganz zu schweigen von ihren kruden Literaturkenntnissen.

Anders als der von allerlei Konzept- und Projektaposteln bis heute als Halbgott verehrte Weltverbesserer Joseph Beuys verkündet hatte, kann eine Kunst, die diesen Namen verdient, niemals aus sozialer Aktion bestehen. Vor allem die Literatur bedarf eines mönchischen Rückzugs, sowohl was den Leser, als auch was den Autor anbelangt. Alles andere bleibt eine mehr oder weniger kuriose, sportive Spielerei. Dass das Internet uns unendliche Weiten eröffnet, steht außer Frage. Dass es tausend Dinge erleichtert, ebenso. Dass es uns mehr Kultur bringt, darf bezweifelt werden. Schließlich hat Kultur mit Versenkung zu tun. Und zwar mit einer anderen, als sie das Internet dem Surfer gewährt.



HANS-GERT PÖTTERING

WIR SIND ZU UNSEREM GLÜCK VEREINT

MEIN EUROPÄISCHER WEG

2014. 570 S. 71 FARB. UND S/W-ABB. GB. 170 X 240 MM.

€ 29,90 [D] | € 30,80 [A] | ISBN 978-3-412-22262-8

€ 23,99 [E-BOOK] | ISBN 978-3-412-21657-3

Hans-Gert Pöttering (*1945) ist der einzige Abgeordnete, der seit der ersten Direktwahl im Jahr 1979 ununterbrochen dem Europäischen Parlament angehört. In führenden Positionen, etwa als Fraktionsvorsitzender der Europäischen Volkspartei (1999–2007) und als Parlamentspräsident (2007–2009), hat er die Entwicklung des obersten europäischen Gesetzgebungsorgans und der Europäischen Union insgesamt begleitet und mitgestaltet. Nach 35 Jahren endet sein Mandat am 1. Juli 2014. In seiner Autobiografie erinnert der im niedersächsischen Bersenbrück aufgewachsene Politiker an die Anfänge der parlamentarischen Arbeit und an die Überwindung ausweglos erscheinender Krisen. Er schildert die Reaktionen der europäischen Abgeordneten auf den Zusammenbruch des Kommunismus und die Wiedervereinigung Deutschlands – Ereignisse, die die Rahmenbedingungen der europäischen Politik tiefgreifend veränderten. Der Spitzenpolitiker wirkte mit bei den Erweiterungen der Europäischen Union um die Staaten im Norden, Süden und Osten sowie bei der Weiterentwicklung der europäischen Institutionen durch die Vertragswerke von Maastricht, Amsterdam, Nizza und Lissabon.

Pötterings Weg in der Europapolitik und sein Blick auf die europäischen Zusammenhänge spiegeln seine Zuversicht wider, die gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen bewältigen zu können. Auf seine Initiative entsteht beim Europäischen Parlament in Brüssel ein „Haus der Europäischen Geschichte“.

Dr. Hans-Gert Pöttering, MdEP, ist Präsident des Europäischen Parlaments a.D. und Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

DIESER TITEL LIEGT AUCH ALS EPUB FÜR E-READER, IPAD UND KINDLE VOR. ANMERKUNGEN, REGISTEREINTRÄGE UND WEBLINKS SIND IN DIESEM ZITIERFÄHIGEN E-BOOK INTERAKTIV.

WEITERE INFORMATIONEN UND DOWNLOADS FINDEN SIE UNTER WWW.BOEHLAU-VERLAG.COM.

Fokus Europa

War es diesmal anders?

Eine kurze Analyse der Europawahl in Deutschland

VIOLA NEU

Geboren 1964 in Ludwigshafen am Rhein, Leiterin des Teams Empirische Sozialforschung, Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

„This time is different“ lautete der Slogan des Europäischen Parlaments zur Europawahl 2014. Doch folgt bereits seit der ersten Europawahl 1979 das Wahlverhalten eigenen Mustern. Generell wird von Nebenwahlen oder „Second-Order-Elections“ gesprochen. Treffender wäre der Begriff der „Fourth-Order-Election“, da selbst Kommunalwahlen für wichtiger gehalten werden. Weil Europawahlen eine geringere Bedeutung als nationalen Wahlen zugeschrieben wird, weicht das Wahlverhalten bei nationalen Wahlen erheblich ab. Bei jeder Europawahl kann über Denkartikelwahlen berichtet werden, unter denen meist die Partei des jeweiligen Regierungschefs zu leiden hat. Zudem bleiben die Wahlbeteiligungen zum Teil sehr deutlich unterhalb des Niveaus der nationalen Wahlen. Das ist mit größerer Experimentierfreudigkeit verbunden, wovon häufig Protestparteien profitieren. In Deutschland war vor dem diesjährigen Einzug der AfD in das Europaparlament lediglich einmal einer Protestpartei der Sprung über die damalige Fünf-Prozent-Hürde gelungen: 1989 waren die Republikaner mit 7,1 Prozent in das Europäische Parlament

eingezogen. Gelegentlich taucht der Begriff der Ventilfunktion auf. Auch dass die kleineren Parteien zusammen auf etwa zweistellige Ergebnisse kommen, ist für Europawahlen in Deutschland nicht ungewöhnlich. Der Einzug einer populistischen Partei in das Europaparlament hat jedoch meist keine Relevanz für die nationalen Parlamente. Europakritische Parteien haben es somit leicht, in das Europaparlament zu gelangen, auf der nationalen Ebene gelingt es ihnen hingegen nur sehr schwer, von Europaskeptizismus zu profitieren. Obwohl das Parlament mittlerweile fast alle parlamentarischen Rechte erhalten hat, fristet es in der Bedeutungswahrnehmung ein Nischendasein. Ob die Personalisierung durch die vor allem von Martin Schulz verkündete Kandidatur für das Amt des Kommissionspräsidenten einen eigenen Effekt hat, ist schwer zu beantworten. Das europäische Mehr-Ebenen-System bietet den Menschen nicht die leicht verstehbare Konfrontation von Opposition und Regierung und somit nicht dieses Mittel, um politische Positionen zuzuordnen und verstehen zu können.

Vor allem der schwache Parteien- und Personenwettbewerb haben Einfluss auf die Wahlmotive, genauso wie die fehlende Konfrontation zwischen Opposition und Regierung das Wahlverhalten verändern – ein relatives Desinteresse und geringe Wahlbeteiligung sind die sichtbaren Folgen. Die Intensität der Mobilisierung von Wählern hatte bei der Europawahl einen maßgeblichen Einfluss auf das Ergebnis, wie der Vergleich mit der Bundestagswahl zeigt: Ein Drittel der Unionswähler, ein gutes Drittel der Linken-Wähler und etwa die Hälfte der AfD-Wähler zeigten sich wahlabsistent. Bei der SPD blieb hingegen nur etwa jeder vierte Wähler zu Hause (berechnet nach den Wählerwanderungsbilanzen von Infratest dimap sinkt die Zahl der Wähler insgesamt, so steigt der Einfluss kleiner Parteien). Immerhin gab es bei dieser Wahl einige Änderungen: Der Trend konstant sinkender Wahlbeteiligungen ist gebrochen. Die Wahlbeteiligung ist um 4,9 Prozentpunkte auf 48,1 Prozent gestiegen, wenn sie auch noch deutlich unter der der Bundestagswahl liegt. Und mit dem von den Sozialdemokraten inszenierten „Kampf“ um die Position des Kommissionspräsidenten ist so etwas wie „Personalisierung“ zumindest in den Wahlkampf eingezogen, selbst wenn der überwiegenden Anzahl der Wähler die Spitzenkandidaten unbekannt blieben.

MEINUNGSKLIMA ÜBER DIE EU: SO POSITIV WIE SELTEN ZUVOR

Deutschland ist nicht das Land der Euroskeptiker – im Gegenteil, es gibt bei aller differenzierten Betrachtung eher ein pro-europäisches Klima. Ein „Rekordniveau“ macht die Forschungsgruppe Wahlen in der Grundeinstellung zur EU aus. Noch nie habe seit dem Inkrafttreten der „Ver-

träge von Maastricht 1992“ der Anteil der positiven Bewertungen so hoch gelegen. Trotz leichter Verluste kann die Union die Europawahl erneut als eindeutig stärkste Partei gewinnen. Dabei fällt das Abschneiden der Unionsparteien sehr unterschiedlich aus. Während die CDU bei geringen Verlusten von 0,6 Prozentpunkten ihr Ergebnis aus den Europawahlen 2009 etwa gehalten hat, hat die CSU 1,9 Prozentpunkte eingebüßt, was einem Minus von 7,6 Punkten in Bayern entspricht. Hierbei könnte die Bewertung der Koalitionäre eine Rolle spielen. Die Bundesregierung wird zwar von einer Mehrheit positiv bewertet, jedoch gibt es Unterschiede zwischen den Parteien. Während knapp die Hälfte aller Befragten mit CDU und SPD in der Bundesregierung zufrieden ist, kommt die CSU auf einen Wert von lediglich 29 Prozent. Mit dem schlechtesten Vorwahlergebnis von 20,8 Prozent war es höchst wahrscheinlich, dass die SPD zulegen würde. Zugute kommen ihr die positiven Bewertungen ihrer Politik und ihres Personals auf Bundesebene. Zu den Neuerungen zählt der Einzug der AfD und der „sonstigen“ Parteien in das Europäische Parlament. Bei der Anhängerschaft der AfD gibt es deutliche Hinweise, dass sie vor allem „Protestwahlmotive“ geltend machen. Während die Mehrheit von 67 Prozent aller Wähler die jeweilige Partei aus Überzeugung wählt, sagt dies gerade einmal ein Drittel der AfD-Anhänger. Dies bedeutet, dass sechzig Prozent „Enttäuschung von einer anderen Partei“ als Hauptwahlmotiv angeben. Lediglich die Linke kommt mit 41 Prozent an diesen hohen Enttäuschungsgrad heran. Die AfD findet etwas stärkeren Rückhalt bei jüngeren Männern. Sie kommt in der Gruppe der jüngeren Wähler (bis 34 Jahre) mit mittlerem Bildungsniveau auf ihren höchsten Wert (10,6 Prozent) und schneidet in Sachsen am besten ab. Sozialstrukturell sind dies keine typischen Merkmale einer konservativ-bürgerlichen Wählerschaft.

Die „Sonstigen“ Parteien konnten ihre Vorwahlergebnisse nur geringfügig verändern. Die Gewinne und Verluste belaufen sich auf weniger als einen Prozentpunkt. Somit kann man nicht davon ausgehen, dass der Wegfall der Fünf- beziehungsweise Drei-Prozent-Hürde einen Einfluss auf ihr Ergebnis hatte. Politisch hat die „Null“-Prozent-Hürde jedoch Auswirkungen, da folgende Parteien mit jeweils einem Abgeordneten im Europaparlament vertreten sein werden: Freie Wähler, Tierschutzpartei, FAMILIE, PIRATEN, ÖDP, NPD und „Die PARTEI“. Es gibt eine Gruppe, bei der diese „sonstigen“ Parteien, die AfD oder auch in ihrer Hochphase die PIRATEN, einen starken Rückhalt finden: Es haben sich fast zwanzig Prozent der unter 30-jährigen Männer für eine nicht „etablierte“ Partei entschieden. Die größte Unterstützung finden die „Sonstigen“ bei Wählern mit niedriger Bildung, die jünger als 34 Jahre sind. Hier kommen sie auf einen Anteil von 25,2 Prozent. Anscheinend neigen jüngere Männer zu einer gewissen parteipolitischen Experimentierfreude.

Die Euroskeptische Union?

Konsequenzen der Europawahl aus einer Brüsseler Sicht

FLORIAN EDER

Geboren 1977 in Deggendorf, seit 2011 EU-Korrespondent von „Welt“ und „Welt am Sonntag“ in Brüssel.

Die Bruchlinie in der Europäischen Union (EU) verschiebt sich. Nicht links oder rechts, sondern pro- oder anti-europäisch ist das neue Gegensatzpaar. Das wird die Integration nicht

aufhalten, aber erschweren. Die Fraktionen des Europaparlaments haben sich noch nicht konstituiert, neue Partner müssen sich finden oder allein kämpfen. Auch in die bestehenden politischen Familien könnte noch etwas Bewegung kommen, wohl ohne die Kräfteverhältnisse zwischen Christlichen und Sozialdemokraten zu verändern. Dennoch lässt sich kurz nach der Wahl zum Europäischen Parlament sagen: Die Arithmetik der Macht wird neuen Rechenregeln folgen.

Ein zentraler Block der Europafreunde von den Grünen bis zu den Christlichen Demokraten wird noch dringender als bislang schon gemeinsame Projekte finden, aus- und auch durchfechten müssen. Getrieben auch von der steigenden Zahl der Europaskeptiker, wird sich die Zusammenarbeit zwischen Christ- und Sozialdemokraten für die nächsten fünf Jahre institutionalisieren. Sie können nicht ohneeinander. Miteinander aber haben sie eine Mehrheit, mit Grünen und Liberalen als fallweisen Partnern sogar eine sehr komfortable, für konstruktive Politik. Bislang geschah dies hauptsächlich aus institutionellem Selbstbehauptungstrieb des Parlaments gegenüber dem Europäischen Rat. Es ging im gelegentlich allzu giftig geführten Endwahlkampf in Deutschland womöglich unter, aber die großen Fraktionen haben aus Parlamentsper-

spektive in der vergangenen Wahlperiode gemeinsam einiges erreicht: Den Staats- und Regierungschefs haben sie etwa Zugeständnisse beim EU-Haushaltsrahmen abgerungen, der Bankenregulierung ihren Stempel aufgedrückt. Künftig sitzt die Opposition wahrnehmbar im Haus.

Ein Fünftel der Abgeordneten des neuen Europaparlaments gewann das Mandat mit einem europakritischen, -skeptischen, populistischen, unappetitlichen oder rechtsextremistischen Wahlkampf. So unterschiedlich sind diese Parteien, dass noch unklar ist, ob einige von ihnen zu Fraktionen zusammenfinden und damit tatsächlich Schlagkraft im Parlament bekommen oder ob sie sich auf Rhetorik und Stimmabgabe oder -verweigerung als politische Mittel beschränken müssen. Legitimation gegenüber ihrem Wähler jedenfalls werden viele der neuen Abgeordneten im Widerstand gegen jedweden Integrationssschritt erwerben wollen.

Die Opposition wird in den Reihen des Plenums lauter, wahrnehmbarer und stärker sein als bisher. Nigel Farage, mit seiner „Unabhängigkeitspartei“ UKIP britischer Wahlsieger, sagte in der Wahlnacht: „Ich will nicht nur, dass Großbritannien die Europäische Union verlässt. Ich will, dass Europa die Europäische Union verlässt.“ Er prophezeite ein Ende der Unvermeidlichkeit der weiteren europäischen Integration. Es hätte schlimmer kommen können, das zeigten schon die enormen Sprünge an den Finanzmärkten am Tag der Wahl: Die Indizes in Mailand, Madrid, Frankfurt sowieso gingen nach oben, die Kreditkosten der Krisenländer sanken – alles Belege, dass Investoren den Kritikern nicht zutrauen, eine ganze Währungsunion in die Knie zu zwingen. Die Entwicklung der Europäischen Union wird von dieser Wahl dennoch beeinflusst werden. In einem Klima der Nervosität und der damit gelegentlich verbundenen politischen Aggressivität in großen und wichtigen Mitgliedsstaaten der Union, in manchen Fällen in einem Klima der Angst ums politische Überleben aber könnte es eine Politik der vorwärtsdrängenden Vertiefung schwer haben; eine Politik, die eine Vertragsreform zur Voraussetzung hätte, umso mehr.

DIE NACHBEBEN KOMMEN NOCH

Die ersten Tage nach der Wahl mit ihrer zunächst selbstbezogenen institutionellen Geschäftigkeit machten deutlich, dass derlei Auswirkungen in Brüssel noch kein Thema sind. Die Erdbeben in Frankreich, im Vereinigten Königreich, in Dänemark und Griechenland, wo die Linkspartei *Syriza* die meisten Stimmen erhielt, sorgten dort für größere politische Erschütterungen als in der EU-Hauptstadt. Die Nachbeben werden kommen: Denn die Lesart, der Erfolg des *Front National* sei ein Problem des französischen Präsidenten und der von UKIP eines des britischen Premierministers, wird jenen beiden nicht gefallen.

Zwar lässt sich tatsächlich keine EU-übergreifende Anti-EU-Front ausmachen, nicht einmal in den Krisenländern mit ihrer nach wie vor hohen Arbeits-

losigkeit. Zwar plante der Sozialdemokrat Matteo Renzi in Italien die Ambitionen der Bewegung des vormaligen Komikers und heutigen Systemkritikers Beppe Grillo, gewann in Spanien der regierende christdemokratische *Partido Popular*. Zwar mag durchaus zutreffend sein, was Wahlforscher nahelegen, dass Protestwähler glauben, bei der Europawahl halbwegs gefahrlos ihre Regierung bestrafen zu können: Auswirkungen hat das Wählerverhalten dennoch.

David Cameron versuchte in Telefongesprächen vor dem ersten Zusammentreffen der EU-Staats- und Regierungschefs mehrere Amtskollegen bereits davon zu überzeugen, dass sie künftig die nun „an der Urne ausgedrückte Sichtweise der Bürger beachten“ und Kompetenzen eher an die Hauptstädte zurückverlagern als neue nach Brüssel geben sollten. Das dürfte sich intensivieren, je näher Camerons selbst ausgerufenes Referendum über die Zugehörigkeit des Vereinigten Königreichs zur EU rückt, je näher aber vor allem die Unterhauswahl im nächsten Jahr kommt, in dem die UKIP bislang nicht vertreten ist. Frankreichs überfälliges, da bislang nicht ausreichendes – eine Feststellung der EU-Kommission – wirtschaftliches Reformprogramm, dürfte ebenfalls Schaden nehmen. Populisten mit ihren einfachen Rezepten haben es leicht, dagegen zu sein. Die EU ist in ihrem Funktionieren auf Mitglieder angewiesen, die willens und in der Lage sind, eingegangene Verpflichtungen, etwa aus dem Wachstums- und Stabilitätspakt der Währungsunion, zu erfüllen.

RÜCKKEHR ZUM LAISSER-FAIRE?

Sanktionsmöglichkeiten fehlen weitgehend, auch wenn die EU in der Integration so weit vorangekommen ist, dass die französische Rentenreform die öffentliche Meinung in Deutschland erregt und umgekehrt. Die Gefahr besteht, dass die nächste EU-Kommission mit Sanktionen zurückhaltend sein wird oder muss: Eine wachsende, in Teilen Europas auch neue Sensibilität gegenüber dem Einfluss der Europäischen Union auf nationale Politik könnte dafür sorgen. Der unmittelbare Effekt wäre ein Glaubwürdigkeitsverlust für die Währungsunion, mittelbar eine Rückkehr des Laisser-faire mit einer möglichen Destabilisierung von Finanzmärkten und ganzen Staaten. Für die Politik der künftigen Europäischen Kommission heißt das aber auch: Sie wird sich eingeladen fühlen, sich auf Vorhaben zu konzentrieren, die Europa tagtäglich erfahrbar machen, wie im ablaufenden Mandat die Abschaffung der Roaminggebühren. Und sie wird sich auf die großen, wichtigen Projekte stürzen müssen, als erstes: Europas Energieversorgung für die Zukunft zu sichern. Gelingen der EU solche Schritte, werden die kommenden fünf nicht ihre schlechtesten Jahre sein.

Die Ukraine ringt um ihre Souveränität

—
Eine Innenansicht

GABRIELE BAUMANN

Geboren 1963 in Berlin, Leiterin des Auslandsbüros Kiew/Ukraine der Konrad-Adenauer-Stiftung.

23 Jahre nach ihrer Unabhängigkeit erlebt die Ukraine, dass ihre territoriale Integrität und ihre staatliche Souveränität trotz internationaler Garantien, durch die sie sich sicher wähnte, erneut behauptet werden müssen. Die Annexion der Krim durch Russland erfolgte durch einen völkerrechtswidrigen Bruch des „Budapester Memorandums“ von 1994, in dem die Ukraine, Russland, die USA und Großbritannien vereinbart hatten, dass die ukrainische Souveränität, die Grenzen des

Landes sowie seine politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit gewährleistet werden. Als Gegenleistung verzichtete die Ukraine auf die im Land stationierten sowjetischen Nuklearwaffen.

Auf die Annexion der ukrainischen Krim im März dieses Jahres folgte die Verletzung der Grenzen im Osten der Ukraine. Russische Spezialeinheiten und Transporte von Waffen und Munition passierten die grüne Grenze in den Gebieten Lugansk und Donezk, der Donbassregion. Auf Widerstand stießen sie nicht, auch die Miliz in den Städten blieb weitgehend untätig. Die professionellen Kämpfer schossen sich den Weg in die Verwaltungs-

gebäude frei und verbreiteten Angst und Schrecken in der Bevölkerung. Innerhalb weniger Wochen wurden Stadtverwaltungen, Gebäude der Miliz und der Staatsanwaltschaft, Flughäfen und Fernsehsender besetzt und rasch in die Hände von „Aufständischen“ übergeben. Unter denjenigen, die sofort bereit waren, das Machtvakuum als „Volkskommandeure“ und Kämpfer für eine „Volksrepublik Donbass“ zu füllen, waren nicht zuletzt sogenannte kriminelle Autoritäten aus der Region. Sie erhielten aus Russland den Auftrag, die Ausrufung einer autonomen Region im Donbass mittels selbst gestrickter Referenden nach dem Beispiel der Krim herbeizuführen. Am 11. Mai 2014 wurde dies umgesetzt. Nach Angaben ihrer Organisatoren sollen sich 96 Prozent der Wahlberechtigten in Lugansk und 89 Prozent in Donezk der an der Abstimmung Beteiligten für eine Unabhängigkeit des Donbass ausgesprochen haben. Am selben Tag gab es in einigen Bezirken des Donbass eine parallele Abstimmung, bei der sich die Bürger für eine Fusion mit dem Gebiet Dnipropetrowsk entscheiden konnten. Auch dazu soll es großen Zuspruch gegeben haben. Überprüfen lassen sich die Ergebnisse nicht. Bei dem Referendum für die Unabhängigkeit des Donbass, das weder von der Zentralregierung in Kiew noch von der EU und den USA anerkannt wird, waren keine nationalen oder internationalen Beobachter zugegen. Augenzeugen berichten von massivem Druck auf potenzielle Wähler, von Mehrfachabstimmungen und vorab ausgefüllten Stimmzetteln. Wenn auch die Schlangen vor einigen Wahllokalen im Donbass beeindruckten, so zeichnen repräsentative Umfragen zwischen dem 10. und 15. April in sechs Regionen der südöstlichen Ukra-

ine ein anderes Bild. Bemerkenswert ist, dass diese Ergebnisse, was den russischsprachigen Anteil der Bevölkerung betrifft, tendenziell mit früheren Umfragen unter Präsident Viktor Janukowitsch übereinstimmen. So brachten im April 27,5 Prozent der Befragten im Donezker und 30,3 Prozent im Lugansker Gebiet ihren Wunsch, der Russischen Föderation beizutreten, zum Ausdruck. Die überwiegende Mehrheit aber sprach sich klar für die territoriale Integrität der Ukraine aus.

Der Wunsch einer Minderheit von immerhin knapp dreißig Prozent darf nicht ignoriert werden – das hat das Wochenende der selbst gestrickten Referenden gezeigt. Dabei ist zu beachten, dass die Entscheidung zu einem großen Teil auf die absolute Dominanz russischer Medien und ihrer sehr einseitigen Propaganda gegen die Zentralregierung in Kiew zurückzuführen ist. Bereits vor Wochen hatten die pro-russischen Kräfte in der Region die Frequenzen des ukrainischen Fernsehens mit russischen Sendern belegt. Aber auch die Kommunikationspolitik der ukrainischen Regierung war in den vergangenen Monaten unzureichend und trug nicht dazu bei, die bei den Menschen geschürten Ängste vor ihrer angeblich „faschistischen“ Regierung abzubauen. Vielen russischstämmigen Ukrainern, die derzeit tatsächlich hoffnungsvoll nach Moskau blicken, geht es nicht darum, Schutz zu finden vor ethnisch motivierter Unterdrückung oder sprachlicher Ausgrenzung. Auch hierüber geben kürzlich durchgeführte Umfragen Auskunft. Sie legen dar, dass sich über achtzig Prozent der Bevölkerung nicht als russischsprachige Gruppe diskriminiert fühlen. Die Ukraine ist ein bilinguales Land, in dem sowohl die Amtssprache Ukrainisch als

auch das Russische im Alltag und in den Medien gleichberechtigt gesprochen werden kann. Unter Janukowitsch wurde 2012 ein damals heftig umstrittenes Sprachengesetz verabschiedet, das den Minderheiten, die über zehn Prozent der Bevölkerung einer bestimmten Region ausmachen, einen regionalen sprachlichen Sonderstatus zuspricht. Das Gesetz sollte die Möglichkeit schaffen, Sprachen wie das Russische, Ungarische, Rumänische oder Krimtatarische auch bei Behörden oder in Bildungseinrichtungen einzufordern, wurde allerdings nicht umgesetzt.

Kurz nach Bildung der Übergangsregierung Ende Februar sollte das Sprachengesetz auf Initiative der rechtsnationalen Partei Swoboda zurückgenommen werden. Die Rücknahme wurde dann ihrerseits eilig gestoppt, nachdem diese Absicht erhebliche Unruhe im Süden und Osten der Ukraine verursacht hatte. Premierminister Arsenij Jazenjuk wiederholt daher gerade in den letzten Wochen immer wieder, dass im Zuge der derzeit diskutierten Verfassungsreform und geplanten Dezentralisierung auch die Sprachenfrage in den Regionen Berücksichtigung finden werde.

Im Donbass und auf der Krim war das Engagement vieler älterer Bewohner für einen Anschluss an Russland auch dadurch motiviert, dass sie meinten, nun in den Genuss höherer Renten zu kommen. Eine solche Vermutung scheint der relative ökonomische Vorsprung Russlands gegenüber der Ukraine nahegelegt zu haben. Nachdem die Renten auf der Krim nur geringfügig (also nicht um das Dreifache, wie angekündigt) gestiegen waren, wurden mit der Umstellung auf das Zahlungsmittel Rubel auch die Preise auf russisches Niveau angehoben, sodass unter

dem Strich nicht mehr oder sogar weniger übrig blieb. Schwer wiegt auch, dass in diesem Jahr die Tourismussaison auf der Krim wohl ausfällt und sehr vielen Menschen an der Küste damit die Lebensgrundlage entzogen ist.

Weitgehend unbeachtet von der internationalen Öffentlichkeit gibt es sowohl auf der Krim als auch nach der Übernahme von Lugansk und Donezk durch pro-russische Separatisten immer mehr Fälle von Verfolgungen derjenigen, die sich für einen Verbleib in der Ukraine einsetzen. Einer der wenigen bekannt gewordenen Fälle ist die Ermordung des „Batkiwtschyna“-Abgeordneten Woldymyr Rybak aus Gorliwka in der Nähe von Donezk, der mit Spuren schwerer Misshandlungen tot in einem Straßengraben aufgefunden wurde. Er hatte noch Ende Januar eine kommunalpolitische Schulung der Konrad-Adenauer-Stiftung besucht.

Im Donbass dreht sich die Gewaltspirale immer weiter. Zunehmend wird es auch für gänzlich Unbeteiligte sehr gefährlich. So wurde Anfang der Woche in Lugansk ein ukrainisch-sprachiger Kindergarten in Brand gesetzt. Die Sicherheitslage ist unübersichtlich; mittlerweile scheint es fünf unterschiedliche bewaffnete Gruppierungen zu geben, die mal für die Unabhängigkeit, mal für den Anschluss an Russland kämpfen. Unter sie mischen sich offenbar auch Kriminelle, die ihre Chance wittern, persönliche Rechnungen begleichen zu können.

Die Führungsspitze der Separatisten unterliegt einem andauernden Wechsel. Ständig werden neue und abweichende politische Forderungen erhoben. In Donezk hat in diesen Tagen Igor Strelak, der nach Meldungen der *Ukrainska Pravda* ein

Mitarbeiter des russischen Geheimdienstes sein soll, das Oberkommando übernommen. Er spricht von einem „Genozid an der Donezker Bevölkerung durch die Junta in Kiew“, von der „Gefahr einer Intervention der NATO“ und bittet Moskau um militärische Hilfe. Die Bevölkerung im Donbass ist verunsichert und verängstigt.

Auf der Krim müssen derweil zivilgesellschaftliche Organisationen schließen und sich nach russischem Gesetz neu registrieren lassen. Über 9.000 Flüchtlinge von der Krim und erste politisch motivierte Übersiedlungen aus dem Donbass wurden bereits offiziell in Kiew registriert.

Die Ereignisse auf der Krim und im Osten der Ukraine haben die Stimmung der Menschen in der ganzen Ukraine verändert. Neben Bedrückung und Angst vor einem militärischen Konflikt ist die Enttäuschung über Russland sehr tief. In den vier Jahren der Präsidentschaft Janukowitsch waren die Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland alles andere als gut, selbst wenn Janukowitsch in den letzten Monaten vor seiner Flucht zu einer Marionette des russischen Präsidenten mutierte.

Nach einer landesweiten Umfrage konnten Anfang Mai 2014 sich nur noch 4,9 Prozent der Ukrainer vorstellen, dass Janukowitsch wieder in sein Präsidentenamt zurückkehrt. Art und Umfang der imperialen Aggression Russlands übertrafen dann aber doch alle Erwartungen. Der Gesprächsfaden zwischen Ukrainern und Russen ist gerissen; der Riss geht nicht nur durch die politische Verbindung der Regierungen, sondern trennt auch die zwischenmenschlichen Beziehungen. Viele Ukrainer berichten, dass seit geraumer Zeit Funkstille zwischen ihnen und Ver-

wandten in Russland herrsche. Es wird vermutlich mühsam und langwierig werden, die Gesprächsbande neu zu knüpfen und Vertrauen entstehen zu lassen. Die Kirchen und Religionsgemeinschaften, welche in der ukrainischen Gesellschaft sehr hohes Vertrauen genießen, könnten hier eine wichtige Vermittlerrolle spielen. Selbst wenn es fast unmöglich scheint, nach mehrfach erfolgtem Vertragsbruch Russlands wieder Verhandlungen aufzunehmen, ist dies der einzige Weg zu Vereinbarungen und zu einer schrittweisen Deeskalation der Lage. Der Runde Tisch in Kiew war Mitte Mai zumindest ein erster Schritt in diese Richtung. Zöge man alle bewaffneten pro-russischen Kräfte aus der Ukraine ab und stellte deren Finanzierung ein, dann würde sich sehr schnell herausstellen, dass es ohne Anlass von außen einen innerukrainischen Konflikt nicht gäbe. Die Situation würde sich in kürzester Zeit beruhigen. Die ukrainische Übergangsregierung hätte dann endlich die Möglichkeit, sich voll und ganz den dringend erforderlichen politischen und wirtschaftlichen Reformen im Land zu widmen.

Redaktionsschluss für diesen Beitrag war der 16. Mai 2014.

96 Prozent dafür!

Über russische Perspektiven zur Krim und
die Abkehr vom Westen

CLAUDIA CRAWFORD

Geboren 1966 in Rostock, Bundesministerin
a. D., Leiterin des Auslandsbüros Moskau/
Russland der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Russland, Februar 2014. Täglich sind die gleichen Bilder im Fernsehen: Demonstranten in Kiew, dazwischen schwarz maskeierte Männer, die mit Gewalt gegen Polizisten vorgehen oder staatliche Gebäude besetzen. Dazu Kommentatoren, die von Faschisten und Kriminellen sprechen, die die Regierung stürzen wollen. Das zeigt Wirkung.

Moskau wirft dem Westen, besonders den USA vor, massiv Einfluss auf die Geschehnisse in der Ukraine zu nehmen. Vor allem die Besuche westlicher Politiker und

die relativ leise Kritik gegenüber den rechten Gruppierungen auf dem Maidan werden angeprangert. Dass Mitglieder der rechtsorientierten Swoboda-Partei Posten in der neuen ukrainischen Regierung besetzen konnten und sogar den Generalstaatsanwalt stellen, wird als Nachweis für den Einfluss der „Faschisten“ auf die Politik in Kiew betrachtet.

Die Vereinbarungen vom 21. Februar 2014 zwischen dem ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch und der Opposition auf dem Maidan hielten nicht lange. Die geplante Abschaffung des Sprachengesetzes, das Russisch in vielen Regionen den Status einer Regionalsprache verlieh¹, brachte in Russland das Fass

zum Überlaufen. In den hiesigen Medien wurde von Unterdrückung und Bedrohung der russischsprachigen Bewohner, sowohl der Russen als auch der Ukrainer, vor allem im Südosten und im Osten der Ukraine gesprochen. Dass der ukrainische Präsident Alexander Turtschinow den Plan der Abschaffung des Gesetzes nach kurzer Zeit wieder verhinderte, drang dagegen kaum durch – der Schaden war nicht gutzumachen. Aus russischer Sicht drohte die Situation in Kiew zu entgleiten. Die Hoffnungen, auf Entscheidungen in Kiew aktiv Einfluss nehmen zu können, schwanden.

Nun begannen die Ereignisse auf der Krim sich zu überschlagen. Die Verlautbarungen aus dem Kreml und kremlnahen Kreisen machten deutlich, dass Russland nicht einfach zuschauen würde. Die Bedeutung der Krim für Russland wurde immer wieder betont; an die Geschichte, wie die Krim 1954 von Chruschtschow als Geschenk an die damalige Ukrainische SSR überschrieben wurde, ohne dass die Bevölkerung befragt worden wäre, wurde stets aufs Neue erinnert. Dass Russland das Ergebnis des sehr schnell herbeigeführten Referendums über den Status der Krim am 16. März anerkennen würde, daran gab es keinen Zweifel. Was das aber im Konkreten bedeuten würde, blieb zunächst unklar. Noch in der ersten Märzhälfte verliefen die Gespräche mit Vertretern der politischen und wissenschaftlichen Elite inhaltlich so, dass die Vermutungen weit hinter dem zurückblieben, was dann am Ende wirklich passierte.

Wladimir Putin schuf viel schneller als erwartet Fakten. Nur zwei Tage nach dem umstrittenen Referendum verkündete er die Entscheidung, die Krim wieder russisch werden zu lassen. Die Mehrheit der

Bevölkerung in Russland unterstützt seine Krim-Politik, selbst viele, die gegenüber Putin kritisch eingestellt sind. Nach einer Umfrage des Allrussischen Meinungsforschungsinstituts WZIOM mit Sitz in Moskau halten 96 Prozent der Befragten die Entscheidung zur Aufnahme der Krim für richtig.² Putins Umfragewerte stiegen seit März signifikant und befinden sich derzeit auf einem Höchststand von über achtzig Prozent.³ Viele Russen sehen die Krim als „urrussisch“ an und betrachten die jetzige Aufnahme in die Russische Föderation als verspätete Korrektur der Geschichte.

Aber nicht alle Russen teilen diese Auffassung. Am 15. März demonstrierten mehrere 10.000 Menschen in Moskau gegen das Vorgehen auf der Krim.⁴ Sie wurden von Putin umgehend als „fünfte Kolonne der Nationalverräter“ bezeichnet.⁵ Damit waren die öffentlichen Diskussionen beendet. Wer anders denkt, spricht nur im kleinen Kreis darüber. Dass über diese Frage ein Riss durch manche Familien geht, beschreibt die junge Moskauer Journalistin Jelena Kostjutschenko in ihrem Artikel „Freude, angefüllt mit Hass“ sehr eindrücklich.⁶

Die korrekte Bewertung der Krimentscheidung gab der russische Präsident in seiner Rede im Rahmen der Föderativen Versammlung am 18. März 2014 vor. In ihr gab er die Aufnahme der Stadt Sewastopol und der Krim in die Russische Föderation bekannt.⁷ Mit viel Pathos und reich an historischen Verweisen auf die über 200-jährige Geschichte der Verbundenheit der Krim mit Russland nahm Putin die Bevölkerung Russlands für sich ein. Er stellte die Behauptung auf, dass das Krim-Referendum gemäß internationaler Normen stattgefunden habe und die Aufnahme in die Föderation dem Selbst-

bestimmungsrecht der Völker entspreche. Auch appellierte er besonders an die Deutschen, deren Wiedervereinigung vor bald 25 Jahren Russland von Beginn an unterstützt habe. Dass in diesem Falle ein internationaler Vertrag, der Zwei-plus-Vier-Vertrag, geschlossen worden war und kein anderes Land dadurch Gebiete verloren hatte, macht den Vergleich allerdings wenig passend. Ebenso wenig hält auch der Vergleich mit den Geschehnissen im Kosovo, den der Präsident in seiner Rede anstellte, der Realität stand: Hier ist es trotz jahrelanger Verhandlungen nicht gelungen, einen Konsens herzustellen. Dieser ist an Serbien, aber mit großer Unterstützung Russlands, das immer wieder auf die Souveränität des serbischen Staates verwies, gescheitert.

Bei Diskussionen mit Vertretern russischer Thinktanks und Universitäten werden Putins Argumentationslinien vom 18. März perpetuiert. Dabei findet eine spürbare Entfremdung zwischen der russischen und der westlichen Wahrnehmung statt. Russland, so wird häufig betont, vertrete andere Werte als der Westen, und dies müsse respektiert werden. Dies beziehe sich im Übrigen auch auf die Vorstellungen über das Verhältnis zwischen Bürgern und Staat.

In der Praxis spiegelt sich diese Haltung in weiteren Einschränkungen für den zivilgesellschaftlichen Bereich wider. So liegt der Duma ein Gesetzentwurf vor, der als „Anti-Maidan-Gesetz“ bezeichnet wird und der das Demonstrationsrecht weiter beschränken soll. Medien sind bereits von weiteren Restriktionen betroffen. Die beiden regierungskritischen Websites *grani.ru* und *kasparov.ru* wurden beispielsweise gesperrt. Die Chefredakteurin Galina Timtschenko von dem populären un-

abhängigen Nachrichtenportal *lenta.ru* musste gehen, um Einfluss auf die Ausrichtung der Website zu nehmen.⁸ Pluralismus bei den überregionalen TV-Sendern gibt es in Russland schon seit Längerem nicht mehr.

Russland sieht seine Abkehr vom Westen als Neubesinnung auf die eigenen Kräfte – es will ein eigener Pol in einer multipolaren Welt sein. Es gibt ein gewachsenes Selbstbewusstsein und den Glauben, dass man den schwächer werdenden Westen nicht brauche. Fünfzig Prozent der Russen meinen, eine Isolation Russlands durch den Westen sei kaum möglich. Ein zusätzlicher Anteil von dreizehn Prozent ist überzeugt, dass das fast unmöglich sei. 47 Prozent glauben, dass eine Isolation Russlands keinen Einfluss auf das Land haben werde.⁹ Wer das sowjetische Versorgungssystem und den Hunger der 1990er-Jahre überlebt hat, kann Sanktionen des Westens anscheinend gar nicht fürchten.¹⁰

Für manchen markiert Putins bekannte Münchner Rede 2007 den Wendepunkt der russischen Außenpolitik. Spätestens die Entscheidung im Jahr 2011 für eine Eurasische Wirtschaftsunion zeigt die Neuorientierung auf: Gemeinsam mit einigen zentralasiatischen Ländern, mit Belarus und – deswegen das große Interesse Russlands – mit der Ukraine soll ein eigener Wirtschaftsraum entstehen, der als eigenständiges Machtzentrum perspektivisch auch politisch enger zusammenrückt. Woher die wirtschaftlichen Modernisierungspotenziale dieses Integrationsprojekts kommen sollen, ist allerdings nicht offensichtlich.

Viele im Westen sehen in der Eurasischen Wirtschaftsunion den Wunsch Russlands, die untergegangene Sowjet-

union wiederauferstehen zu lassen. Sie verweisen auf Putins Aussage aus dem Jahr 2005, dass der Untergang der Sowjetunion „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts gewesen sei“.¹¹ Allerdings haben die Bolschewisten bei der jetzigen Elite keinen guten Ruf. Vielleicht liegt der Gedanke an das alte russische Kaiserreich näher. Wichtig sind wieder die traditionellen Werte, die Anlehnung an die Orthodoxie und die eigene Größe, die immer auch als Stärke gesehen wird. Wenn heute nach Erklärungsmustern dafür gesucht wird, warum Russland diese Westabkehr vollzieht, so wird oft darauf verwiesen, dass sich Russland in den letzten Jahren häufig zurückgesetzt und gedemütigt fühlte. Die tiefer liegende Ursache könnte aber auch dieses Bedürfnis nach Größe sein. Es spielte in den letzten drei Jahrhunderten russischer Außenpolitik häufig eine Rolle und war im Zweifel wichtiger als innere Stärke. In seiner Blütezeit hatte das russische Kaiserreich eine größere Ausdehnung als die spätere Sowjetunion.

Wie im Westen, so wird auch in Russland die Frage danach gestellt, auf welche Weise der Konflikt in der Ukraine befriedet werden könnte. Ein der Krim vergleichbares Szenario wird von vielen in Russland ausgeschlossen. Aus politischen Kreisen wird immer wieder auf die Vereinbarung vom 21. Februar als Lösungsansatz verwiesen. In erster Linie geht es um die Entwaffnung aller nichtstaatlichen Gruppierungen – einschließlich der kürzlich gegründeten ukrainischen Nationalgarde, die man als Auffangbecken des rechten Sektors sieht, da eine Entwaffnung nicht möglich war. Aber auch die Aufklärung der Todesschüsse auf dem Maidan gehört dazu. Die Präsidentschafts-

wahl am 25. Mai wird dagegen kritisch gesehen, da in der jetzigen Situation im Osten und Süden der Ukraine die Durchführung der Wahl kaum möglich erscheint. Die letzten Gespräche zwischen Russland und der OSZE könnten allerdings als ein Hoffnungszeichen dafür gesehen werden, dass Einigungspotenzial vorhanden ist.

¹ <http://de.ria.ru/politics/20140223/267896328.html> (letzter Zugriff am 14.05.2014)

² <http://www.interfax-russia.ru/main.asp?id=486843> (Artikel zur Umfrage, letzter Zugriff am 12.05.2014) und <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114766> (die Umfrage selbst, letzter Zugriff am 12.05.2014). WZIAM entspricht dem englischen WCIOM.

³ <http://www.levada.ru/indeksy> – siehe Tabelle: Одобряю (Путин) 82 Процент 04.2014 (letzter Zugriff am 15.05.2014)

⁴ <http://www.tagesschau.de/ausland/protest-putin102.html> (letzter Zugriff am 12.05.2014)

⁵ <http://www.rg.ru/2014/03/18/obrashenie.html> (letzter Zugriff am 14.05.2014)

⁶ <http://www.mdz-moskau.eu/ukraine-konflikt-polarisiert/> (letzter Zugriff am 13.05.2014)

⁷ <http://eng.kremlin.ru/news/6889> (letzter Zugriff am 14.05.2014)

⁸ <http://www.tagesspiegel.de/medien/wegen-ukraine-berichterstattung-russische-website-feuert-chefredakteurin/9609136.html> (letzter Zugriff am 12.05.2014)

⁹ <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114802> (letzter Zugriff am 12.05.2014)

¹⁰ <http://www.mdz-moskau.eu/ukraine-konflikt-polarisiert/> (letzter Zugriff am 13.05.2014)

¹¹ http://www.zeit.de/2005/17/Putin_Rede (letzter Zugriff am 12.05.2014)

Redaktionsschluss für diesen Beitrag war der 16. Mai 2014.

Revival der „Hard Power“

—

Russlands Politik fordert den Westen heraus

CHRISTIAN HACKE

Geboren 1943 in Clausen Hof,
emeritierter Professor für Politische
Wissenschaft der Rheinischen
Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg hat in Europa ein Land gewagt, sein Territorium unrechtmäßig und zulasten eines anderen souveränen Staates zu vergrößern. Insofern markiert die Annexion der Krim durch

Russland einen zeithistorischen Einschnitt. Machtpolitische Hebel hatte Präsident Wladimir Putin allerdings schon früher ohne Rücksicht gegen den ukrainischen Nachbarn zur Anwendung gebracht: 2009 zwang er die damalige Ministerpräsidentin Timoschenko zur Unterzeichnung eines energiepolitischen Knebelvertrages, was – angesichts der Abhängigkeit Kiews von russischer Energie – einer Erpressung glich.

Auf die russische Annexion der Krim, die im Handstreich erfolgte, folgt nun der Umsturz im Osten der Ukraine, der von (pro-)russischen Milizen vorangetrieben wird. Nach dem völkerrechtswidrigen, aber propagandistisch wirksamen „Unabhängigkeitsreferendum“ im Osten droht nicht nur die Spaltung des Landes. Man kann sogar die Annexion des ukrainischen Ostens durch Russland befürchten.

ABSCHIED VON DER „STRATEGISCHEN PARTNERSCHAFT“

Inzwischen wird deutlich, dass Brüssel, Washington und andere europäische Hauptstädte zu lange an der Zielsetzung einer „strategischen Partnerschaft“ festgehalten haben. Die Hoffnung auf ein „Reset“ der Beziehungen mit Moskau hat sich als weltfremd erwiesen. Überall hat Putin die Politik des Westens zu durchkreuzen versucht. Im Syrien-Konflikt gerierte er sich geschickt als Ankläger der USA und als Verteidiger des Völkerrechts. Die Snowden-Enthüllungen ließen ihn gut und die Regierung Obama schlecht aussehen. Auch Europas Schwäche, wie sie in der schweren Wirtschafts- und Eurokrise der vergangenen Jahre zutage trat, beförderte Putins Angriffslust.

Bereits 2008 kam Putins Revisionspolitik in Georgien zum Tragen, als es ihm gelang, verlorene Einflusszonen des alten Sowjetimperiums zurückzuerobern. Der Untergang der Sowjetunion ist in den Augen Putins „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“. Sein Hauptziel ist eine neue „Eurasische Union“ unter russischer Führung. In der Ukraine-Krise prallen konsequenterweise zwei Visionen kompromisslos aufeinander: das freiheitliche Integrationsmodell der Europäischen Union und das der Eurasischen Union im Sinnes Moskaus, dessen autokratische Vorstellungen sich immer mehr abzeichnen. Die Krise und der Krieg in der Ukraine sind Zeichen einer drohenden Kraftlosigkeit der EU und der NATO sowie Ausdruck der zunehmend ratlos erscheinenden, stärker isolationistisch orientierten Vereinigten Staaten. Es ist an der Zeit, vor massiven geostrategischen Verschiebungen in Europa zu warnen, wenn der Westen nicht zu einer gemeinsamen und deutlichen Antwort findet.

NACH MUSTER DES NATO-DOPPELBESCHLUSSES?

Obwohl die Ukraine kein NATO-Mitglied ist und militärische Verteidigung aufgrund der Eskalationsgefahr nicht angesagt war, ist es doch bedrückend, wie wenig Folgen Russlands Aggression bislang ausgelöst hat. Putins Rechnung, dass die NATO nicht erneut – wie im Kosovo oder in Afghanistan – eingreifen würde, ist aufgegangen. Im demokratischen Europa ist man heute offensichtlich immer weniger bereit, für Freiheit und die internationale Ordnung Truppen bereitzustellen und das Leben von Soldaten zu riskieren. Wenn das so ist, dann gehört die Logik der Abschreckung, die im Kalten Krieg die zentrale Voraussetzung für Frieden in Europa gewesen ist, der Vergangenheit an. Welche Konsequenzen hat das?

Chancen für eine Revision russischer Politik und die Rückkehr zu Recht und Ordnung könnte eine Diplomatie des Westens entwickeln, die Druck und Verhandlungsbereitschaft klug miteinander zu verbinden weiß. Sanktionen sind kein Wundermittel, sie könnten Putins Machtambitionen aber empfindlich stören. Nur die Rohstoffeinnahmen aus dem Westen halten den Staatsapparat am Laufen. Mit steigenden wirtschaftlichen Engpässen drohen dem russischen Scheinriesen ökonomische Engpässe, politische Unruhen und weitere außenpolitische Isolierung.

Am Ende könnte Putins geopolitisches Abenteuer ähnlich scheitern wie die massive Aufrüstung der Sowjetunion seit den 1970er-Jahren. Verzögert reagierte der Westen mit dem NATO-Doppelbeschluss. Heute könnten bestimmte Sanktionen dem Schritt der „Nachrüstung“ in ihrer Wirkung gleichkommen. Intelligente Sanktionen, gekoppelt mit einer unabhängigeren Energiepolitik und einer klugen, das heißt auch koordinierten westlichen Diplomatie, könnten Russland auf lange Sicht zum Einlenken zwingen.

Die Europäische Union wird nur dann diese Chance nachhaltiger Beeinflussung ergreifen können, wenn sie mit Entschlossenheit, Ausdauer und Kompromissfähigkeit weiter auf Russland einwirkt. „Intelligenter Realismus“ als Maxime für die Russlandpolitik bedeutet, die eigenen Mittel und Fähigkeiten nüchtern einzuschätzen. Es wäre unsinnig, militärische Möglichkeiten gegenüber der Atommacht Russland in Betracht zu ziehen. Sanktionen werden Putin nicht sofort zum Einlenken zwingen, ihr Ausbleiben aber würde Putin als Einladung verstehen, seine expansive Politik leichtfertig fortzusetzen. Auch deshalb muss der diplomatische Druck aufrechterhalten werden, um Putins Interesse, sobald wie möglich wieder zum normalen diplomatischen Alltag zurückzukehren, zu durchkreuzen. Selbstbewusste Beharrlichkeit ist notwendig, denn dem Westen fehlen bislang Möglichkeiten der direkten und schnellen Einflussnahme.

PUTINS WAHL

Präsident Putin steht vor der Wahl, entweder seine geostrategischen Gewinne durch eine Annexion der Ost-Ukraine zu erweitern oder auf Drängen des Westens, insbesondere Deutschlands, eine neutrale Ukraine-Lösung mit zu unterstützen. Eine Annexion würde das Ziel einer Eurasischen Union beflügeln. Aber langfristig könnte sich das Blatt wenden, falls der Westen härter reagieren und die Sanktionen verschärfen sollte. Die schnellen Landgewinne könnten sich so als Pyrrhussieg erweisen. Zudem droht Russland eine anhaltende Isolierung und Konfrontation. Eine erhöhte Wachsamkeit des Westens sowie eine Erneuerung der

NATO und anderer Bündnissysteme werden zu möglichen Perspektiven. War die Vorstellung einer Einkreisung Russlands bislang eher Einbildung, so könnte Putin durch seine aggressive Politik deren Verwirklichung geradezu provozieren.

Wie schon Ende der 1970er-Jahre reagiert der Westen auch jetzt langsam. Aber Schritt für Schritt entsteht eine Doppelstrategie, die für Putin nicht ohne Tücken ist: Einerseits sucht der Westen Putin durch Gesprächsangebot und leichte Sanktionsmaßnahmen von weiterer Landnahme abzuhalten, andererseits macht er unmissverständlich klar, dass Russland bei weiteren Annexionen anhaltend ins Mark getroffen werden soll.

Zwar zeigt die Geschichte der Wirtschaftssanktionen, dass dieses Instrument durchaus seine Lücken hat, aber geschlossen, konsequent und auf lange Sicht angewandt können sie für Russlands Wirtschaft und Staatsapparat verheerende Folgen nach sich ziehen. Ohnehin wirkt Putins Außenpolitik selbstisolierend, denn sie ist ohne zivilisatorische Anziehungskraft und allein auf die „Eurasische Union“ ausgerichtet. Keiner der Nachbarn will dieser Eurasischen Union freiwillig beitreten. Auch innenpolitisch könnte Putin zum Gefangenen seines Erfolges werden: Die nationalistisch aufgeputschten Russen im In- und Ausland erwarten von ihm weitere Siege, sprich Annexionen, und erschweren so eine Kompromisslösung. Bei Fortsetzung seiner rücksichtslosen Linie könnte sich Putin deshalb in eine Sackgasse manövrieren, die in sozialer und politischer Destabilisierung des autoritären Russland münden und deshalb auch Opposition und Zivilgesellschaft neue Chancen eröffnen könnten. Putins Annexionspolitik verschärft also die sozialen und ethnischen Konflikte, anstatt sie zu abzumildern oder gar zu lösen. Dazu führt sie in neue Abhängigkeiten. Russland und dem gesamten post-sowjetischen Raum fehlt die stabilisierende Wirkung des Wohlstandes. Weitere Unruheherde sind also vorprogrammiert, wenn neue Minderheiten wider Willen in das russische Imperium eingegliedert werden. Der Fall Tschetschenien hat dies deutlich gezeigt.

DEUTSCHE SISYPHOS-DIPLOMATIE

Der Konflikt in und um die Ukraine wirkt in der deutschen Öffentlichkeit polarisierend. Die Deutschen scheinen hin- und hergerissen: Einerseits schätzen sie den Wert der Westintegration für Sicherheit und Wohlfahrt, andererseits scheint sich die überwunden geglaubte Vorstellung von Deutschland als „Brücke zwischen Ost und West“ neu zu etablieren, wobei auch anti-amerikanische Affekte eine wachsende Rolle spielen. Die vergangenen Wochen haben gezeigt, dass Bundeskanzlerin Merkel und

Außenminister Steinmeier die Krise nach allen Seiten zu begrenzen suchen. Auch deshalb bleibt Deutschland der entscheidende Gesprächspartner für Russland. Kein anderes Land scheint derzeit in der Lage, in Kooperation mit den Partnern und zugleich im Dialog mit Moskau die Krise kontrollieren zu können. Die Regierung Merkel steht dabei auch in der Kritik. Die Opposition im Bundestag unterstellt ihr – je nach Couleur – Feigheit gegenüber den USA oder Buckelei vor der deutschen Wirtschaft. Gleichzeitig drängen die USA gemeinsam mit Polen und anderen mitteleuropäischen Staaten Berlin zu mehr Härte gegenüber Putin. Der wiederum wünscht sich von Berlin mehr Distanz zu den USA. Berlin aber sollte sich nicht vor den Karren anderer Interessen spannen lassen.

Angesichts der virulenten Probleme des Westens – Europa ächzt unter der Eurokrise, Präsident Obama handelt mit Rücksicht auf die Innenpolitik teils schroff und undiplomatisch – ist eine umsichtige Interessenpolitik nicht einfach. Merkels Abneigung vor außenpolitischen Schnellschüssen, ihre Neigung zu Umsicht und Vorsicht bewähren sich, wie schon in der Euro- auch in der Ukraine-Krise. Die Sisyphos-Diplomatie der Bundesregierung sollte fortgesetzt werden, selbst wenn sie angesichts der imperialen Entschlossenheit Wladimir Putins, aber auch angesichts der westlichen Uneinheitlichkeit mit enormen Widrigkeiten konfrontiert ist. Dabei sind einige klare Linien bereits sichtbar.

NEUER KALTER KRIEG?

Wenn der Bruch des Völkerrechts durch Putin einfach nur hingenommen wird, ist die Rechtsgrundlage der europäischen Friedensordnung in Gefahr. Berechtigte Kritik an westlichen Fehlern und Versäumnissen gegenüber Russland kann Putins aggressive Politik nicht rechtfertigen. Politische Versäumnisse lassen sich nicht gegen massives Unrecht aufrechnen! Die Beziehungen Russlands zur westlichen Welt bleiben deshalb vorerst durch tiefe Verunsicherung geprägt. Glaubte der Westen, insbesondere auch Deutschland, an die friedensstiftende und kooperationsfördernde Wirkung einer strategischen Partnerschaft mit Russland, so muss der Westen nun erkennen, dass er die „Stärke des Rechts“ nicht einfach zugunsten des „Rechts des Stärkeren“ aufgeben darf. Deshalb wird der Westen vermutlich wieder stärker zusammenrücken müssen, wozu gehört, dass auch die mangelnde Handlungsfähigkeit der westlichen Gemeinschaftsinstitutionen thematisiert werden müsste.

Sollte Russland trotz aller westlichen Warnungen den Ostteil der Ukraine annekieren, ist eine Wiederauflage des Kalten Krieges nicht mehr auszuschließen. Dann würden vor allem die Ängste der mitteleuropäischen Staaten, insbesondere Polens, wachsen: Die Polen haben schon

seit Jahren vor der neo-imperialen Aggressivität Putins gewarnt und fühlen sich in ihrer Einschätzung bestätigt. Nicht zu überblicken, aber auf keinen Fall zu unterschätzen, sind die Folgen der Ukraine-Krise für die Grenzkonflikte in der Welt: etwa in Zentralasien, im Kaukasus und auf dem Balkan.

Deutschlands Rolle wird nicht an Bedeutung verlieren, hat Berlin sich doch mit allen Mitteln um Ausgleich mit Russland bemüht – bis an den Rand der Selbstverleugung. Die Autorität der Kanzlerin und ihres Außenministers und der Respekt vor ihnen sind im Verlaufe der Krisenbewältigung bestätigt worden, denn ihr kooperatives Handeln hat mitgeholfen, die Krise nicht eskalieren zu lassen. Trotzdem wird Deutschland jetzt stärker zu umfassenden Sanktionen und weiteren Maßnahmen gedrängt werden. Diese würden den wirtschaftlichen Sektor der Ost-West-Beziehungen besonders belasten. Gerade Deutschland wird als engster Wirtschaftspartner Russlands dabei erhebliche Kosten in Kauf nehmen müssen. Deshalb trifft Angela Merkel mit ihrem Plädoyer für eine gemeinsame und von Russland unabhängige Energiepolitik in der EU und im Westen auf offene Ohren. Weil Deutschland aber in den Augen seiner Partner mit seinen privilegierten energiepolitischen Verbindungen zu Moskau, aber auch mit seinem plötzlichen Atomausstieg den Gemeinschaftsgeist auf die Probe gestellt hat, stößt seine Politik nicht ohne Weiteres auf Zustimmung. Beispielsweise erklärte Polens Ministerpräsident Donald Tusk jüngst, dass Deutschlands Gasabhängigkeit die Souveränität Europas ernsthaft einschränke.

RENAISSANCE DER NATO?

War der NATO in den vergangenen Jahren ihre Hauptaufgabe, die Verteidigung der atlantischen Welt, abhanden gekommen, so wird man in den europäischen Hauptstädten wieder ernsthafter die Landesverteidigung und die europäische Sicherheit ins Visier nehmen müssen. Die NATO könnte eine Renaissance erleben. Im Zuge der zahlreichen, teils fragwürdigen westlichen Interventionen hat der Westen seine Kräfte und Fähigkeiten überschätzt und sogar unfreiwillig den anti-demokratischen Kräften Auftrieb verschafft. Russland hat die Fehler des Westens kalt kalkulierend zum eigenen Vorteil zu nutzen gesucht. Der europäische Teil des westlichen Bündnisses wird also nachdrücklicher für seine eigene Sicherheit sorgen müssen, denn die USA scheinen geschwächt. Noch ist das weltweite Bündnisystem der USA intakt, aber es bröckelt an vielen Stellen. Die globalen Abrüstungsbemühungen erfahren durch die russische Annexionspolitik einen herben Rückschlag. Das hat auch Auswirkungen auf die Bemühungen um nukleare Nichtweiterverbreitung. 1994

unterzeichnete die Ukraine mit Russland, den USA und Großbritannien das „Budapester Memorandum“, in dem Kiew auf die im Land stationierten sowjetischen Nuklearwaffen verzichtete. Im Gegenzug verpflichteten sich die Unterzeichner, die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine zu respektieren. Nach der russischen Annexion der Krim wird nun kein Staat mehr bereit sein, freiwillig Nuklearwaffen zu vernichten, auch dann, wenn er vertragliche Garantien erhalten sollte. Überhaupt droht die Weiterverbreitung von Nuklearwaffen Auftrieb zu erhalten. Unter diesen Bedingungen scheint nur ein eigenes Nuklearpotenzial glaubwürdige Sicherheit zu gewähren.

Macht und Prestige werden im Westen gern nach der Maßgabe von „Soft Power“ gemessen: Good Governance und zivilisatorische Attraktivität sind hier im postmodernen Selbstverständnis richtungsweisend. Aber im Rest der Welt gehört zum Ansehen eines Landes oder einer Staatengemeinschaft auch die Fähigkeit von „Hard Power“ – politische Entschlossenheit, militärische Stärke und die Bereitschaft, angesichts eklatanter Rechtsbrüche einem Bedrohten oder Schwächeren beizustehen. Rücksichtslose Machtpolitik ist leider Gottes kein Relikt der Steinzeit, sondern bleibt Teil der internationalen Realität. Wer sich nicht auf diese Realitäten einstellt, wird sich weder selbst behaupten noch die Völkerrechtsordnung wahren oder gar wiederherstellen können.

WM 2014

Aus gegebenem Anlass: über Fußball und Politik

NORBERT SEITZ

Geboren 1950 in Wiesbaden, Essayist und Radioautor des Deutschlandfunk, Verfasser des Buches „Doppelpässe. Fußball & Politik“ (2002).

Der österreichische Publizist Klaus Zeyringer hat in seiner gerade erschienenen „Kulturgeschichte“ den Fußball „in seinen vielfältigen, bisweilen komplexen Beziehungen zu Politik, Wirtschaft, Medien und insgesamt zu gesellschaftlichen Zuständen als kulturgeschichtliches Phänomen“ beschrieben – „von der Moderne der einen Jahrhundertwende bis zum Neoliberalismus der anderen“.

Der Fußball in seiner multidisziplinären Reichweite bis in die Sphären der

Musik, des Films, der Literatur und der Philosophie habe die Grenzen der Alltags- und Populärkultur längst überschritten: „Das anfangs elitäre Spiel gelangt vom Populären wiederum in die Hochkultur.“ Doch damit nicht genug der Verklärung; mit seinen multiethnischen Teams liefere er „das sichtbarste Zeichen der Globalisierung, einer Art Postmoderne sowie des Neoliberalismus“. Seit das Kicken zum schier endlos boomenden Bestandteil der Eventkultur avancieren konnte, leistet eine Fußball-WM die größte Verdichtung des globalen medialen Raums.

Unlängst kommentierte Michael Hanfeld in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* das angekündigte Sende-Aus des zuvor

alle Zuschauerrekorde brechenden TV-Klassikers „Wetten, dass ...?“: „Von dem Gedanken, alle erreichen zu müssen, sollten sich die Fernsehmacher verabschieden, es sei denn, sie produzieren einen ‚Tatort‘ oder zeigen Fußball.“

Die sich überschlagenden Superlative werden analytisch getoppt von der FIFA-Forscherin Christine Eisenberg, die dem Fußballsport einmal attestierte, als weltumspannende Kultur mittlerweile keiner Politisierung mehr zu bedürfen: „Der moderne Fußball [...] hat sich längst zu einem Kulturgut sui generis entwickelt. Eine Verstärkung durch außersportliche Sinnzusammenhänge benötigt er nicht mehr, da er für seine Anhänger selbst einen Sinnzusammenhang darstellt.“

PROTESTBEWEGUNG VON FUSSBALLVERRÜCKTEN

Wenn es denn so schlüssig wäre! Die Realität um die WM, die FIFA und die Politik schaut indes wesentlich düsterer aus, als alle gigantomanischen Verklärungen es wahrhaben wollen. So wurde das im Juni beginnende XX. Weltturnier in Brasilien schon im Vorfeld von vielen politischen Problemen belastet. Eine Anti-WM-Protestbewegung machte sich ausgerechnet in dem vermutlich fußballverrücktesten Land der Erde breit, um auf die fehlenden Investitionen in die Infrastruktur aufmerksam zu machen. Armut, Korruption und Drogenhandel haben zu enormen Sicherheitsproblemen geführt, welche die „Befriedung“ der Favelas ebenso betreffen wie grassierende Mord- und Diebstahlsdelikte und mafiose Strukturen in Politik und Verwaltung.

Als die Protestbewegung ausschärfte, die Stadionbauten ins Stocken gerieten und sich der Konflikt zwischen FIFA, der brasilianischen Regierung und dem dortigen Fußballverband erstmals zuspitzte, kam Staatspräsidentin Dilma Rousseff auf die Idee, die Fußball-Legende Pelé zum Ehrenbotschafter der WM zu ernennen. Doch der dreifache Fußball-Weltmeister tauchte aus allen Entscheidungsgremien ab und mied lange Zeit den Umgang mit korrupten Funktionären und umstrittenen Politikern, um sein „ethisches TÜV-Siegel“ nicht zu beschädigen. Denn Edson Arantes do Nascimento, genannt Pelé, ist politisch ein gebranntes Kind: Er stand 1970 nach dem WM-Gewinn der Seleção im Mittelpunkt eines Empfangs bei Militärdiktator Médici in Rio, was ihm damals Regimegegner übel nahmen.

Auch über Brasilien 2014 hinaus zeigen sich schon jetzt politische Problemfelder: Die Weltmeisterschaften 2018 in Russland sind nach einer möglichen Wiederwahl Wladimir Putins für sich betrachtet schon eine Horrorerwartung! Bereits im Februar dieses Jahres verstand der Kreml-Chef die Olympischen Winterspiele in Sotschi für sein politisches Prestige in Russland zu nutzen. Vom Turnier 2022 in Katar gar nicht erst zu reden, das sich schweren Vorwürfen der Menschenrechtsorganisationen ausgesetzt sieht: Unwürdige Behandlung von Arbeitsmigranten beim Stadionbau – sogar mit Todesfolgen – hat sie auf den Plan gerufen. Hinzu kommen massive Korruptionsvorwürfe, die Katarer hätten mit Bestechungsgeldern die Entscheidung der FIFA zu ihren Gunsten beeinflusst. Im Zeichen der Weltfeier des Fußballs steht dessen Glaubwürdigkeit auf dem Spiel.

WELTMACHT FIFA

Fußball sei zu einer Art Weltmacht aufgestiegen, die der Politik zur Durchsetzung ihrer Belange kaum noch bedürfe, meint Christine Eisenberg. Sie verweist auf weltweit über zweihundert Mitgliedsverbände in der FIFA, die dadurch flächendeckender als selbst die UNO in Erscheinung trete. Dies hat zu einer imperialen Selbstpolitisation des Weltfußballverbandes geführt, ähnlich der Stellung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC). Beide geben haltlose Entwicklungsversprechen für ganze Länder und Regionen ab, wecken Freiheitserwartungen, beschwören Friedensmissionen und beanspruchen sogar den Friedensnobelpreis für sich. FIFA-Chef Sepp Blatter gefiel sich schon des Öfteren in solchen Selbstelogen.

Stets wurde von offizieller Seite ein politikferner Idealismus transportiert: Man könne Diktaturen mildern, rigide Blockrealitäten wie im Kalten Krieg vorübergehend außer Kraft setzen oder friedens- und entspannungspolitische Signale für die Zukunft aussenden. Dabei steckt die FIFA tief im Korruptionssumpf. Ihre Rolle gegenüber der Politik wird als im höchsten Maße „kollaborativ“ beschrieben. Ohne Rücksicht auf die eigene Charta und deren hehre Werte treibe der undurchsichtige Weltverband Kumpanei mit den Mächtigen in Politik und Wirtschaft, lautet ein gebetsmühlenartig vorgetragener Vorwurf. Die FIFA-Mitglieder sind längst keine Missionare der Fußball-Bewegung mehr, sondern knallhart feilschende Interessenvertreter ihres jeweiligen Landes.

Die FIFA-Gewaltigen haben es der Politik, Potentaten wie Demokraten, im-

mer leicht gemacht. Fragwürdige Regime haben von der Austragung der WM-Turniere profitiert, und die Spiele dienten in der Regel nicht der erhofften Lockerung, sondern eher der Stabilisierung bestehender Verhältnisse – dank der Selbstdarstellung durch sportliche Höchstleistungen und des Imagegewinns durch eine möglichst perfekte Organisation des Turniers. Die Gigantomanie, die die FIFA mit dem WM-Turnier betreibt, bewegt sich jedoch zusehends vom Volk weg. Fußballbesessene in den brasilianischen Favelas, denen die Torjagd mit dem Ball Lebenssinn bedeutet, können sich ein Ticket für die WM-Spiele nicht leisten. Sie verfluchen das Turnier, weil das Geld für die Stadien den dringender notwendigen Infrastrukturmaßnahmen – etwa im Straßen- und Wohnungsbau – fehlt.

Es mehren sich kritische Stimmen aus der Branche, die diese Entwicklung geißeln und nach Reformen verlangen. Der Geschäftsführer der Deutschen Fußball-Liga (DFL), Christian Seifert, räumt ein, dass die greise, korrupte Sportfunktionswelt des IOC oder der FIFA zum Beispiel gegen die Kampagnenrasanz von Internetaktivisten kaum mehr bestehen könne, wenn etwa Volksentscheide an potenziellen Austragungsorten durchgeführt würden: „Während in den vergangenen Jahren über Transparenz, Teilhabe und Corporate Governance diskutiert wurde, haben es einige große internationale Sportverbände versäumt, die richtigen Wege zu gehen. In Wahrheit fragen sich doch viele, ob die Umschläge, die etwa bei der Vergabe von Großereignissen geöffnet werden, die einzigen sind, die auf dem Weg zur Verkündung auf dem Tisch lagen.“

WAS KOSTETE DAS 0 : 6?

Für die manifeste Instrumentalisierung der Fußball-WM durch diktatorische Regime gibt es abschreckende Beispiele. 1934 gelangte im faschistisch regierten Italien die *Squadra Azzurra* erst nach einer später aufgefliegenen Schiedsrichterbestechung ins Finale. Der „Duce“ Mussolini ließ sich den WM-Sieg im eigenen Lande einiges kosten. Kaum weniger rigide benahm sich die argentinische Militärdiktatur unter Jorge Videla 1978. Das krisengeschüttelte südamerikanische Land hatte den WM-Zuschlag Jahre vor dem Putsch erhalten. Danach sollte der brasilianische FIFA-Boss João Havelange eine radikale Umwälzung der politischen Verhältnisse im Nachbarland durch die Militärs förmlich herbeisehnen, um eine geordnete Vorbereitung und Durchführung des Turniers zu garantieren. Doch dem WM-Sieg der „Gauchos“ war eine ähnliche Manipulation vorausgegangen. Für das willfährige 0 : 6 Perus gegen die gastgebenden Argentinier soll das Land der Unterlegenen mit hohen Summen und Exportlieferungen bedacht worden sein.

Andererseits war es Jahrzehnte zuvor für das kommunistische Ungarn eine nationale Tragödie, als deren „Dreamteam“ um Puskás und Hidegkuti den krassen bundesdeutschen Außenseitern in der Schweiz 1954 unterlegen war. Die politische Symbolik für das stalinistisch regierte Land war folgenreich. Wut und Enttäuschung stauten sich und trugen mit dazu bei, dass sich zwei Jahre später das Volk gegen das Rákosi-Regime erhob; der Volksaufstand wurde von Sowjetpanzern niedergewalzt.

Dagegen geriet das „Wunder von Bern“ aufseiten der deutschen Sensationsweltmeister im Rückblick zu einem eminent politischen Datum, ohne dass die eher reserviert reagierenden Politiker der jungen Bonner Republik propagandistisch daran mitgewirkt hätten. Heute gilt der 4. Juli 1954 als ein mentales Gründungsdatum der alten Bundesrepublik, weil viele Deutsche empfanden, mittels des Weltmeistertitels Respekt und Anerkennung des Auslands gegenüber dem neuen deutschen Staat verdient und dem durch den sportlichen Sieg Symbolkraft verliehen zu haben.

Der stets eventorientierte Kanzler Gerhard Schröder sollte fünfzig Jahre nach dem legendären Finalsieg das inzwischen abgerissene Berner Wankdorfstadion zur nationalen Gedenkstätte deklarieren; er wolle es „in einem Zug mit der Berliner Mauer, mit Weimar und anderen Bauwerken und Orten“ aufgereiht wissen, „die in der Geschichte des Landes hervorragende Bedeutung haben“.

Von positiver politischer Symbolik war für die Deutschen auch die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 im eigenen Lande geprägt, die als „Sommermärchen“ in die Fußball-Geschichte eingehen sollte. Wir Deutschen seien in diesen Wochen „andere geworden“, gerieten damals viele ins Schwärmen. Ein neuer spielerischer Patriotismus schien sich Bahn zu brechen. Hinter dem schwarz-rot-goldenen Fahnenkult wurde kein latenter deutscher Nationalismus mehr vermutet. Dies ging auch institutionell mit einem Wandel im deutschen Fußball einher. Galt der DFB über Jahrzehnte nur als reaktionäre Trutzburg eines nachkriegsdeutschen Sonderwegdenkens, so wurde mit dem „Sommermärchen“ der Pfad der Modernisierung beschritten. Höhepunkt dieser Entwick-

lung war das überragende Auftreten der multikulturellen DFB-Elf bei der letzten WM in Südafrika.

ZWISCHEN BOYKOTT UND GIGANTOMANIE

Jener ersten WM auf dem afrikanischen Kontinent waren 2010 auch viele haltlose missionarische FIFA-Versprechen vorausgegangen. Von einer Zäsur in der WM-Geschichte war ebenso vorschnell die Rede wie von der Verantwortung einer gesamtafrikanischen Mission durch Südafrika zur Stärkung eines kontinentalen Selbstbewusstseins. Doch die großsprecherischen entwicklungspolitischen Prognosezeiungen sollten sich als ebenso trügerisch erweisen wie die Hoffnungen, der Fußball könne als Fortschrittsfaktor und als Movers der Politik für Gesamtafrika dienen. Die Trennlinie zwischen einer begrüßenswerten Globalisierung und einer postkolonialen Haltung war häufig nur schwer zu erkennen.

Der Weltfußball ist zum Politikum geworden. Zum einen wegen des hybriden Weltmachtbewusstseins der FIFA. Zum anderen wegen gewachsener Begehrlichkeiten der offiziellen Politik, sich des Mediums Fußball zur Demonstration von Macht und Stärke zu bedienen. Ebenso versuchen auch Regimegegner und Menschenrechtsaktivisten, die Bühne WM für ihre Ziele zu besetzen, entweder per Boykottaufruf oder über Proteste vor Ort, um den Verantwortlichen Zugeständnisse abzutrotzen.

Als vor zwei Jahren die Fußball-EM in Polen und in der Ukraine stattfand, wurde wegen der Inhaftierung der erkrankten

ukrainischen Oppositionspolitikerin Julia Timoschenko zum Boykott aufgerufen. Das war gleichsam das Vorspiel zu den Unruhen, die vor wenigen Monaten zum Sturz des moskautreuen Janukowitsch-Regimes führen sollten. Damals wurde argumentiert, die EM sei die beste Chance, um den Druck auf die Ukraine zu erhöhen. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* plädierte seinerzeit gegen einen Boykott, freilich mit dem Zusatz: „Aber ersparen sollte man uns den ranzigen Schmus vom fairen Wettstreit der Jugend und vom Sport im politikfreien Raum“ (26. April 2012).

Was die grassierende Politisierung der FIFA-WM angeht, so stellt sich vor dem Anpfiff am 12. Juni die Frage, ob ein Megaevent wie eine Fußball-Weltmeisterschaft in all jenen Ländern künftig noch möglich sein wird, in denen Menschen unmittelbar entscheiden können und in denen eine Zivilgesellschaft gegen eine politisch unterstützte Gigantomanie der FIFA im Namen eines missionarisch missverstandenen Fußballs mobilmacht. Dass sich derartige Großveranstaltungen bald nur noch von autoritär regierten Staaten à la Putins Russland stemmen ließen, wie dieser Tage gern geunkt wird, würde wohl auf einen Reputationsgau des organisierten Weltfußballverbandes hinauslaufen. Doch noch stehen die Zeichen bei der FIFA auf Beharrung statt auf Umkehr. So hielt Sepp Blatter in diesen Tagen der Anti-WM-Protestbewegung in Brasilien vor, sie müsste sich eigentlich für eine WM bedanken, weil erst die weltweite Aufmerksamkeit bei einer solchen Großveranstaltung die Probleme eines Landes in den Fokus rücke und Druck auf die jeweilige Regierung mache. Die alte Masche.

Kein Abschied vom „C“

Zur programmatischen Profilierung der CDU

THOMAS RACHEL

Geboren 1962 in Düren, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK).

Auch heute ist es möglich, sich als Partei in der Gesellschaft breit zu verankern und den Status einer Volkspartei zu behaupten – das hat das Ergebnis der Union bei der letzten Bundestagswahl eindrucksvoll gezeigt. Die politische Klugheit verlangt gleichwohl, sich nicht auf den „Lorbeeren“ auszuruhen, sondern die programmatischen Diskussionen weiterzuführen und

am Puls der neuesten gesellschaftlichen Entwicklungen zu bleiben. Zu den entscheidenden Erfolgsrezepten von CDU und CSU gehört ein klares christliches Wertebewusstsein, das hilft, besonnen auf Potenziale wie auch auf Gefahren dynamischer Entwicklungen zu reagieren; das war und ist die solide Basis, auf der Interessen ausgeglichen, sachgerechte Argumente formuliert und pragmatische Wege zu politischen Zielen gefunden werden können. Der durch das „C“ möglich gewordene Unionsgedanke verfolgt insofern in erster Linie ein versöhnendes und Brücken bauendes Konzept: Es stellt den

Menschen aus christlicher Überzeugung in den Mittelpunkt und sieht zugleich jeden Einzelnen in der Verantwortung vor Gott und den Menschen. Damit kommt es zu neuen, unkonventionellen Perspektiven. Auch vermeintlich unvereinbare gesellschaftliche und politische Antagonismen können so in einen konstruktiven Dialog gebracht, vermittelt und befriedet werden.

Die Geschichte von CDU und CSU hat – allen zeitweiligen Krisen, Tiefpunkten und Infragestellungen zum Trotz – immer wieder unter Beweis gestellt, dass progressive Neuprofilierungen nicht auf Kosten der Herkunftsidentität gehen müssen. Die fälschlich oft als reine Gegensätze begriffenen Pole der Identitätswahrung auf der einen und der Öffnung zu breiten Wählerschichten auf der anderen Seite lassen sich durchaus zusammendenken. Der Volkspartei Charakter steht der programmatischen Profilschärfe ebenso wenig entgegen, wie umgekehrt die Profilierung der Popularität schadet.

Dies ist zu betonen, weil vor noch nicht allzu langer Zeit innerhalb der beiden Unionsparteien heftige Debatten um diese Frage geführt worden sind: So galt das „hohe C“¹ manchen als fast völlig entleert oder verraten, manchen als nebensächliches beziehungsweise überkommenes Traditionsrelikt, das für künftige Mehrheitsbeschaffungen mittlerweile sogar hinderlich sein könnte. Selbst wenn der Wahlerfolg 2013 viele dieser teils sehr konfrontativ geführten Identitätsdebatten einstweilen zum Verstummen gebracht hat, lohnt es sich, noch einmal grundsätzlich nachzudenken: Liegt nicht schon im Denkansatz dieser beiden, hier holzschnittartig gezeichneten Polarisierungen eine entscheidende Fehleinschätzung?

Was ist eigentlich der entscheidende Weisenszug, die besondere, identitätsstiftende Idee der Christlich-Demokratischen Union? Ist das „C“ wirklich entbehrlich? Reicht der Gedanke der „Union“?

DIE KLAMMERFUNKTION DES CHRISTLICHEN MENSCHENBILDES

Die Union hat im Laufe ihrer Geschichte zahlreiche Wandlungen und Neuorientierungen – vielleicht sogar Umbrüche – erfahren. Dabei darf nicht unterschlagen werden, dass sich diese politischen und gesellschaftlichen Neuausrichtungen nicht von der klaren Wertegrundlage abgekoppelt haben; sie wurde seit der Gründung der Union niemals in Zweifel gezogen. Das „C“ galt durchgängig als entscheidende Klammer und nicht allein als historischer Ermöglichungsgrund der Union. Auf das „C“ hat man sich seit den Zeiten von Konrad Adenauer oder Hermann Ehlers niemals theologisch abstrakt oder abgehoben berufen, sondern stets lebensnah, lebenspraktisch und konkret. Das geschah durch gemeinsam ausgeübte Verantwortung von engagierten und überzeugten Christen unterschiedlicher Konfessionen und im gewissenhaften Ringen um die bestmöglichen politischen Lösungswege.

Blicken wir in die Gründungsgeschichte der Union, so erkennen wir: In der Stunde „Null“ des deutschen Volkes konnte es zu diesem, in der Parteiengeschichte bis dahin einzigartigen Projekt überhaupt nur kommen, weil die Zusammenführung der unterschiedlichsten, teils äußerst heterogenen politischen Interes-

sengruppen und Strömungen auf einem neuen Verständnis von gemeinsamer christlicher Verantwortung gründete. Was eint denn am Ende Arbeitgeber und Arbeitnehmer, was Gewerkschafter und Wirtschaftsliberale, was Konservative und Progressive in ein- und derselben Partei? Die versöhnende Klammer bilden allein die christlichen Grundüberzeugungen, also das Christliche Menschenbild beziehungsweise die aus dem christlichen Glauben abgeleiteten Werte, und zwar in Form der unbedingten Würde, des Respektes und der Toleranz gegenüber jedem einzelnen Menschen.

DIE BRÜCKE ZWISCHEN DEN GEGENSÄTZEN

Mit anderen Worten: Liberale, konservative, soziale und andere Gruppen unierten sich nicht einfach aufs Geratewohl hin, sondern fanden erst mit dem Blick auf das „C“ als den entscheidenden brückenbauenden Faktor die Basis für ihr gemeinsames politisches Engagement. Man erkannte das versöhnende und integrierende Potenzial, welches der Berliner Gründungsauftrag der CDU 1945 so treffend als „kulturgestaltende und sittliche Werte“ des Christentums bezeichnete. Die Gründer ließen sich von ihrem eigenen, lebendigen Glauben und den aus ihm abgeleiteten Wertorientierungen konsequent in die Verantwortung auch für die Gestaltung des politischen Lebens nehmen. Deshalb ist es etwas ungenau, wenn immer wieder formuliert wird, die Union habe sich aus „Konservativen, Liberalen und Christlich-Sozialen“ zusammengefunden, denn dabei wird die integrierende Basisfunktion

des „C“ unterschlagen: Es unierten sich vielmehr Christlich-Konservative, Christlich-Liberale und Christlich-Soziale!

Völlig klar stand den Vätern und Müttern der Union dabei selbstverständlich vor Augen, dass sich aus christlichen Glaubensinhalten nicht kurzschlüssig politische Programme oder ethische Gewissheiten ableiten lassen, von ideologischen Heilslehren ganz zu schweigen.

ANTI-IDEOLOGISCH UND INTEGRIEREND

Es wäre ein großes Missverständnis, zu meinen, das „C“ im Parteinamen ließe sich in irgendeiner Weise ideologisch fixieren, thematisch auf bestimmte Bereiche exklusiv eng führen oder gar als Monopolanspruch bewerben. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Der christliche Glaube lässt sich auch niemals unmittelbar oder etwa eins zu eins in die Politik umsetzen, auch wenn er die persönliche Haltung eines politisch Handelnden deutlich zu markieren vermag. Allein die aus einer solchen Haltung abgeleiteten zivilreligiösen Wertvorstellungen – wie die Akzeptanz menschlicher Grenzen und die Wertschätzung Andersdenkender und Schwächerer – können in demokratischen Zivilgesellschaften zum Inhalt politischer Kommunikation und parteipolitischer Identität werden. Wer diesen entscheidenden gedanklichen Schritt – diesen gewissermaßen theologischen Vorbehalt – überspringt, findet sich im Bereich der politischen Ideologie, des bloßen Utopismus oder in den abgeschotteten Biotopen von Splitter- oder Lobbyparteien wieder.²

In der Präambel des heutigen Grundsatzzprogrammes der CDU Deutschlands wird das unverwechselbare christlich-demokratische Identitätsbewusstsein treffend ausgedrückt: „In einer sich ändernden Welt bleibt es unser Auftrag, Werte und Wirklichkeit zusammenzudenken und entsprechend zu handeln. Die Einsicht in die Fehlbarkeit des Menschen bewahrt uns vor der Gefahr, Politik zu ideologisieren, und zeigt uns die Grenzen der Politik auf.“⁴³

Das „C“ als entscheidender Wesenskern und identitätsbestimmender Faktor der Union gleicht also – um einen Vergleich von Helmut Thielicke zu verwenden – eher einem Kompass zur politischen Orientierung für die erst noch selbst zu findenden Wege. Diese „Orientierungshilfe“ darf insofern keinesfalls mit dem Ziel selbst gleichgesetzt oder verwechselt werden. Dennoch ist sie der entscheidende Motor. Die zwar oft wiederholte, aber nicht selten unverstandene Rede vom Christlichen Menschenbild ist mehr als eine Floskel. Sie verweist auf den Schatz des christlichen Verständnisses vom Menschen, das jeden Menschen als einmaliges Geschöpf Gottes respektiert und ihm eine unantastbare Würde zuschreibt. Dieses Menschenbild ist gerade nicht exklusiv, aus- oder abgrenzend, sondern integrierend, universal und zutiefst antiideologisch.

Hieran kann man schließlich auch erkennen, dass die Unionsparteien auch für Menschen attraktiv sind, die den christlichen Glauben persönlich vielleicht nicht teilen, sehr wohl aber die hier zum Ausdruck kommenden Werte und das dahinterstehende Menschenbild von Grund auf bejahen: Ob nun Atheist, Jude, Christ oder Muslim – die Union ist für jeden offen, der diese Vorstellung der Würde, der Freiheit und der Gleichheit aller Men-

schen anerkennt und die hieraus folgenden politischen Grundüberzeugungen teilt.⁴

DAS „C“ IN ZEITEN DER SÄKULARISIERUNG

Aber auch die These einer vermeintlich unaufhaltsam fortschreitenden, gesellschaftlichen Säkularisierung ist vor diesem Hintergrund noch einmal kritisch zu hinterfragen, sofern damit der Rückgang des religiösen Bewusstseins gemeint sein soll. Genau genommen erleben wir nämlich auch in den westlich geprägten, freien und pluralistischen Ländern der Welt eine regelrechte Renaissance von Religion, nur dass diese weniger als in früheren Zeiten fest umrissene oder eindeutig identifizierbare, institutionalisierte Formen der persönlichen, religiösen Bindung annimmt. Im weltweiten Gesamtkontext wird sogar noch augenfälliger, wie stark Religionsgemeinschaften heutzutage wieder neu anwachsen und neuen Zulauf bekommen. Die alte links-ideologische, materialistische These vom Rückgang und Absterben der Religion durch Wissenschaft, Aufklärung und ökonomischen Fortschritt ist also als völlig widerlegt zu betrachten.

Schon im ausgehenden letzten Jahrhundert hat sich das Christliche Menschenbild darum auch gegenüber dem totalitären und menschenverachtenden Weltbild des Sozialismus durchgesetzt. Heute vermag der christliche Freiheitsbegriff die nicht minder ideologischen Tendenzen eines verabsolutierten Ökonomismus oder einer Instrumentalisierung aller Lebensbereiche als Entwertung des Menschen zu entlarven. Christlich verstandene Freiheit meint immer Freiheit in

Bindung, Verantwortung und Solidarität. Die Vorstellung von der unantastbaren Würde jedes einzelnen Menschen vor Gott, die sich im 20. Jahrhundert gegen Nationalsozialismus, Sozialismus und anderen Formen politisch-totalitärer Barbarei zu behaupten vermochte, hat in säkularisierter Form Eingang gefunden in den Kanon der allgemeinen und unveräußerlichen Menschenrechte. Auch im 21. Jahrhundert hat sie nichts von ihrer Aktualität und bleibenden Orientierungskraft eingebüßt.

CDU und CSU bewahren mit ihren eigenen Wurzeln auch das Bewusstsein für die tiefere Bedeutung der Präambel des deutschen Grundgesetzes. Jede Neuprofilierung ist nur dann erfolgreich, wenn sie den Identitätskern und die wertebundenen Grundparameter bei allem notwendigen Wandel pflegt, ihrer Zeit gemäß verständlich macht und ihre aktuelle Brisanz herausstellt.

¹ Vgl. Ockenfels, Wolfgang: Das hohe C – wohin steuert die CDU?, Augsburg 2009.

² Hier liegt im Übrigen auch die tiefere Begründung dafür, dass etwa christlich-fundamentalistische Kleinparteien oder auch die jüngst im radikal-konservativen Kirchenspektrum fischende AfD keine wirkliche Gefährdung für CDU und CSU darstellen können. Man erkennt hieran sehr deutlich, was passiert, wenn das „C“ ideologisch eng geführt und als Abgrenzungsmerkmal anstatt als Integrationsfaktor in Anschlag gebracht wird.

³ Freiheit und Sicherheit – Grundsätze für Deutschland, Hannover 2007, Seite 5.

⁴ Vgl. Freiheit und Sicherheit – Grundsätze für Deutschland, 2007, Seite 7.

Offene Weite

Rüdiger Safranski erhält den Literaturpreis der
Konrad-Adenauer-Stiftung 2014

MICHAEL BRAUN

Geboren 1964 in Simmerath, Leiter des Referats Literatur der Konrad-Adenauer-Stiftung Sankt Augustin und außerplanmäßiger Professor für Neuere deutsche Literatur und ihre Didaktik an der Universität zu Köln.

Wir sprechen englisch, aber denken deutsch, meint der britische Kulturhistoriker Peter Watson. Es waren deutsche Dichter und Denker, die die philosophischen und naturwissenschaftlichen Grundlagen für das moderne Verständnis der Welt gelegt haben. Aus dem Bodensatz des deutschen Idealismus ist aber auch die totalitäre Metaphysik des 20. Jahrhunderts erwachsen, die jegliche Trennung

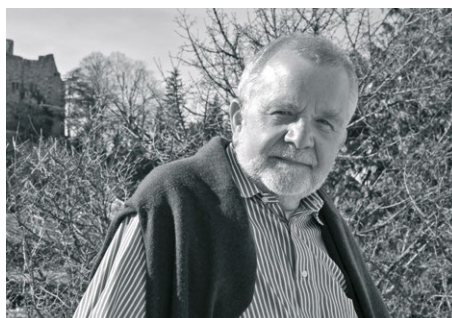
zwischen Denkbarem und Lebbarem ignoriert und ihre Wahrheit als die allein selig machende ausgibt.

Kaum jemand hat in diesem Sinne so eindringlich über Glanz und Elend klassisch-moderner Wahrheitsexpeditionen in deutscher Sprache geschrieben wie der 1945 in Rottweil geborene Rüdiger Safranski. Als Schriftsteller unter den Philosophen, als europäischer Diplomat der deutschen Kultur gehört er jener seltenen Spezies an, die Wissenschaft als Kunst betreibt und dabei Eleganz des Stils mit der Verständlichkeit des Ausdrucks versöhnen kann. Die kulturgeschichtliche Reihe deutscher Geistesgrößen hat Safranski, der bei Adorno in Frankfurt studiert, an der Freien Universität in Berlin

promoviert und ein Jahrzehnt beim ZDF *Das Philosophische Quartett* mitmoderiert hat, Buch um Buch abgeschrieben: über den „skeptischen Phantasten“ E.T.A. Hoffmann (1984), den „wilden“ Philosophen Schopenhauer (1987), den „Meister aus Deutschland“ Heidegger (1994), den Denkbilderstürmer Nietzsche (2000), den Erfinder des deutschen Idealismus Schiller (2004) bis zum Lebenskunstwerk Goethe (2013). Kein Zweifel, Rüdiger Safranski ist Deutschlands berühmtester Biograph. Davon zeugen Übersetzungen in mehr als zwanzig Sprachen und renommierte Auszeichnungen, 2014 der Literaturpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung.

WOZU KLASSIKER LESEN

Wozu heute die Klassiker lesen? Safranski geht nicht als Forscher, sondern als Entdecker ans Werk. Schiller und Goethe, Schopenhauer und Nietzsche liest er als europäische Denkabenteurer, die den Mutbürger und die kulturelle Lebensform erfunden und den Zauber der Vorstellungskraft bis an ihre Grenzen ausgereizt haben. Erst ästhetische Erziehung und gesellige Bildung – so die an Goethe und Schiller geschulte Überzeugung – befähigen den Menschen zu einer verantwortungsvoll wahrgenommenen Freiheit. Von der Kunst lasse sich „die Erfahrung von offener Weite in enger Begrenzung“ lernen, kommentiert Safranski in seinem Traktat *Wieviel Globalisierung verträgt der Mensch?* (2003). Mit dieser kulturellen Grundausstattung sind die Zumutungen einer „normativen Globalisierung“ zu meistern: der aggressive Traditionsverlust, die Entwurzelung der einstmaligen religiösen



Rüdiger Safranski, aufgenommen im März 2010.
© picture-alliance/dpa, Foto: Patrick Seeger

Wertediskussion, der „Nihilismus der Konsumkultur“, die Vermischung des Nahen und Fernen, die sich hinter der Umbiegung des kosmischen Weltbildes in ein globales verbirgt.

DAS „GESCHÄFT“ DER FRIEDENSTIFTUNG

Aber nicht nur den steinigen Weg der Suche nach dem Wahren und Schönen zeichnet Safranski in seinen Denkerporträts nach. Er macht auch die Probe aufs Exempel und schickt die Philosophie in die Schule der politischen Anthropologie. Politik, so pointiert es Safranskis Essay *Wieviel Wahrheit braucht der Mensch?* (1990), ist „das Geschäft der Friedensstiftung im Felde der kombattanten Wahrheiten [...], die keine übergreifende Wahrheit ins Feld führen kann, außer derjenigen, die sich auf die Gewährleistung menschenwürdiger Lebensbedingungen bezieht“. Insofern obliegt es dem demokratischen Staat, den Rahmen herzustellen, in dem ein freies Dichten und individuelles Denken möglich sind – und Spielregeln zu schaffen, die diese Vielfalt schützen.

Diese feine Unterscheidung zwischen kultureller und politischer Wahrheit kommt vor allem in Safrankis Goethe-Biographie zum Ausdruck. Sie ist nach Ansicht der Kritik derzeit die beste, neben der von Nicholas Boyle. Safranski würdigt Goethe nicht nur als Dichter mit großen Stärken und kleinen Schwächen („mit dem Humor hapert es“). Er führt den politischen Akteur Goethe auf die Bühne, den Regisseur eines Super-Ministeriums am Weimarer Hofe (Bergbau, Straßen, Finanzen), einen Lehrmeister der politischen Ethik. In der Biographie Goethes werden Grundfragen der skeptischen Moderne aufgeworfen: was gutes Regierungshandeln ausmacht, wie sich der Glaube zur Erfahrung verhält, dass das Böse zum Menschen gehört und nicht zu einer Religion, was die Moderne aus der europäischen Tradition braucht.

Im März 1770 ist der junge Goethe als Jurastudent nach Straßburg gekommen und macht es Petrarca nach, der 1336 auf den Mont Ventoux stieg, um als wahrscheinlich erster Mensch den Blick von oben auf mehrere europäische Länder zu werfen. Goethe erstieg den „höchsten Gipfel“ in Straßburg, das dortige Münster. Und entdeckte dort angesichts des Erhabenen der Baukunst seine eigene genialische Größe. Von diesem „Babelgedanken“ hat der Autor des „Tasso“ und des „Faust“ im Wissen um die weltkluge Dämpfung der Kunstautonomie Abstand genommen. Aber er hat immer die Einsicht behalten, dass, so klein man vom Menschen denken mag, man „doch Großes mit ihm anstellen kann“.

Kongenialen Kommentaren wie diesem verdankt Safrankis Biographie ihren Zuschnitt. Er ist ein meisterhafter europäischer Erzähler deutscher Biographien,

der die Größe des Gedankens stets an der Wirklichkeit des politischen Handelns misst. Man muss mehr denken, als „man glaubt leben zu können“, schlussfolgert Safranski mit Spinoza, aber kann nur alles denken, wenn man nicht alles tun darf. Diese freiwillige ethische Selbstbeschränkung des Denkens ist das Vermächtnis deutscher Denker und Dichter, das Rüdiger Safranski an das 21. Jahrhundert übermittelt.

Auswahlbibliographie Rüdiger Safranski

E. T. A. Hoffmann. Das Leben eines skeptischen Phantasten, Carl Hanser Verlag, München/Wien 1984, 544 Seiten, 24,90 Euro.

Wieviel Wahrheit braucht der Mensch? Über das Denkbare und das Lebbare, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 1990, 224 Seiten, 8,95 Euro.

Ein Meister aus Deutschland. Heidegger und seine Zeit, Carl Hanser Verlag, München/Wien 1994, 544 Seiten, 29,90 Euro.

Das Böse oder Das Drama der Freiheit, Carl Hanser Verlag, München/Wien 1997, 336 Seiten, 23,50 Euro.

Friedrich Nietzsche. Biographie seines Denkens, Carl Hanser Verlag, München/Wien 2000, 400 Seiten.

Wieviel Globalisierung verträgt der Mensch? Carl Hanser Verlag, München/Wien 2003, 120 Seiten, 14,90 Euro.

Schiller oder Die Erfindung des Deutschen Idealismus, Carl Hanser Verlag, München/Wien 2004, 25,90 Euro.

Schiller als Philosoph – eine Anthologie, wjs-Verlag, Berlin, 264 Seiten, 22,00 Euro.

Romantik. Eine deutsche Affäre, Carl Hanser Verlag, München/Wien 2007, 416 Seiten, 27,90 Euro.

Goethe und Schiller. Geschichte einer Freundschaft, Carl Hanser Verlag, München/Wien 2009, 344 Seiten, 21,50 Euro.

Schopenhauer und Die wilden Jahre der Philosophie. Eine Biographie, 3. Auflage, Carl Hanser Verlag, München/Wien 2010, 560 Seiten, 24,90 Euro.

Goethe. Kunstwerk des Lebens. Biografie, Carl Hanser Verlag, München/Wien 2013, 752 Seiten, 27,90 Euro.

„TANK MAN“ UND FREIHEITSSTATUE

Am 4. Juni 1989 schlugen Einheiten der Volksbefreiungsarmee die Massenproteste in Peking nieder. Auch 25 Jahre nach dem fürchterlichen Blutvergießen auf dem Platz des Himmlischen Friedens bleibt in China eine Aufarbeitung der Ereignisse unmöglich – geschweige denn ein öffentliches Gedenken. Die Forderung, dass dieses gespenstische Schweigen überwunden werden muss, gehört zum Menschenrechtsdialog mit China.

Das kleine Foto zeigt den außerhalb Chinas berühmten „tank man“, der sich – allein mit Einkaufsbeuteln in der Hand – einer Panzerkolonne entgegenstellt. Die Abbildung rechts, aufgenommen am 30. Mai 1989, spiegelt die Freiheitshoffnungen der Protestierenden wider. Im symbolischen Zentrum Chinas, vor dem Tor des Himmlischen Friedens und vis-à-vis des großen Mao-Bildes, errichteten Kunststudenten eine „Göttin der Demokratie“.

Quellenangabe für die Fotos:

© picture-alliance / AP Images, Foto: Jeff Widener (Bild unten)

© dpa - Bildarchiv, Foto: AFP (Bild rechts)





世界



Die nächste Ausgabe erscheint im August 2014 zum Thema

Föderal

Reform der Reformen?

Hierzu schreiben unter anderen Annette Kramp-Karrenbauer,
Volker Bouffier, Wolfgang Schäuble, Martin Junkernheinrich und Lars Feld.

IMPRESSUM

Nr. 526, Mai/Juni 2014, 59. Jahrgang, ISSN 0032-3446

DIE POLITISCHE MEINUNG



Konrad
Adenauer
Stiftung

Herausgegeben für die Konrad-Adenauer-Stiftung von

Wolfgang Bergsdorf, Hans-Gert Pöttering,
Bernhard Vogel

Begründet 1956 von

Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Geschäftsführung

Walter Bajohr

Redaktion

Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Rita Anna Tüpper-Fotiadis (Redakteurin)
Redaktionsassistentz: Cornelia Wurm
Studentische Hilfskraft: Simone Ludewig

Anschrift

Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstr. 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92
Faxnummer: (0 22 41) 2 46 26 10
rita.tuepper-fotiadis@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
www.politische-meinung.de

Verlag und Anzeigenverwaltung

Verlag A. Fromm,
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück
Telefonnummer: (05 41) 31 03 34
Faxnummer: (05 41) 31 04 40
C.Brinkmann@fromm-os.de

Herstellung

Druck- und Verlagshaus FROMM GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10–16, 49074 Osnabrück

Konzeption und Gestaltung

Stan Hema GmbH
Agentur für Markenentwicklung, Berlin
www.stanhema.com

Bezugsbedingungen

Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr.
Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 €
zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten
erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugs-
dauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern
das Abonnement nicht bis zum 15. November eines
Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen über
den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Po-
litischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten
die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch
bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich
abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch
Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.

Das Erbe der Gewalt

Sonderausgabe der Politischen Meinung zum **Ersten Weltkrieg** am Kiosk



Der Erste Weltkrieg besitzt nicht erst seit den Ereignissen auf der Krim eine beklemmende Aktualität. In unserer Sonderausgabe debattieren namhafte Historiker über seine Folgen. Wo ist der europäische Frieden brüchig? Wie können wir Krisen vorbeugen? Wie werden wir 100 Jahre nach der blutigen Katastrophe den Millionen von Opfern gerecht? Das Erbe der Gewalt liegt vor allem in der Schaffung einer friedlichen Zukunft.

**MIT BEITRÄGEN U. A. VON
HORST MÖLLER, RUDOLF MORSEY,
KLAUS DIETER NAUMANN, SÖNKE
NEITZEL, PAUL NOLTE, ANDREAS
RÖDDER, GEORGES-HENRI SOUTOU**

APRIL 2014, 5,00 EURO